Mein Block

10 Jahre AFBL

10 Jahre AFBL

»Und wenn klar wäre, dass sich auf einer Demo die Männer schützend vor die Frauen stellen würden, dann würden sich auch mehr Frauen auf Demos bewegen«–eben diesem Ausspruch–hervorgebracht anlässlich eines Bündnistreffens des Bündnisses gegen Rechts (BgR) zum 1. Mai 1997–verdanken wir unsere Gruppenexistenz. Dieses krude Frauenbild rief Belustigung und Kritik seitens einiger cooler Frauen hervor; und nicht nur das: An diesem geschichtsträchtigen Datum sollte eine neue Gruppe das Licht der Welt erblicken: der Antifaschistische Frauenblock Leipzig, kurz AFBL. Eben jener Name nämlich war es, der dann auf der Anwesenheitsliste zu besagter Demo auftauchte. Soviel zur überlieferten Legende–oder jedenfalls einer davon. Wer hätte damals gedacht, dass aus einem anfangs losen Zusammenschluss von Frauen gegen sexistisches Gebaren innerhalb der Szene eine kontinuierlich arbeitende Gruppe entstehen würde, die mittlerweile nun schon zehn Jahre auf dem Buckel, die Irrungen und Wirrungen der radikalen Linken mitgemacht, einigermaßen unbeschadet überstanden hat und gestärkt daraus hervorgegangen ist. After all–we are still here: antifa–postantifa–antideutsch: und immer feministisch!

Auch wenn sich Frauengruppen primär vermeintlich dem Thema Sexismus verschrieben haben, so hat sich unsere Arbeit nicht nur in diesen Schranken bewegt. Kampagnen, wie die gegen den Abschiebeknast in Neuss, Demos, wie »Save the Resistance–gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn« oder gegen Europa (»Die neue Heimat Europa verraten«) stehen neben der Auseinandersetzung mit Antisemitismus, Antiamerikanismus, Rassismus, Feministischer Theorie oder dem Frauenbild im Islam.

Die Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus sowie die Kritik an deutschem Geschichtsrevisionismus stellten nahezu von Anfang an Arbeitsschwerpunkte für uns dar. So konzipierten wir beispielsweise eine Ausstellung zum Mädchen-KZ Uckermark und beteiligten uns an den Aktionen zum »13. Februar« in Dresden. Zudem führten wir Veranstaltungen zu »Frauen als Täterinnen im NS« durch und wirken an der Reihe »Deutsche Umtriebe« gegen die Ausstellung »Flucht, Vertreibung, Integration« mit.

Und immer wieder notwendig blieb und bleibt die Auseinandersetzung mit dem Thema Sexismus–auch nach zehn Jahren kommen wir leider noch immer nicht drumrum. Im Rahmen einer Veranstaltungsreihe von Frauen für Frauen bot sich die Gelegenheit der Kritik am sexistischen Normalzustand, aber auch die der Auseinandersetzung, Diskussion und Vernetzung. Und dass unter anderem unser Einspruch gegen geplante Konzerte der Bands »Die Kassierer« bzw. »Lokalmatadore« wesentlich zu Diskussionen über sexistische Texte, aber auch zur Einführung des Fraueneinlasses im Conne Island beigetragen hat, dürfte wohl hinlänglich bekannt sein.

Diese Bandbreite macht bereits deutlich, warum wir weithin als die »Streberinnengruppe« bekannt sind. Jedoch basiert unser Erfolg nicht allein darauf. Unsere Plena beginnen–nach einer Kräftigung durch leckeres Conne-Island-Essen–(fast) immer pünktlich und enden üblicherweise erst nach Mitternacht (Danke hiermit an die diversen Barleute, die manchmal ungeduldig, aber dennoch verständnisvoll mit dem Abschließen des Cafes auf uns warten). Gäbe es in Szenezusammenhängen Arbeitszeugnisse, so stände in unserem: ›Sich selbst gestellte sowie übertragene Aufgaben haben die Frauen des AFBL, dank ihrer äußerst disziplinierten Arbeitsweise, stets fristgerecht erfüllt.‹ Und unsere 100prozentige Anwesenheit auf Demos über Jahre hinweg ist–nun ja–legendär. Ebenso unser Frühstück: *vegan–vegetarisch–Fleisch!*

Dass die Bemühungen des »antifascist women's block« nun auch von Seiten der *Ha'aretz* honoriert wurden, täuscht nicht darüber hinweg, dass unsere Außenwirkung zum Teil auf der eines puren Anhängsels der »Good Men of Leipzig« beschränkt bleibt. Auch wenn wir aufgrund der Auflösung des BgR unsere Rolle als »Beraterin in Fragen Sexismus« vorläufig eingebüßt haben, werden sich doch immer Gruppen finden, als deren Frauen-AG wir wahrgenommen werden können. Oder Leute, die in uns lediglich die »Sexismuspolizei« sehen. Oder die typisch weibliche »Befindlichkeitsgruppe«.

Unsere Textproduktion ist gekennzeichnet vom Ringen um jede Formulierung und kontroverse Diskussionen. (Von wegen Befindlichkeit!) Wir schreiben eben noch richtige »Gruppentexte«, die im vorliegenden Reader Zeugnis ablegen sollen von zehnjähriger aufreibender, manchmal frustrierender, aber immer auch engagierter und lustiger politischer Arbeit des AFBL. Und wir sind noch lange nicht fertig, denn damals wie heute gilt: »Die Revolution am Horizont erblickend, greifen wir uns die notwendigen Transportmittel und nähern uns!«[1]

[1] Rätselfrage: Der/die erste Einsender/In, der/die oben stehendes Zitat richtig belegen kann, bekommt eine kleine Überraschung. Antworten bitte an: afbl@nadir.org

Inhaltsverzeichnis

AFBL Interview[1]

Wir haben mit dem Antifaschistischen Frauenblock Leipzig ein Interview zur Entstehung, Entwicklung und Motivation geführt. Interviews mit mehr als drei Leuten können schnell unübersichtlich werden. Wir haben die Antworten nicht differenziert. Deshalb spiegeln sie zum Teil verschiedene Meinungen wieder, ohne sich zu widersprechen. Manche Meinung wird ungesagt geblieben sein und manche nicht von allen getragen. Bleibt zu hoffen, daß sich etwas verändert und, daß mann mal zuhört.

[1] Dieses Interview wurde im *KlaroFix* 3/1998 veröffentlicht.

KlaroFix: Guten Tag, oh wir dachten Ihr habt gekocht?

AFBL: Mmh?

KlaroFix: Aua.

KlaroFix: Ihr habt Euch damals in Euren Zusammenhängen als eine Frauengruppe, als AFBL, gegründet. Welche Gründe hattet Ihr dafür?

AFBL: Die Geschichte ist eher aus einem Scherz entstanden, der zum 1. Mai wieder aufgegriffen wurde. Es sollte tatsächlich der Antifaschistische Frauenblock sein und keine Frauengruppe. Wir haben uns erstmal nicht über frausein definiert, sondern als Antifa. In kürzester Zeit wurde aus diesem Scherz eine ernsthafte Idee.–Sicher auch aufgrund von Reaktionen, die von außen kamen.

KlaroFix: Es war nicht so, daß Ihr die Notwendigkeit gesehen habt, weil Ihr anders in Antifazusammenhängen nicht mehr hättet arbeiten können?

AFBL: Die Notwendigkeit ergab sich eigentlich wirklich erst aus den Reaktionen, die das auslöste.–Es spukte schon in einigen Köpfen die Idee, daß es gut wäre, wenn es so eine Gruppe geben würde. Für mich gab es auch nicht irgendein Schlüsselerlebnis. Die ursprüngliche Motivation war antifaschistisch und hatte nicht irgendetwas mit Sexismus zu tun.–Bei der Demo in Wurzen haben sich dann einige Frauen zusammengefunden und wir haben gemerkt, daß es sehr angenehm ist, neben sich jemanden laufen zu haben und weiß, die bleibt auch neben mir stehen. Erste Gespräche ergaben dann, daß uns die Aktionsformen von Männern oft nicht passen, daß wir gern unsere eigenen hätten. Darauf gab es großen Zuspruch von anderen Frauen: die Angstgrenze sei anders, die Vorbereitungsart ist eine andere... und so haben wir begonnen, Aktionsschwerpunkte, die uns wichtig waren, nur mit Frauen zu machen. Bei dieser Aktionsform sind wir dann auch geblieben. Wir wollen uns nicht immer wieder reinreden und zurückdrängen lassen.– Es ist nicht so, daß niemand mehr mit Männern etwas machen will. Es ist eine andere Form.–Ich denke aber inzwischen kritischer über die politische Zusammenarbeit mit Männern nach. Durch die gegenseitige Akzeptanz lassen wir uns ausreden, hören wir uns zu und können Aktionen anders vorbereiten.

KlaroFix: Welche Reaktionen waren das denn? Unterschieden die sich zwischen denen von Männern und denen von Frauen?

AFBL: Von männlichen Antifas kamen da schon ziemlich heftige Sprüche.–Es war etwas Neues, daß Frauen was zusammen gemacht haben. Es reichte schon aus, wenn drei Frauen zusammensteckten und schon hieß es: »die Frauengruppe ist da«. Es war schwierig, sich einfach so zu treffen.– Bei den negativen Reaktionen würde ich mal eine Gruppe erwähnen, die eigentlich immer nur destruktive Sprüche gebracht haben. Ich denke, daß von einer Frauengruppe immer mehr erwartet wird, immer nach dem Motto: zeigt erstmal, was ihr könnt, was euch berechtigt, was zu tun. Da wird oft von sich selbst abgelenkt. Zum Beispiel die Frage, was denn der AFBL gegen das Lokalmatadore-Konzert machen würde, ohne sich selbst in irgendeiner Weise zu positionieren. Als wäre es explizit nur unsere Aufgabe, uns dazu zu äußern.–Von Frauen wurde uns oft eine Art Wichtigtuerei unterstellt, obwohl niemand mal konkret bei uns war, sondern die Informationen eher indirekt liefen. Natürlich gab es auch viele positive Reaktionen von Männern und Frauen.

KlaroFix: Was hat die Sache für Euch verändert und wie sah Euer Umfeld vorher aus?

AFBL: Ich war schon bei vielen Aktionen mit absoluter Männerdominanz dabei, wo ich schon durch den angeblichen Mut, der da gezeigt wurde, Angst bekam. Das wirkte immer so: die sind ganz mutig, ich bin es nicht und so wirst du immer nach hinten gedrückt. Meistens liefen die Absprachen auch furchterregend schlecht. Bei uns liefen die Absprachen viel genauer. Es gibt einfach Sicherheit zu wissen, was ist wenn... In anderen Kreisen wird darüber oft nicht geredet, weil fälschlicher Weise vorausgesetzt wird, daß alle alles wissen und kei-

ner traut sich zu fragen. Hier ist es auch möglich, mal Bedenken an einer Aktion zu äußern, ohne gleich weggedrückt zu werden.–Im Nachhinein ist es mir schleierhaft, wie es bei den üblichen Aktionen 2/3 Männer und 1/3 Frauen als Fahrerinnen oder am Telefon überhaupt zu Erfolgen kommen konnte. Vieles ist geprägt von der hau-weg-Mentalität. Kaum jemand weiß, was wirklich abgeht. Die Informationen sind da total unterschiedlich verteilt. Das ist keine Ausnahme. Wenn wir etwas machen, sprechen wir uns ab, um den gleichen Wissensstand zu haben.–Es ist schon befremdlich, wenn Männer nicht auf das vertrauen, was wir sagen. Oft denke ich, daß das dann nur vorgeschoben wird, weil die Männer selbst Schiß haben. Es ist echt ein Unterschied, ob eine Frau was sagt oder ein Mann. Dem Mann wird automatisch mehr zugehört und ein ganz anderes Gewicht beigemessen.–Nach einer konkreten Situation, die nach diesem Schema ablief und die uns auch selbst gefährdet hat, haben wir auf eine Diskussion gedrängt, wo es dann auch in Worte gefaßt wurde: Frauen werden bei Aktionen gar nicht mitgezählt oder halbiert, d.h. zehn Frauen ergeben fünf Menschen. Wir haben unsere Möglichkeiten immer eingeschätzt und auch gesagt: da haben wir Bedenken und da nicht. Einige Männer formulieren diese bloß nicht und werden dadurch falsch eingeschätzt. Die kommen dann einfach immer damit durch, wenn nichts passiert und sie ihren angeblichen Mut gar nicht beweisen mußten.–Auf der einen Seite heißt es: schaut, wie viele Frauen bei der Antifa sind, auf der anderen Seite wirst du gar nicht mitgezählt. Das ist einfach unehrlich. Der Hit sind dann noch solche Sprüche: das wäre doch mal was für euch.–Da hast du ja auch noch den »positiven Sexismus«, wenn Männer unsere Aktionen in den Himmel loben, sich aber nicht vorstellen können, was anders ist, wenn Frauen miteinander umgehen.

KlaroFix: Was hat sich im Umfeld konkret geändert?

AFBL: Ich finde nichts.–Uns wird dann anders zugehört, wenn für irgendwas unsere Mitarbeit als notwendig erachtet wird.–Es gibt Situationen, in denen sich Männer jetzt anders verhalten, aber nicht aus einer Einsicht heraus, sondern weil sie wissen, daß es sonst Theater gibt. Früher wurden wir auch immer aus dem Informationsfluß ausgeschlossen. Das ist jetzt auch nicht mehr so schlimm.

KlaroFix: Seht Ihr Eure Arbeit eher theoretisch oder praktisch?

AFBL: Am Anfang lag der Schwerpunkt auf jeden Fall auf praktischen Aktionen. Das heißt nicht, daß gar nicht diskutiert wurde.–Wir haben dann gemerkt, daß wir uns schon mit verschiedenen Sachen auch intensiver theoretisch auseinandersetzen müssen und uns nicht auf praktische Aktionen beschränken können. Obwohl ich mich am Anfang mit der theoretischen Auseinandersetzung schwer getan habe, da ich oft nur nach meinem Gefühl handelte, erkenne ich jetzt die Notwendigkeit. Inzwischen haben wir uns da ziemlich zusammengerauft.–Am Anfang war es eher getrennt: der Teil macht eher Theorie und der andere praktische Sachen. Mittlerweile ist das anders.–Wir wollten für uns alle akzeptable Aktionsformen finden. Inzwischen verschiebt sich der Schwerpunkt zu theoretischen Sachen. Das kommt mir sehr entgegen, da ich mich so aus Zusammenhängen, in denen ich dachte etwas machen zu können, zurückziehen kann.

KlaroFix: Sexismusdebatte. Wie ging das los? Hatte sich zuviel angestaut, gab es einen konkreten Auslöser?

AFBL: Wir haben im KlaroFix die Texte von Lokalmatadoren und Kassieren gelesen und haben da festgestellt, daß an diesem Punkt eine Grenze überschritten ist. Wir haben dann im Laden Position dazu bezogen. Wir wollten keineswegs eine Sexismusdebatte entfachen, sondern nur wissen, warum findet hier so ein Konzert statt und warum hat damit offensichtlich kein Mann ein Problem.–Wir haben uns auch vorher mit Sexismus auseinandergesetzt, aber über die Alltäglichkeiten hinweggesehen oder auf persönlicher Ebene ausgetragen.

KlaroFix: Wurde sonst an Euch herangetragen, daß Sexismus Euer Problem ist?

AFBL: Klar kommen die Fragen, was macht ihr dazu, ohne eigenes Problembewußtsein oder eigene Positionierung dazu.–Von einzelnen Männern aber schon, die damit auch ein Problem haben, hier im Laden aber eher weniger. Zumindest äußern sich sehr wenige dazu, was dann schwer einzuschätzen ist.–Manche stört es zwar auch, aber sie denken, daß das unser Problem ist oder wollen sich nicht in einer Beschützerrolle sehen. So ist es ja auch nicht, wenn jemand einfach nur auch das Maul aufmacht, wenn was scheiße läuft.

KlaroFix: Habt Ihr das Gefühl, daß Ihr in der Diskussion eher alleine dasteht?

AFBL: Nein. Es gibt zwar nicht so die Unterstützung, aber zu verschiedenen Situationen gleiche Meinungen. Diese Art von Unterstützung kommt aber auch mehr von außen.–Bei der Debatte selbst

stehen wir schon ziemlich für uns, da die Diskussionsbasis im Laden abschreckend wirkt. Die Leute, die es tun würden, haben es schon versucht und zum Teil gemerkt, daß sich nichts ändert.

KlaroFix: Wie läuft die Diskussion ab?

AFBL: Es wird ziemlich aggressiv diskutiert. Uns wird vorgeworfen, es ginge nicht um Inhalte und wir sollen konkret sagen, was wir wollen. Wenn wir das tun, wird aber nicht zugehört. Du kriegst 20mal die gleiche Frage wieder gestellt. Wie mit tauben Ohren dringt nichts ins Bewußtsein. Es wird immer nur auf die Angriffspunkte geachtet, die ich biete. Es gibt nicht den Willen zum Verstehen. Es wird versucht, das Ganze auf eine theoretische Ebene zu schieben. An besten mit einem schriftlichen Text. Wir sollen uns theoretisch damit auseinandersetzen? Wir erleben Sexismus jeden Tag! – Mit einer dominanten Art des Fragens, warum, welche Ziele, welchen Weg... wirst du immer zurückgedrängt. – Damit wird versucht, die Diskussion abzuschwächen. Ich glaube, einige haben Angst, daß ihnen was weggenommen wird. Deshalb wollen sie uns in eine Ecke stellen, in der wir zwar noch was sagen können, aber von der keine Gefahr mehr ausgeht. Sie glauben, daß es für uns schwieriger wird, wenn sie uns ihre Art und Weise der Diskussion aufdrängen. Auf jeden Fall eine Machtfrage. – Obwohl diese überhaupt nicht von uns Frauen gestellt wurde. – Einige tun so, als würden wir darauf drängen, daß einige Männer ihren Platz für Frauen räumen sollen. – Ich denke, daß es bewußt auf diese Ebene gehoben wurde, um die Unmöglichkeit der Weiterverfolgung zu zeigen, die in ihrer Konsequenz, daß jemand gehen soll, keiner so will. – Dabei nutzen manche unsere Position zum Laden aus. Sie trauen uns schon zu, daß wir was kippen könnten. – Sie spielen mit der Paranoia, daß wir uns mit anderen verbünden könnten oder der Laden krachen geht, nicht weil das für wahrscheinlich gehalten wird, sondern um mit der Angst die ruhig zu halten, die es dann schon lieber so belassen würden wie bisher. – Das Diskussionsverhalten würde ich eindeutig als sexistisch einstufen. Von uns wird nicht gefordert, den Laden zu verlassen. Ein subtiles Herausdrängen beginnt dann, wenn es immer schwerer wird dort mitzuarbeiten. – Läden gehen nicht an einer Auseinandersetzung mit Sexismus krachen, sondern dann, wenn Frauen ihre Unzufriedenheit mit der Situation äußern und keine Bereitschaft besteht, das zu klären; und wenn mit dem Thema andere Sachen abgemacht werden. – Es besteht da ein Defizit: Für Frauen ist es notwendig, eine Auseinandersetzung mit dem Thema einzufordern, für Männer nicht. Wenn da kein Umdenken passiert, kannst du die Grenze akzeptieren und nur noch mit Frauen arbeiten, dann ist die Abspaltung da; oder du bist ständig nur dabei, immer neu abzuklären, was dich stört. Das ist ja auch kein Arbeiten. Einigen wäre es am liebsten, wenn wir einen Forderungskatalog erstellen. Punkt 1: das Wort »Fotze« wird nicht mehr gesagt. Über Forderungen zu reden oder konkreter zu werden, ist erst möglich, wenn es nicht mehr nur ein Problem von Frauen ist; solange nicht akzeptiert wird, daß wir uns in Rollen verhalten und so ein Plenum wie das Vorabendprogramm im ZDF abläuft.

KlaroFix: Welche Unterstützung könnte es geben?

AFBL: Ich würde mir wünschen, daß die Leute, die da auch ein Problem sehen, einfach mit da wären und sich auch dazu äußern, um den Leuten, die sich da raushalten, zu zeigen, daß wir nicht die einzigsten sind.

KlaroFix: Thanx!

Dieser Text war der erste einer ganzen Reihe zur Mobilisierung zur Demo gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss. Er wurde veröffentlicht im CEE IEH #46, Juli/August 1998. Die Demo wurde später verschoben auf Juni 1999. Die Mobilisierungskampagne war die erste ihrer Art für den AFBL, es gab mehrere Veranstaltungen und die Ausstellung »Abschiebehaft in Sachsen« wurde in der Frauenkultur gezeigt. Aus Leipzig fuhren zwei Reisebusse nach Neuss.

Zum Frauenabschiebeknast in Neuss[1]

[1] Der nachfolgende Text ist als Mobilisierungsstart zu der für Oktober geplanten Demonstration zum Abschiebeknast in Neuss gedacht. Themenschwerpunkt ist das Zusammenspiel von Sexismus und Rassismus. Klar ist, daß wir versuchen, eine Realität zu umreißen, die wir nur von »außen« betrachten und beschreiben können. Die Themen sind meist nur grob umschrieben, da in die Tiefe zu gehen den Rahmen sprengen würde. Später vielleicht mehr... AFBL

Der nachfolgende Text beschäftigt sich mit:
- Der Frauenabschiebeknast in Neuss
- Warum Neuss und nicht Büren?
- Ein kurzer Abriß über Asylpolitik in Deutschland/ Europa
- Geschlechterspezifische Fluchtursachen
- Migrantinnen in der BRD
- Allgemeine Betrachtungen und Diskussionsbeiträge zu Rassismus und Sexismus.

Der Frauenabschiebeknast in Neuss

1993 wurden die ersten Migrantinnen in den Neusser Abschiebeknast eingesperrt. Er befindet sich unauffällig inmitten der Neusser Innenstadt. Nur Stacheldraht auf der Mauer, dicke Stahltore und Gitter vor den Fenstern deuten auf einen Knast hin. Derzeit sind zwischen 70-90 Frauen aus Lateinamerika, Asien, GUS-Staaten, Polen, Ex-Jugoslawien und der Türkei dort eingesperrt. Abgesehen davon, daß Knäste nie human sein können, sind die Bedingungen in Neuss menschenverachtend: Frauen werden in enge, feuchte und dunkle Zweier- oder Sechser-Zellen gepfercht. Die Fenster sind aus Milchglasscheiben! Die Frauen, die gemeinsam in einer Zelle sind, können oft nicht miteinander sprechen, da ihre Zusammensetzung »scheinbar« willkürlich erfolgt. Bis zum Frühjahr 1997 betrug die Zeit des Hofganges eine Stunde. Inzwischen haben die Frauen im Sommer länger Hofgang und können Sport treiben. Außerdem besteht die Möglichkeit, an einem Nähkurs teilzunehmen. Das sind sehr geringfügige »Verbesserungen«, die Nahrungsversorgung beispielsweise ist immer noch miserabel. Auf religiöse, ideologische, oder gesundheitliche begründete Eßgewohnheiten wird keine Rücksicht genommen. Auch die medizinische Versorgung der Frauen ist schlecht. So wurden sie von Anfang an nur von einem einzigen männlichen Krankenpfleger betreut. Seit Januar 1998 – Fünf Jahre nach der Eröffnung – wurde jetzt endlich eine Krankenpflegerin eingestellt. Diese ist natürlich mit 70-90 zu Betreuenden völlig überlastet.

Bei der Verhaftung wird den Frauen ihr gesamtes Geld abgenommen. Sie müssen die »Unterbringung« und die Abschiebung selbst bezahlen. So bleibt kein Geld für AnwältInnen oder DolmetscherInnen. Außerdem müssen sie seit dem 01.11.1997 während der Prüfung ihres Asylantrages in Haft bleiben. Davor war es üblich, während der Dauer der Prüfung in einem AsylbewerberInnenheim verlegt zu werden.

Ein Teil der Frauen ist in Abschiebehaft, weil sie nach Ablehnung ihrer Asylanträge nicht aus der BRD ausgereist sind. Ein weiterer Teil der inhaftierten Frauen wurde während ihrer sogenannten illegalen Tätigkeit in Deutschland aufgegriffen – bei Razzien festgenommen, womit der Kontakt zu Angehörigen und Bekannten endgültig abgebrochen wurde. Die spätere Abschiebung hat für die Frauen in ihren Herkunftsländern meist fatale Folgen. So werden viele Frauen z.B. oft direkt bei ihrer Rückkehr am Flughafen verhaftet oder sie »verschwinden« spurlos.

Warum Neuss und nicht Büren?

In den letzten vier Jahren haben FlüchtlingsunterstützerInnen und antirassistischen Gruppen die Demo gegen den Abschiebeknast Büren, in dem nur Männer eingesperrt sind, durchgeführt. Die Demonstration wurde zu einem wichtigen Symbol innerhalb des bundesweiten Widerstands gegen die herrschende Flüchtlingspolitik.

Seit der Eröffnung 1994 gilt er als Symbol für systematische Ausgrenzung, Aussonderung und Abschiebung von Flüchtlingen. Ausschlaggebend dabei ist u.a. die auf 600 Haftplätze ausgelegte Kapazität der Anstalt und ein ausgefeiltes Bewachungs- und Strafsystem, sowie die Rolle, die Nordrhein-Westfalen nicht nur beim massenhaften Vollzug von Abschiebehaft, sondern auf allen Ebenen der Verwaltung und Vertreibung von Flüchtlingen sowie ihre Funktion im Rahmen der genannten Abschiebemaschenerie deutlich machen.

Mittlerweile hat Büren seinenen ursprünglichen Modellcharakter verloren. An der Vorreiterfunktion der rot/grün-regierten Bundeslandes hat sich zwar nichts geändert, jedoch ist Büren, was die Belegungszahlen betrifft als auch die katastro-

phalen Haftbedingungen, vom Abschiebeknast in Berlin-Grünau eingeholt worden. NRW hat von seinen ehemals acht Abschiebegefängnissen für Flüchtlinge inzwischen die Mehrzahl geschlossen. Die zentrale Anstalt für Männer in Büren ist übriggeblieben, für Frauen der Abschiebeknast in Neuss.

Neuss ist nicht nur ein Platz, der die Brutalität deutscher Abschiebepolitik symbolisiert, sondern an dem zusätzlich das Zusammenwirken von Rassismus und Sexismus festgmacht wird und dessen Folgen aufgezeigt werden müssen.

Natürlich sind Migranntinnen den gleichen Sondergesetzen unterworfen wie Migranten. Ihre Möglichkeit aber, überhaupt in die BRD zu gelangen und sich hier aufzuhalten, sind von Anfang an von ihrer Geschlechtszugehörigkeit geprägt.

Neuss, ohne medienträchtige Aufstände, ohne Vorbildcharakter im Sinne von Haftplatzkapazitäten oder brutalster Menschenverachtung, ist für uns eher ein Symbol für die »schweigende Normalität des rassistischen Alltags« in der diejenigen, die nicht auf sich aufmerksam machen, verschwinden.

Es bleibt dabei: *Solidarität mit den Frauen in Neuss!*

Besonderheiten für Flucht und Migration von Frauen

Weltweit migrieren über 100 Millionen Menschen als Binnenmigration oder über die Staatsgrenzen hinweg. Frauen und Kinder machen dabei den größten Anteil aus. Bedingungen für Migration sind bei Frauen und Männern verschieden.

Auf der Grundlage der weltweit vorhandenen Herrschaftsverhältnisse entstehen ähnliche Ausbeutungsverhältnisse. Diese sind vorwiegend bestimmt durch Sexismus, Rassismus und Klasse. Auswanderungsgründe für Frauen entstehen u.a. durch die Hoffnung einer Verbesserung der Lebensperspektiven und Situation. Sie hoffen, die physische Lebensexistenz vor der Vernichtung zu retten, politischer Repression in ihren Heimatländern zu entkommen und dem Druck der Alltagsformen patriachaler Unterwerfung zu entfliehen.

1984 wurden in den Niederlanden erste wissenschaftliche Untersuchungen geschlechtsspezifischer Verfolgung publiziert. Diese Studien wurden von zwei Amnesty International Mitarbeiterinnen erweitert. Sie entwickelten vier Kategorien frauenspezifischer Verfolgung und zeigten auf, daß diese nicht selbstverständlich an politsche Systeme und an spezielle Kulturen und Religionen gebunden sind.

Frauen werden Opfer von Verfolgung wegen eigener politischer Aktivitäten, aufgrund der Zugehörigkeit zu einer sogenannten ethnischen oder religiösen Minderheit, aufgrund verwandschaftlicher Verhältnisse zu Oppositionellen und/oder aufgrund der Übertretung speziell für Frauen geltender Normen und Gesetze.

Durch die institutionell festgeschriebene Wertigkeit der Frau im Islam ist der Kampf um Gleichberechtigung nur höchst eingeschränkt möglich. Steinigung ist als Strafe vorgesehen für Sexualpraktiken, die nicht mit den Moralvorstellungen der Mullahs übereinstimmen. Das Besondere und Geschlechtsspezifische an dieser Strafe ist, daß die Männer weniger weit eingegraben werden als Frauen und ihnen eine gewisse eingeschränkte Fluchtmöglichkeit offen gelassen wird. Bundesaußenminister Klaus Kinkel sagte dazu, daß er sich nicht vorstellen kann, daß jemand im Islam wegen sexueller Übergriffe gesteinigt wird.

Bei den ersten drei Verfolgungssituationen kommt es zu frauenspezifischer Verfolgung dadurch, daß die Form der Verfolgung in der Anwendung sexueller Gewalt besteht. Diese wird als spezielle Taktik eingesetzt.

Frauen, die wegen politischer Aktivitäten inhaftiert sind, sind neben geschlechtsspezifischen Foltermethoden, auch Vergewaltigungen und anderen sexuellen Mißhandlungen ausgesetzt.

Bei Frauen, die verfolgten sogenannten ethnischen oder religiösen Minderheiten angehören, schließt die Verfolgungsform oft die Anwendung sexueller Gewalt ein, beispielsweise die Klitorisbeschneidung.

Die Frau soll einmal als Angehörige der Gruppe/Minderheiten getroffen werden und zum anderen soll durch Ausnutzung ihrer sozialen Position auch die Gruppe als Ganzes angegriffen werden.

Sexuelle Gewalt als spezifisch gegen Frauen gerichtete Verfolgungsform impliziert mehr als den körperlichen Angriff. Durch die Ausnutzung der Sexualität von Frauen und der Möglichkeit zu Gebären werden Herrschaftsverhältnisse zwischen Frauen und Männern demonstriert und manifestiert.

Die Funktionalisierung von Vergewaltigung oder sexueller Gewalt als Angriff auf die jeweilige Kriegspartei oder den politischen Gegner hat Erfolg, weil generell die patriachale Logik des Besitztums von Männern an Frauen herrscht.

Durch die patriachalen Autoritätsstrukturen innerhalb der Familie ist es für eine Frau schwer, eigenständige Fluchtentscheidungen zu treffen. Sie müssen sich oft den Plänen männlicher Familienangehöriger unterordnen. Hinzu kommt, daß es für Frauen in einigen Ländern fast unmöglich ist, ohne männlichen Schutz zu leben.

Geschlechtsspezifische Unterdrückungsmechanismen aufzubrechen, scheint in vielen Ländern fast unmöglich. In Kroatien ist seit diesem Jahr eine Gesetzesnovelle in Kraft getreten. Mußten von Behörden Vergewaltigungen an Ehefrauen

und Lebensgefährtinnen umgehend verfolgt werden, wird dies jetzt vom Offizialdelikt zum Antragsdelikt juristisch zurückgestuft. Das Opfer muß selbst Anzeige erstatten bei einer sogenannten »internen Vergewaltigung«, damit die Behörden tätig werden. Zudem werden im zutiefst katholischen Kroatien Scheidungen immer schwieriger. Mußten sich die Ehepartner bisher mindestens dreimal bei einem Sozialarbeiter aussprechen, um geschieden werden zu können, müssen jetzt mindestens sechs solcher Gespräche geführt werden.

Weitere Fluchtmotive bestehen darin, daß die Frau die Hauptverantwortung für die ausreichende Versorgung ihrer Kinder und sich selbst trägt. Durch Hungerkatastrophen, Bürgerkriege etc. wird dies oft unmöglich.

Das Zusammenspiel von Sexismus und Rassismus

Die Migrantin und Flüchtlichsfrau schlechthin gibt es nicht. Sie lebt in der BRD als Mutter, Tochter, Ehefrau, Schwester, Alleinstehende, Arbeiterin, Angestellte, Saisonarbeiterin, Prostituierte, Gast, Illegalisierte,... so spezifisch die Fluchtursache, der Fluchtweg, die Fluchtbedingungen, so einzigartig bleibt die Situation in Deutschland. Das klassische Bild des »Opfers« trifft auf die wenigsten Frauen zu.

Einmal in Deutschland angekommen, treffen die unterschiedlichen Biographien allerdings auf dieselben Verwertungsmechanismen. Neben ökonomischer Ausbeutung und rassistischen Stereotypen sind Migrantinnen permanent mit sexistischen Verhaltensweisen und Unterdrückungsmechanismen konfrontiert. Staatlicherseits sind diese Mechanismen in der sexistischen und rassistischen Sondergesetzgebung (»Asylbewerberleistungsgesetz«, »Ausländergesetz«) festgelegt. Ein Beispiel ist der §19 des »Ausländergesetzes«, nachdem »Ehepartner« in Deutschland lebender »Ausländer« erst nach einer sogenannten »Ehebestandszeit« von drei bzw. vier Jahren ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten. Wird die Ehe vorher gelöst, ist der Abschiebegrund geliefert. Dies bedeutet, daß Frauen ohne deutschen Paß, die einen deutschen Mann heiraten, mindestens drei Jahre in direkter Abhängigkeit von ihrem Ehemann leben müssen.

Der Gesetzgeber will mit dieser Regelung verhindern, daß weitere Flüchtlinge durch »Schein« bzw. »Zweckheiraten« auf Dauer zuziehen.

Die Regelung des Ausländergesetzes verfolgt jedoch nicht nur »ausländerpolitische« Ziele, sondern enthält »familien-« und »frauenpolitische« Wertvorstellungen. Migrantinnen/Flüchtlingsfrauen hängen in diesem mit ihrer gesamten Existenz vom Wohlwollen des Ehemannes ab.

Bei sogenannten mononationalen Ehen, ist »ihr« Aufenthaltsstatus meist über »seinen« geregelt, droht ihm die Abschiebung, ist ihre Aussicht auf einen eigenständigen Aufenthaltsstatus sehr gering.

Frauen, die in Deutschland als »Illegale« leben, teilen den rechtlosen Status zunächst einmal mit vielen Menschen ohne Aufenthaltsrecht. Doch ist anzunehmen, daß sich die Bedingungen von Frauen, egal, ob mit Kindern, alleinstehend oder schwanger, von der eines alleinstehenden Mannes unterscheidet.

Geht man davon aus, daß Illegalisierung die Erpreßbarkeit und infolgedessen die Ausbeutung und Gewalt fördert, so sind vor allem Frauen zusätzlich von sexueller Ausbeutung und Gewalt bedroht. Für Frauen ohne Aufenthaltsstatus hat die ohnehin schon strukturelle Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt zur Folge, daß die Arbeitsmöglichkeiten sich im wesentlichen auf Haushalts-Reinigungstätigkeiten, Kinderbetreuung, Küchenhilfen in Gaststätten, Erntearbeiten in der Landwirtschaft oder Prostitution beschränken.

Ein kurzer Abriß über die Asylpolitik Deutschland/Europa

Die Verankerung des Grundrechts auf Asyl 1949 im Grundgesetz der BRD resultiert aus den Erfahrungen des 2. Weltkrieges, in dem die USA sowie fast alle europäischen Länder ab 1938 die Einreisebestimmungen verschärften und den meisten die Flucht verwehrt blieb.

Mit der Änderung des Art. 16 GG 1993 wurde dieses Grundrecht faktisch abgeschafft.

<u>Alt:</u> Artikel 16, Abs. 2: Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

<u>Neu:</u> Artikel 16, Abs. 2: Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden.

Artikel 16a, Abs. 1: Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

Artikel 16a, Abs. 2: Zu *sicheren Drittstaaten* bestimmte der Gesetzgeber in diesem Absatz all die Länder, die eine gemeinsame Grenze mit Deutschland haben. Flüchtlinge, die auf ihrem Weg eines dieser Länder betreten, auch nur zum Transit, wird die Einreise nach Deutschland verweigert. Erreicht ein Flüchtling illegal dennoch Deutschland und stellt einen Asylantrag, so wird dieser abgelehnt und er in den sicheren Drittstaat abgeschoben. Das Grundrecht auf Asyl gilt für diesen Menschen in Deutschland nicht mehr.

Artikel 16a, Abs. 3: Flüchtlingen aus einem sogenannten *sicheren Herkunftsland* wird unterstellt, daß in ihrem Land keine Verfolgung stattfindet. Ihr Asylantrag wird generell als »offensichtlich unbe-

gründet« abgelehnt. Dagegen muß der Flüchtling klagen, um das Gegenteil zu beweisen.

Der »Erfolg« dieser »notwendig« gewordenen Gesetzesänderung ließ nicht auf sich warten. Die Zahl der AsylbewerberInnen ging um 70% zurück. Die anderen europäischen Länder änderten ebenfalls in den letzten Jahren, teilweise im Sog der Entwicklungen in der BRD ihre Gesetze. Das Vorgehen an den Grenzen wird immer brutaler. So setzt zum Beispiel Italien sein Militär gegen albanische Bootsflüchtlinge ein und Österreich stationiert sein Bundesheer an der Ostgrenze.

1991 wurde ein einheitlicher Visumszwang für die EG-Einreise beschlossen. Das One-Chance-Only Prinzip gilt, d.h. nur in einem einzigen EG-Land darf ein Asylantrag gestellt werden.

Mit dem Schengen-Abkommen, welches im März 1995 in Kraft trat, sind die Grundlagen für einen Polizeistaat Europa gelegt. Die Binnengrenzen für den Personenverkehr werden abgeschafft, im Gegenzug aber grenzübergreifende Fahndungen erlaubt. Neben einer Verschärfung der Visum-Pflicht für die Einreise in die Mitgliedsstaaten beinhaltet das Vetragswerk die Einrichtung eines umfassenden Fahndungsystems »(SIS)-Schengener Informationssystem«. In den zentralen Computer speisen alle am Schengen-Abkommen beteiligten Länder Fakten ein, u.a. die umfassenden Fahndungsdaten der betreffenden asylsuchenden Personen, denen lediglich die Einreise verweigert werden soll, ebenso wie die Namen abgeschobener Flüchlinge. Schengen übt einen großen Druck auf die anderen europäischen Länder aus. Zum einen fürchten sie, jetzt verstärkt Ziel der Migration zu werden, zum anderen degradiert Schengen alle europ. Nichtmitgliedsstaaten zu Sicherheitsrisiken.

Um zu verhindern, daß mehr Flüchtlinge aus Ost- nach Westeuropa kommen, bzw. damit eine zügige Abschiebung ermöglicht wird, wurden sogenannte Rücknahmeverträge geschlossen. Bei dem Aushandeln der Rücknahmeverträge tat sich die BRD besonders hervor. Im Alleingang erpreßte sie die osteuropäischen Länder zu den Verträgen, obwohl für das gesamte Schengengebiet Verträge abgeschlossen werden sollten.

Das dauerte der Bundesregierung jedoch zu lange. Verständlicherweise wehrten sich anfangs die osteuropäischen Länder, die fast nur als Transitländer dienen, BRD-Flüchtlinge zurückzunehmen. Mit diplomatischem Druck, dem Kürzen der Entwicklungshilfe, großen Geldtransfers für die Grenzsicherung bzw. einer repressiven Flüchtlingspolitik sowie unverhohlenen Drohungen, schaffte es jedoch die Regierung Rücknahmeverträge zu unterzeichnen.

Das zeigt, daß seit mehr als zehn Jahren die Länder der EU gemeinsam daran arbeiten, sich gegen MigrantInnen und Flüchtlinge abzuschotten. Daß Deutschland sich als Vorreiter dieser Politik hervortut (»Drittstaatenregelung«), ist unverkennbar. Beispiele, die diese ausgrenzende und rassistische Politik dokumentieren, sind u.a. der §92a des Ausländergesetzes, der sich auf den Taxitransfer ausdehnt und der §18 des Ausländergesetzes, der regelt, daß alle Passagiere, die auf einem internationalen Flughafen in Deutschland ohne Einreisegenehmigung ankommen, vom Bundesgrenzschutz abgeführt und meist einem Schnellverfahren im Flughafen unterzogen werden. Darf ein Asylsuchender in Deutschland bleiben, tritt das Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft. Danach dürfen nur noch akute Erkrankungen und Schmerzzustände von einem Arzt behandelt werden. Eine vorbeugende Behandlung sieht dieses Gesetz nicht vor. Flüchtlinge erhalten kein Bargeld sondern Sachleistungen, sowie ein monatliches Taschengeld.

Dies ist nur ein kurzer Abriß der derzeitigen Asylpolitik und kann sicher noch fortgesetzt werden. Allein diese Hintergründe zeigen auf, daß sich ein »freies Europa« immer massiver abgrenzt und somit die Menschenrechte neu definiert.

Einige allgemeine Überlegungen und Diskussionsgrundlagen zu den Themen Sexismus und Rassismus:

Sexismus manifestiert ein Machtverhältnis, daß in allen patriarchalen Gesellschaften vorherrscht. Er ist nicht – wie immer wieder verharmlosend angeführt wird ein »Akt der Sexualität«, sondern immer das Verlangen nach Machterhalt.

Als deutsche Frau bin ich nur einer Form von Sexismus ausgesetzt, mit der aufgrund meines Status als weiße deutsche Frau ganz anders umgegangen werden kann. Deutsches Familienrecht, die Stellung und Aufgaben der Frau darin, sind natürlich von patriarchalischem Besitzdenken geprägt, doch bleiben mir Artikulationsmöglichkeiten, die für Migrantinnen unerreichbar sind.

Verbrechen an Frauen werden in der bundesdeutschen Öffentlichkeit nur dann wahrgenommen, wenn sie innerhalb der patriarchalischen Logik funktionieren. Die »Massenvergewaltigungen« in Ex-Jugoslawien wurden nicht als Unrecht an jeder einzelnen Frau rezipiert. Es stellte sich heraus, daß die Tatsache, daß die verschiedenen konstruierten »Ethnien« sich gegenseitig angriffen, indem sie die jeweiligen Frauen »der Feinde« durch Vergewaltigung »in Besitz« nahmen, als gegeben und logisch hingenommen wurde. Das patriarchalische Prinzip, das hinter dieser »Kriegsstrategie« steht, war keinem Angriff ausgesetzt, hingegen wurde die Logik fortgesetzt und mit einer gewaltigen Portion

Schlüpfrigkeit (Voyeurismus) als Hetze gegen die »serbischen Aggressoren« verwendet.

Diskussionsbeitrag zum Thema Rassismus und Sexismus

Theoretisch ist es vorstellbar, daß eine Gesellschaft sexistisch, jedoch nicht rassistisch strukturiert ist. Selbst in der Umkehrung wäre dies noch denkbar. Wie o.g.: theoretisch. Die bundesdeutschen Grundlagen entspringen einem völkisch-patriarchalen Denken. Nicht auf einer Verfassung, sondern immer noch über »Volk« wird die Zugehörigkeit geregelt. Als dessen Kern wird die Familie propagiert. Dieses banale und für »nichtdeutsche« so mörderische »Stammesdenken« hat einen streng patriarchalischen Kern. Die Frau bekommt ihre Bedeutung durch die Reproduktion: und das meint immer noch »Kinderkriegen«. Sämtliche familienpolitischen Gesetze sind auf dieses Modell zugeschnitten (auch wenn er sich auf die Spitze getrieben gegen die Frau und ausschließlich für die Reproduktion entscheidet: s. Neuregelung §218).

Was also auf bundesdeutsche, der völkischen Logik entsprechenden, Frauen fast »positive« Auswirkungen hat (Schwangerschaftsurlaubsschutz, Kindergeld, ...), bekommen Migranntinnen/Flüchtlingsfrauen im Gegenteil zu spüren:

Die über ihre Hautfarbe, Herkunft, Lebensgewohnheiten als »minderwertig« deklassierte Frau, wird über das Geschlecht nicht »nur« einer weiteren Diskriminierung ausgesetzt. Sie kann innerhalb der oben beschriebenen patriarchalischen–rassistischen Logik nur als »Reproduktionswesen« angesehen werden. Diesmal aber für »etwas«, was auf bundesdeutschem Boden keine oder nur unter gewissen ökonomischen Voraussetzungen Lebensrecht besitzt.

In der Realität einer Migrantin funktionieren Rassismus und Sexismus also zusammen. Wenn Sexismus Machterhalt ist, ist einleuchtend, daß brachial sexistische Verhaltensweisen einer Migrantin/Flüchtlingsfrau gegenüber schneller und massiver angewandt werden.

Gedanken zu & um Neuss[1]

Frauenabschiebeknast in Neuss – die Zweite

Wie im letzten CEE IEH angekündigt, wollen wir uns mit verschiedenen Artikeln den Themen Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen (in der brd), Abschiebehaft, der Verknüpfung von Rassismus und Sexismus auch in der Linken und damit verbundenen Inhalten nähern. Los geht's!

Wir sind für weitere Anregungen, Diskussionen, Texte und mitmachfreudige Personen offen. Anfragen und Reaktionen an den Infoladen.

[1] Veröffentlicht im CEE IEH #54, April 1999

Frauenspezifische Migrations- und Fluchtursachen

Mehr als 80% der Menschen weltweit, die fliehen oder migrieren, sind Frauen und Kinder, von ihnen gelangt jedoch nur etwa 1/4 in die reichen Industrieländer, die meisten Frauen verbleiben in den Nachbarstaaten ihrer Herkunftsländer. Das liegt unter anderem daran, daß die patriarchalen Gesellschaftsstrukturen Armut in den meisten Ländern vorrangig zu einem Frauenproblem werden lassen. Ihnen fehlen die Ressourcen (Frauen besitzen nur 1% des Weltvermögen und ebenfalls nur 1% des Grund/Bodens der Welt), die gesetzlichen Regelungen und die gesellschaftlichen Möglichkeiten Armut abzuwehren oder zu entkommen. Frauen wird nur ein sehr begrenzter Zugang zu Geld gewährt, Geld, das z.B. für Pässe, Visa, Fahrtkosten und FluchthelferInnen benötigt wird. Hinzu kommt, daß viele Frauen gemeinsam mit ihren Kinder fliehen wollen oder müssen, was sie weniger mobil macht und gleichzeitig die Gefahr erhöht, entdeckt zu werden.

Die Gründe, wegen derer sie ihre Herkunftsländer verlassen, unterscheiden sich ebenso wie ihre Flucht- oder Migrationswege von denen der Männer. Flucht und Migration bieten Frauen trotz aller Schwierigkeiten die Aussicht auf Veränderung und Verbesserung ihrer Lebenssituationen. Mit Blick auf ihre Möglichkeiten und Chancen entscheiden sich Frauen bewußt zur Flucht oder Migration. Migrantinnen sind also keinesfalls nur Opfer der Verhältnisse, sondern aktiv handelnde Frauen, die ihre Lebensperspektiven eigenständig verändern wollen.

Zusätzlich zu geschlechtsunspezifischen Ursachen, die in der linken Auseinandersetzung häufig erwähnt werden, wie (Bürger-)Kriege, Armut, Mitarbeit im politischen Widerstand, Flucht vor (Staats-)Gewalt, Verfolgung etc. existieren frauenspezifische Flucht- und Migrationsgründe, die allein aus der Zugehörigkeit zum Geschlecht Frau resultieren. Sexistische, frauenverachtende, homophobe patriarchale Gesellschaften erfinden überall auf der Welt Gesetze und Regeln, deren bewußte oder unbewußte Übertretung für Frauen Repressionen zur Folge hat und lebensbedrohlich sein kann. In Indien wurden z.B. zwischen 1988 und '93 mehr als 20.000 Ehefrauen ermordet oder gezwungen, Selbstmord zu begehen, da sie die Bedingungen der Aussteuer nicht erfüllen konnten. In Afghanistan besteht ein Ausgehverbot, ein Ausbildungsverbot, ein Waschverbot an Bächen und öffentlichen Waschstellen und ein Berufsverbot. Letzteres stellt einen direkten Angriff auf das Leben von Frauen dar: Da sich Frauen auch ausschließlich von Frauen behandeln lassen dürfen, wird ihnen so jegliche medizinische Versorgung verweigert.

Frauen werden nicht als eigenständige Individuen angesehen, sondern als Tochter oder Ehefrau von einem Mann. Männer können Ge- und Verbote aussprechen. In etwa 20 Staaten, darunter Nigeria, Ägypten, Libyen und Thailand, müssen Frauen die Erlaubnis des Vaters oder Ehemannes vorlegen, um einen Reisepaß zu beantragen. In vielen Ländern ist eine Abtreibung unter allen Umständen verboten, in einigen benötigt eine verheiratete Frau die Zustimmung ihres Mannes zu einer Abtreibung. So können Frauenkörper von Männern überwacht werden.

Eine besonders brutale Art der Kontrolle der weiblichen Sexualität und der Sicherstellung der Verfügbarkeit von Frauen für die Ehe ist die Genitalverstümmelung. So wird das gewalttätige Herausschneiden (oft mit einer Glasscherbe) der Klitoris und (Teilen) der inneren und in einigen Ländern der äußeren »Scham«lippen bei Mädchen bezeichnet. Nach der Gewalttat wird der größte Teil der Scheide zugenäht, die Frauen haben den Rest ihres Lebens Entzündungen und Schmerzen, wenn sie die Verstümmelung überhaupt überleben. Auch diese Mordanschläge auf Frauen gelten nicht als Verfolgungsgründe für Frauen, die Flucht vor Genitalverstümmelung ist kein Grund für deutsche Behörden, Asyl zu gewähren, da angeblich keine politische Verfolgung vorliegt.

Frauen, die ein selbstbestimmtes Leben leben, und sich nicht in die sexistischen Strukturen der

Gesellschaft einordnen wollen, gefährden sich in hohem Maße. Besonders gilt dies auch für lesbische Frauen, die sowohl von staatlicher Seite, als auch von ihrer Familie Repressionen erwarten müssen. Lesben werden gezielt vergewaltigt, um sie zu Heterosexualität zu »bekehren«. In über 30 Ländern ist weibliche Homosexualität illegal. Entgegen dem vermeintlichen Trend, männliche Homosexualität zu entkriminalisieren, kriminalisierten Brasilien und Nicaragua Lesben erst Anfang der 90er ('91 bzw. '92). Ebenso werden Zwangsmedikamentierungen z.B. mit Psychopharmaka bei Lesben häufiger als bei Schwulen vorgenommen. Frauen müssen für Männer sexuell zur Verfügung stehen, eine autonome Lust darf es nicht geben. In vielen Ländern, die Lesben kriminalisieren, steht auf gelebte lesbische Sexualität die Todesstrafe, andere negieren sie vollkommen. So erklärten z.B. die Regierungen Albaniens, Bangladeschs und des Libanons, daß in ihren Ländern keine Homosexualität existiere. Andere, wie China und Simbabwe, bezeichnen sie als vom Westen eingeschleppt.

Die Sexualität von Frauen wird auf vielfältige Art versucht zu unterdrücken, einzuschränken und auch abzutöten. Da sind Männerhirnen offensichtlich keine Grenzen gesetzt. Zusätzlich werden sexualisierte Gewaltakte gegen Frauen eingesetzt, um ihren Widerstand zu brechen und männliche Siegesmacht zur Schau zu stellen. Zum Beispiel werden Frauen, die verhaftet wurden, in Mexiko, der Türkei, Pakistan, Indien oder Indonesien systematisch vergewaltigt, etwa um Aussagen zu erpressen, ihren Widerstand zu brechen etc. Auch in Kriegen wurde und wird die systematische Vergewaltigung von Frauen und Mädchen durch Soldaten eingesetzt (»sexuelle Mißhandlung im Krieg« gilt erst seit 1996 als Verbrechen). In (fast) allen Kriegen in allen Ländern wird sexualisierte Gewalt als chauvinistische Kriegswaffe benutzt, in letzter Zeit z.B. gegen Frauen und Mädchen in Bosnien, Kurdinnen in türkischen oder irakischen Gebieten, in Nicaragua, gegen chilenische und liberianische Frauen, gegen Frauen in Sri Lanka usw.

Sexistische Unterdrückung und sexualisierte Gewalt gegen Frauen gibt es in allen Staaten, überall. Häufig entscheiden sich Frauen für eine Flucht bzw. Migration, weil mehrere Ursachen, sowohl geschlechtsspezifische, als auch -unspezifische zusammenkommen, die ihnen ein Weiterleben in ihrer bisherigen Umgebung unmöglich machen. Wie oben bereits angedeutet, erwartet die Frauen während ihrer Flucht in der Regel eine ähnlich sexistische Repression, wie die, der sie entkommen wollen. Sie werden von Fluchthelfern vergewaltigt, ihre politische Aktivität wird nicht als solche anerkannt, sie erhalten nur ein vom Ehemann abgeleitetes Aufenthaltsrecht, der Zugang zu bezahlter Arbeit wird ihnen verwehrt usw.

Nirgendwo ist es Frauen erlaubt, ihr Leben autonom, uneingeschränkt von männlichen Gesetzen, ohne Angst vor sexualisierter Gewalt zu leben und ihren Aufenthaltsort frei zu bestimmen.

Literatur: Broschüre zum Frauenabschiebeknast in Neuss; Amnesty International: Breakin the Silence: Human Rights Violation Based on Sexual Orientation; CEE IEH #46; Joni Seager: Fischer Frauen-Atlas

Ein Jahr nach Neuss sollte die größte bundesdeutsche antirassistische Demo wieder gegen den Männer Abschiebeknast in Büren stattfinden. Unsere Kritik an dem Aufruf wurde im CEE IEH #66 im Mai 2000 veröffentlicht.

Brief aus Leipzig

Kritik am diesjährigen Aufruf zur Demo gegen den größten deutschen Abschiebeknast in Büren

Anders als im letzten Jahr haben wir uns in diesem Jahr entschieden, nicht zur bundesweiten Demo gegen Abschiebeknäste zu mobilisieren. Da das nicht (nur) aus Zeitgründen, der Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen oder mangelndem Engagement geschieht, haben wir unsere Kritik an der diesjährigen Vorbereitung und dem Aufruf formuliert und dem Vorbereitungskollektiv als Brief zugeschickt.

Auch in diesem Jahr hätten Themen wie frauenspezifische Flucht- und Migrationsgründe, Verknüpfung von Rassismus und Sexismus (u.a. in der BRD/EU-»Asyl-« und Abschiebepolitik) und deren Ignoranz innerhalb der linken/linksradikalen Szenen Teil der Vorbereitung und des Aufrufs sein können und sollen. Warum in diesem Jahr wieder nach Büren und nicht nach Neuss gefahren werden soll, wird nicht erwähnt. Gab es dazu eine Diskussion, ist das eine Reaktion auf die geringe TeilnehmerInnenzahl des letzten Jahres, kickt Büren mehr, weil größer? Wenigstens in den Anschreiben an die einzelnen Gruppen hätte das thematisiert werden sollen. Wir denken, daß u.a. Neuss gezeigt hat, daß eine Auseinandersetzung mit sexistischen Handlungs- und Denkmustern in linken/linksradikalen Gruppen (weiter) geführt werden muß. Diese hätte durch einen Anstoß der breiteren Diskussion und ein Festhalten an Neuss als Demoort passieren können.

Zusätzlich zum Übergehen von Sexismus ist der zweite große Kritikpunkt von uns der Aufruf. Wir finden, es wird zu oberflächlich, kurz und unpolitisch argumentiert. Zum Beispiel wird nach wie vor eine Hoffnung auf Rot/Grün (sowohl im zweiten Absatz als auch im letzten Satz) impliziert, die schon seit Jahren nicht mehr gerechtfertigt ist. Daß SPD und Grüne eine rassistische und hetzerische Politik betreiben, sollte inzwischen keiner Erwähnung mehr bedürfen. SPD oder Grüne haben diese Politik nicht »nahtlos übernommen«, sondern von vornherein aktiv betrieben, sowohl in der vermeintlichen Opposition in Bonn, als auch in den Bundesländern (gerade NRW ist knastmäßig ganz vorne dabei).

Zwar wird die rassistische Abschottungspolitik der EU genannt. Warum diese betrieben wird, z.B. deren kausale Verknüpfung mit dem kapitalistischen System, findet keine Erwähnung.

Der Aufruf kritisiert indirekt die Sprache der PolitikerInnen, in dem Anführungsstriche verwendet werden, daß Worte wie»Zuwanderungsströme«, »terroristische Banden« etc. aber direkt den Boden bereiten für den nationalistischen, rassistischen Mob und die öffentliche Meinung noch weiter nach rechts schieben, wird nicht benannt. Worte wie »geströmt« und »überschwemmen« oder der versächlichende Begriff »Flüchtling« stehen ohne Anführungszeichen, die klare Abgrenzung zu diesem rassistischen Sprachgebrauch fehlt.

Viele Themenbereiche werden nur kurz angerissen (z.B. Sachleistungen statt Kohle, Abschiebepraxis, Fluchtursachen und -gründe), dabei wird eine Kritik nicht wirklich deutlich. Eigene Forderungen und Argumentationen fehlen leider. So sind »Art und Qualität« von Lebensmittelpaketen unserer Meinung nach vollkommen irrelevant, da die Forderung nach deren Abschaffung unabhängig von ihrer Güte besteht.

Daß die Macht- und Ressourcenverteilung Folge und Ziel der jahre- und jahrhundertelangen westeuropäischen und deutschen Politik war und ist, arbeitet die Vorbereitungsgruppe nicht heraus. Kolonialismus und aggressiver rassistischer Kapitalismus, der genau diese vorhandene Aufteilung der Welt benötigt, werden nicht in die Verantwortung genommen. Statt dessen wird nur von einer »Mitschuld« an »Armut und Zerstörung des Lebensraumes« geschrieben. Eine genauere politische Analyse wäre angebracht.

Bei der Beschreibung des bürokratischen Vorgangs bei Abschiebungen bleibt die Kritik ebenfalls an der Oberfläche. Egal, ob irgendwelche Einschätzungen »die tatsächlichen Verhältnisse« in einem Land beschreiben, eine politische Forderung ist doch, daß die Grenzen weg müssen und jede Person ohne irgendeine Einschränkung leben kann, wo sie will. Verinnerlichter Rassismus wird unserer Meinung nach noch befördert, in dem explizit darauf hingewiesen wird, daß in Büren »ca. 90% der Inhaftierten ... nicht straffällig« geworden sind. Wahrscheinlich denken die meisten Menschen

bei Knast an Kriminalität. Und auf die Normalität einer Inhaftierung ohne dem System einen Grund geliefert zu haben, muß durchaus immer wieder hingewiesen werden. Aber in dieser verkürzten Version bleibt die Argumentation rein bürgerlich. Nach dem Motto: Sogar »unschuldige« Menschen werden in den Abschiebeknast gesteckt. Als wäre es bei nach BRD-gängiger »Rechtspraxis« Kriminellen noch zu verstehen, daß sie weggesperrt werden. Diese unterschwellige Meinung wird verfestigt, in dem der Text nicht die Forderung nach der Schließung aller Abschiebeknäste aufstellt. Der brutal rassistische Alltag wird nicht angeprangert und dessen Beendigung nicht gefordert.

In dem abgesetzten und fett gedruckten Statement auf der Vorderseite wird lediglich um Verständnis für MigrantInnen gebeten, da »niemand« »ohne Grund und ... psychische Belastung« in die BRD komme. Wir denken, daß die Forderung »Grenzen auf für alle« nach wie vor Bestand hat und niemand einen Grund benötigt oder dem deutschen System Rechenschaft schuldig ist, warum sie oder er entschieden hat, hier zu leben. Gerade in einer Zeit der rechten Hegemonie und offen rassistischer Hetze ist es wichtig, sich nicht in einen vermeintlichen Dialog zu begeben, sondern an radikaler Kritik festzuhalten.

Ein Aufruf kann selbstverständlich nie ein Thema vollkommen und umfassend behandeln. Deshalb ist es nötig, einzelne Punkte zu betonen und einer politischen Analyse zu unterziehen. In dem diesjährigen Aufruf werden viele Themen kurz angesprochen, ohne sie jedoch auszubauen, so daß von einer linken/linksradikalen Kritik kaum etwas zu bemerken ist. Dies ist besonders verwunderlich, weil gerade zu Büren bereits seit mehren Jahren gearbeitet wird.

Dieser Redebeitrag wurde bei der Demonstration »Abschotten ... Überwachen ... Ausgrenzen ...« (besser bekannt als »die erste Überwachungsdemo«) am 06.05.2000 in Leipzig gehalten und im CEE IEH #67 veröffentlicht. In einer überarbeiteten Version wurde er auf der bundesweiten »Save the Resitance« Demo vorgetragen.

Der männliche Blick

Wie die Erzeugung von Angsträumen unter Bezug auf vermeintliche Sicherheitsinteressen von Frauen dazu genutzt wird, mehr Überwachung zu legitimieren. Diese wiederum stellt nur eine weitere Facette dar, wie in dieser Gesellschaft Frauen dem »männlichen Blick« ausgesetzt sind.

Der Diskurs über die Überwachungsgesellschaft erfordert eine spezifische Betrachtung der Situation von Frauen. Dieser Blickwinkel hat in der bisherigen Diskussion der Leipziger Szene keine Beachtung gefunden.

Für uns als Linksradikale ist es wichtig, staatliche Strategien unter feministischen Gesichtspunkten zu analysieren, da gerade beim Thema Überwachung auf der Basis von patriarchal-bürgerlichen Werten argumentiert wird.

Frauen werden zum einen als Vorwand benutzt, um Überwachung zu rechtfertigen und andererseits hat Kontrolle auf Frauen spezifische Einflüsse.

Frauen sollen Angst haben. Repressive Sicherheitspolitik muß der Gesellschaft begründet werden. Gibt die Kriminalitätsstatistik keine Argumente z.B. in Bezug auf vermeintliche Drogendelikte oder sogenannte organisierte Kriminalität her, werden Frauen zur Rechtfertigung herangezogen. Eine Bedrohung wird konstruiert, Angsträume erzeugt.

Frauen wird immer vermittelt, es gäbe sichere und gefährliche Ort. In einer patriarchalen, bürgerlichen Gesellschaft sind die vermeintlich sicheren natürlich im Privaten, wogegen das Gefährliche in der Öffentlichkeit lauert. Soll also ein öffentlicher Ort überwacht werden, wird ein Angstraum konstruiert. Z.B. müssen Handtaschen von Omas herhalten oder eine Gefährdung von Frauen durch Vergewaltigung wird suggeriert. Auch Zeitungen spielen dieses Szenario gerne durch. So wird Angst erzeugt und ein gefährlicher Ort mythisiert.

Durch erhöhte Polizeipräsenz oder eine Videoüberwachung wird nicht das Sicherheitsgefühl gestärkt, sondern ein Bedrohungspotential multipliziert sich.

Überwachungsmaßnahmen dienen dem System immer nur zur Kontrolle der Beherrschten, führen aber nicht dazu, daß vermeintliche Straftaten verhindert werden. Es soll nie darum gehen, Ursachen zu erkennen und irgendetwas grundsätzlich zu verändern.

Frauen für eine repressive Politik zu instrumentalisieren, ist erst recht ein Hohn, wenn man sonstige Politik betrachtet. Auch hier treten Frauen nur als potentielle Opfer, als Objekt in Erscheinung. Frauen zu stärken kann gar nicht staatliches Interesse innerhalb eines patriarchalen Systems sein. So werden emanzipative Ideen zwar gelegentlich aufgegriffen, aber ins herrschende Konzept eingepaßt oder als symbolischer Hundeknochen angeboten. Frauenparkplätze können in einer konkreten Situation wünschenswert erscheinen, ändern aber natürlich nichts an gesellschaftlichen Verhältnissen. Intentionen feministischer Stadtplanung vermitteln vielleicht vordergründig ein größeres Sicherheitsgefühl. Es ist allerdings nicht wünschenswert, alle Straßen, Plätze und Winkel auszuleuchten und kontrollierbar zu machen, denn solche Bestrebungen laufen auf eine total überwachte Stadt hinaus, in der individuelles Handeln reguliert und normiert wird.

Das Verhalten von Frauen wird in allen Lebensbereichen sowieso stark normiert und eingeschränkt. Kinder werden geschlechtsspezifisch erzogen. Wobei Mädchen früh lernen sollen, sich zu begrenzen und angepaßt zu verhalten. Ihr Aktionsradius wird eingeengt, nicht nur durch den Zwang, sich wie eine wohlerzogene junge Dame zu verhalten, sondern auch mit dem Spruch, der ein Leben lang begleitet: Was sollen denn die anderen denken? So wachsen Frauen mit dem ständigen Wissen der Beobachtung und Bewertung auf. Das führt schnell zu Selbstkontrolle, um den gesellschaftlichen Erwartungen gerecht zu werden. Der männliche Blick, der das Objekt abschätzt, wird Frauen in der Sozialisation so sehr eingeimpft, daß er beinahe als etwas natürliches empfunden wird. Es ist sicherlich kein Zufall, daß immer wieder von einem »Big Brother« die Rede ist. In einer bürgerlich-patriarchalen Gesellschaft kann der Blick, der beobachtet und bewertet, nur männlich konnotiert sein. Macht, z.B. Gesetze zu erlassen und zu vollstrecken, und öffentlicher Raum sind vorrangig Männern vorbehalten. Genau so funktionieren alltägliche Situationen: Frauen sind es gewohnt, von männlichen Autoritäten umgeben zu sein, sichtbar und unsichtbar, und

ihr Verhalten an diesen zu orientieren. Dabei macht es keinen Unterschied, wenn in Einzelfällen Frauen Machpositionen inne haben, solange es sich nur innerhalb des Systems abspielt. In einer Überwachungsgesellschaft ist männliche Dominanz auf allen Ebenen verankert. Zusätzlich zur Entscheidungsebene sind Männer auf der ausführenden Ebene sowohl abstrakt als auch konkret präsent. Security, Wachschutz, Polizei, Kameramänner: der Überwachungsapparat ist fest in Männerhand. Für Frauen ergibt sich daraus die Spezifik, daß sie nicht nur mit einer alltäglichen Kontrolle sozialisiert werden, sondern durch die Institutionalisierung von männlicher Beobachtung eine Normierung und Einschränkung verstärkt erfahren.

Wie weit vorgegebene Machtverhältnisse verinnerlicht sind, sieht man nicht zuletzt an den Szenestrukturen. Selbst dort, wo vermeintlich eine kritische Auseinandersetzung stattfinden kann, ist ein konsequentes Aufbrechen der Hierarchie nicht möglich.

Abschließend soll bemerkt werden: Bevor wir Frauen uns auf diese Überwachungslogik einlassen, fordern wir eher ein Ausgehverbot für Männer!

Wir haben keinen Bock, daß Frauen instrumentalisiert werden und als Argument für eine totale Kontrolle herhalten müssen!

Eure Sicherheit kotzt uns an!

Im Jahr 2000 organisierten wir eine Veranstaltungsreihe ausschließlich für Frauen im Conne Island. Die ersten Frauenveranstaltungen überhaupt im Eiskeller. Der folgende Text nimmt u.a. Stellung zu den darum geführten Diskussionen und nimmt diese zum Anlass, die Anfeindungen, denen der AFBL seit Anbeginn ausgesetzt ist, zu kommentieren. Er wurde veröffentlicht im CEH IEH #69, September 2000.

Es gibt tausend gute Gründe
Don Quijotische Windmühlen und täglich grüßt das Murmeltier

Eigentlich sollte es doch gar kein Problem sein. Die Diskussionen sind geführt, die Argumente ausgetauscht und obwohl dies so ist, müssen Frauen immer noch um jeden Quadratmillimeter Raum kämpfen, müssen begründen/diskutieren/argumentieren etc. Aber Leipzig schießt den Vogel ab. Hier scheint der Stand der Auseinandersetzung noch vor dieser selbst zu liegen, was freilich nur die linke Szene meint. Die Gründe dafür sind vielschichtig, um der Leipzig-Problematik näher zurücken: Die Frauenbewegung hat im Westen, der ja bekanntlich golden scheint, stattgefunden. Der Schein trügt. Es ist nicht alles Gold, was glänzt. Reden ist Silber, ... Doch zurück zu Leipzig. Hier wird die Notwendigkeit zur Auseinandersetzung mit Sexismus meist nur von Frauen erkannt. Und zu dem wird nur thematisiert, was aktuell ist, zwingend oder von außen eingebracht. Der Begriff der »Thematisierung« bedeutet aber in Leipzig ein mehr oder weniger kurzes auf- bzw. herausgreifen von Details, von Fallbesprechungen, von Stichworten. Der Eindruck entsteht, obwohl der AFBL vor drei Jahren gegründet wurde, obwohl die Diskussion um sexistische Hierarchien bei anderen Gruppen auf der Tagesordnung steht, obwohl es ein Sexismusplenum gibt. Lange Rede, kurzer Sinn: Leipzig, fiat lux!

Was wir dafür tun, daß das Licht angeht: Wir haben eine Veranstaltungsreihe geplant, machen unser Vorhaben mit diesem Text transparenter und regen damit vielleicht gleichzeitig eine breitere Diskussion an. Eine Veranstaltungsreihe für und von FrauenLesben, wobei wir uns nicht auf das biologische Geschlecht beziehen und selbstverständlich transsexuelle Frauen explizit einladen.

Ab Herbst wird es im Conne Island in unregelmäßigen Abständen Veranstaltungen zu den Themenkomplexen »Frauen in der militanten Linken«, »Rechte Frauen«, »Frauen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus« und »Frauen in der Musik« geben.

Ausschließlich für Frauen soll diese Veranstaltungsreihe sein, weil patriarchale Gesellschaftsstrukturen die Szene durchziehen, weil u.a. strukturelle Hierarchien zwischen Männern und Frauen existieren und weil wir uns an der Realität orientieren müssen.

Auch uns ist klar, daß Geschlecht als Kategorie konstruiert ist, sich als ein bipolares System ständig neu produziert und reproduziert, Männer und Frauen in ein Raster von normierter Männlichkeit und Weiblichkeit gequetscht werden. Aber zusätzlich zur theoretischen Ebene, auf der eine Destruktion bzw. Dekonstruktion wichtig ist, existiert eben auch das Fenster »Realität«. In dieser sind Aktion und Interaktion patriarchaler Sozialisation unterworfen, Geschlecht wirkt in alle Bereiche der Gesellschaft. Das macht eine Überwindung von sexistischer Diskriminierung, ein Aufbrechen von Unterdrückungsmechanismen, um einer herrschaftsfreien Gesellschaft näher zu kommen, schwierig und anstrengend. Und bedeutet auch ein in Frage stellen von vielem, was als »natürlich« oder »gegeben« angesehen wird, denn am perfektesten hat die Sozialisation funktioniert, wenn »ganz automatisch« nach patriarchalen Mustern gehandelt wird und eineR argumentiert: »Es ist doch nun mal so.« Aber »schwierig und anstrengend« halten Linke doch nicht davon ab, zu reflektieren. Oder?

Ohne Theorie keine Praxis oder: Eine Frau ist eine Frau ist eine Rose, aber wer bin ich?

Wie bereits erwähnt, folgen wir nicht einem Biologismus, glauben nicht an eine natürliche Über- oder Unterlegenheit von Frauen. Und nein, wir denken nicht, daß Geschlecht eine hinreichende Kategorie ist, um jegliche Machtmechanismen und Hierarchien auszublenden. Warum dennoch Frauenzusammenhänge für notwendig betrachtet werden, soll dieser kurze theoretische Einschub erklären.

Auch in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung, in der feministischen Forschung gab und gibt es unzählige Ansätze. Und ja: darunter befinden sich biologistische, differenztheoretische. So ist das nun mal bei Begriffen ohne Copyright wie dem des »Feminismus«: das Label heften sich einige an.

Wir wollen hier zwei Ströme hervorheben, mit denen wir uns hauptsächlich beschäftigt haben: Konstruktivismus und Dekonstruktion. Wir werden

versuchen, beide kurz zu beleuchten (und da war es wieder, das Licht). Allerdings können sie hier nur angerissen werden, bei Fragen und Interesse wenden Sie sich vertrauensvoll an die angegebene Literatur. Im Konstruktivismus, wie er im deutschsprachigen, feministischen Kontext angewandt wird, ist Geschlecht nicht etwas, was Individuen haben oder sind, sondern, was sie tun (Doing Gender). Geschlecht wird durch Geschlechtsdarstellung, -wahrnehmung und -zuschreibung konstruiert. Den Hauptanteil dieser Konstruktion leistet dabei das einordnende Gegenüber. Es ist eine Illusion, zu meinen, davon befreit zu sein. Die verinnerlichten und zum Teil unbewußten Prozesse laufen immer ab, bei Interaktionen spielt Geschlecht jederzeit eine Rolle. Die Kritik an diesem Ansatz richtet sich vor allem dagegen, daß gesellschaftliche Machtverhältnisse auf die Ebene der sozialen Kontrolle von Interaktionen verlagert werden. Sozialstrukturelle Bedingungen werden nur unter dem Gesichtspunkt der sozialen Handlungen von Individuen gefaßt. Gesamtgesellschaftliche, politische Strukturen werden kaum analysiert, das Geschlechterverhältnis wird individualisiert betrachtet.

Anders beim Dekonstruktivismus, der ein Teil der Postmoderne ist. Aber Vorsicht, zum einen ist die Postmoderne kompliziert und vielschichtig, läßt sich also schwerlich in einem Vierzeiler erklären und zum anderen, bekommen postmoderne Linke gerne mal den Vorwurf der Beliebigkeit. Aber beim Eintauchen in Poststrukturalismus sollen auch schon Perlen gefunden worden sein.

Anyway. Bei der Dekonstruktion liegt das Forschungsinteresse vorrangig in der Frage: Wie werden Subjekte durch Ein- & Ausschlußverfahren konstruiert und konstituiert. Ein wichtiger Ausgangspunkt dieser Methode ist, daß es kein Zentrum, Ursprung oder etwas Absolutes gibt, sondern ein Netz von Differenzen und Verweisungen. Es gibt also, anders als bei der klassischen Gender Theorie, nicht die Grundannahme, daß Männer und Frauen existieren. Sondern vielmehr wird ein Machtgeflecht analysiert, in dem dichotome, also in Paare geteilte, Begriffe nicht mehr diametral gesetzt werden, sondern als voneinander abhängig, sich bestimmend verbunden werden. Machtkategorien werden nicht als isolierte, gesellschaftliche Phänomene betrachtet. Antisemitismus, Rassismus, Sexismus, Klasssismus sind keine trennbaren Achsen der Macht, sie (re-) produzieren gesellschaftliche und kulturelle Hegemonie z.B. in Form von Privilegien. Nun denn, so weit so gut, nur ein kleiner Ausflug in die Theorie, und schon sind wir wieder in der Praxis. Denn was folgt aus solchen Erkenntnissen? Wir finden uns in dem Konflikt, nachdem wir uns mit Gender Theorie und Kritik an dieser beschäftigt haben, in dem die emanzipatorische, feministische Forschung ebenfalls steht. Birgit Wartenpfuhl drückt dies so aus: »Die Spannung, einerseits nicht mehr bestimmen zu können, was eine Frau ist, andererseits die Notwendigkeit, die Kategorie ›Frau‹ als einen analytischen Begriff anzuerkennen. Denn solange das Geschlechterverhältnis ein soziales Ungleichheitsverhältnis und immer auch ein potentielles Gewaltverhältnis ist, brauchen wir die Kategorie ›Frau‹ zu Erforschung gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse.« (B. Wartenpfuhl, S. 207)

Genau. And now to something completely different.

Wer hat Angst vor Viginia Woolf und Judith Butler?

Warum gehen, wenn Frauen sich zusammen schließen, bei so vielen gleich die Alarmsignale los, werden Paranoia und Verschwörungstheorien in Leipzig nicht (nur) gegen den Staat, sondern besonders gegen Frauen gehegt und in Umlauf gebracht? Wovor habt Ihr eigentlich Angst? Nicht jede Gruppe von drei oder mehr Frauen ist eine die Linke zersetzende, Szene spaltende, terroristische Vereinigung. Ein Teil der männlichen Aufgebrachtheit ist wohl in der für Männer (jedenfalls für weiße, heterosexuelle, sogenannte gesunde Männer) völlig neuen Situation zu sehen, daß sie nie von irgendwas ausgeschlossen werden. Ein implizites »Kein Eintritt«-Schild kennen sie nicht. Um so größer die Aufregung, wenn ein solches mal explizit aufgehängt wird. Es scheint auf Männer einladend zu wirken, ja geradezu magisch anziehend. Auf einmal ist es genau diese Veranstaltung, genau dieser Demoblock, diese politische Gruppe, für die/den sie sich brennend interessieren.

Und bei der Kritik wird dann gleich in die Vollen gegangen: nicht links, nicht emanzipatorisch, nicht feministisch, aber sektiererisch und ausschließlich sozial. Wurde ähnliches schon mal einem Männerbund oder einer gemischten Gruppe vorgeworfen? Daß Frauen immer besser sein und mehr vorweisen müssen, ist ein alter Slogan, auch in der Szene wird ihre politische Arbeit, so sie überhaupt als solche gesehen wird, nach viel strengeren Maßstäben bewertet. Bei solchen Reaktionen ist es fast nicht verwunderlich, daß auch einige Frauen mit in diesem Chor singen. Denn wer sich explizit und im Konkreten gegen Sexismus ausspricht und für Frauen etwas einfordert, hat mit Konsequenzen zu rechnen – hohe Dissgefahr. So ist es wie immer leichter und bequemer, sich zu arrangieren oder Augen und Ohren zu schließen. Genau das ist das Ziel antiemanzipatorischer, patriarchaler Erziehung – Systemerhaltung, Systemstabilisierung.

Einem Vorwurf wollen wir hier aber mal stattgeben: Natürlich beschäftigen wir uns nur mit Sexismus, sexistischer Diskriminierung und dem Geschlechterverhältnis, weil wir sonst nichts anzufangen wissen, wenn alle Tücher gebatikt sind, jeder Klatsch über Typen ausgetauscht und jede Blume ikebanamäßig arrangiert wurde. Warum auch nicht, wie das springende Reh haben doch auch wir Zeit.

Viele Wege führen nach Rom, manchmal ist der Weg das Ziel

Machtstrukturen aufzubrechen und für eine herrschaftsfreie Gesellschaft zu kämpfen, ist Teil linker Politik. Nicht immer umsetzbar, einfach schon gar nicht, aber als bloße Floskel das Label anti-patriarchal anzunehmen, reicht nicht. Wenn sexistische Strukturen nicht aktiv angegriffen werden, wird sich nichts an ihnen ändern. Ein Weg, dies zu erreichen, ist für uns, Frauen die Möglichkeit zu geben, sich politisch auseinanderzusetzen, Inhalte zu diskutieren in einem Rahmen, der eine Machtvariabel, das hierarchische Geschlechterverhältnis, außen vor läßt. Nicht nur können Frauen bei Frauenveranstaltungen den Unterschied überhaupt erstmal bemerken, sie werden ebenso in die Pflicht genommen, kein Typ wird die erste Frage stellen, keiner die Diskussion an sich reißen oder vorantreiben, keiner mehr oder weniger schlaue oder posige Analysen vorstellen. Wir denken, daß sich Frauen gelegentlich dahinter verstecken können, daß Männer ihnen Möglichkeiten zur Auseinandersetzung nehmen. Wenn ständig eine Unterlegenheit suggeriert wird, ist es schwer, das Selbstbewußtsein zur eigenen Meinung zu bekommen. Einen Ausweg bieten Frauenveranstaltungen. Außerdem wird Frauen von Anfang an vermittelt, daß ein Miteinander kaum möglich ist, von wegen Konkurrenz, Zickigkeit, Rivalität. Auch dem setzen Frauenveranstaltungen etwas entgegen und durchbrechen damit ein Stütze patriarchaler Sozialisation. Wir denken, daß Vorhaben wie unsere Veranstaltungsreihe oder Frauengruppen, eine Erweiterung der linken Szene darstellen, von denen am Ende nur profitiert werden kann.

Also, warum über Dunkelheit klagen, wenn das Licht eingeschaltet werden kann.

Ach ja, beinahe wurde etwas vergessen, fast nicht politisch, trotzdem wichtig, Aktionen oder Veranstaltungen ausschließlich mit Frauen zu starten, fetzt halt.

Leseempfehlungen: Judith Butler: Das Unbehagen der Geschlechter; Suhrkamp
Fischer et al: Kategorie Geschlecht, Leske & Budrich, darin besonders: Paula-Irene Villa: Spürbare Zugehörigkeit. Klasse und Geschlecht als zweifache Positionierung des Leibes; Linda Nicholson: Was heißt »gender«
Birgit Wartenpfuhl: Destruktion-Konstruktion-Dekonstruktion
Nancy Fraser: Macht, Diskurs, Geschlecht; Suhrkamp
Kornelia Hauser (Hg): Viele Orte. Überall? Feminismus in Bewegung; Argument
Institut für Sozialforschung (Hrsg.): Geschlechterverhältnisse und Politik; Suhrkamp darin besonders: Andrea Maihofer: Geschlecht als Existenzweise; Gudrun-Axeli Knapp: Politik der Unterscheidung
Dies: Differenz und Dekonstruktion: Anmerkungen zum Paradigemenwechsel in der Frauenforschung

»Save the resistance–gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn« hieß die Kampagne, die wir gemeinsam mit dem bgr 2000 organisierten. Veranstaltungen in über 30 Städten, vom Darß bis Freiburg, waren Teil der Kampagne, die ihren Höhepunkt und Abschluss bei der bundesweiten Demonstration am 14.10.2000 in Leipzig hatte. Beispielhaft dokumentieren wir hier den Kurzaufruf (die lange Vesion hatte legendäre 16 Seiten) und den gemeinsamen Redebeitrag von AFBL und BgR auf der Demo, an der sich etwa 3.000 Menschen beteiligten.

Save the Resistance!
Bundesweite Demonstration gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn

Der Diskurs der »Inneren Sicherheit« steht seit einigen Jahren hoch im Kurs.

War früher der bolschewistische Ostblock oder umgekehrt der imperialistische Klassenfeind das Schreckensszenario, was die innere Sicherheit gefährdete, lebt heute der Diskurs der »Inneren Sicherheit« von anderen Feinden. Der »Asylantenflut« wurde schon 1993 mit der Änderung im Grundrecht effektiv begegnet, was die »Angst« der deutschen Bevölkerung vor allen Fremden aber nicht bremsen konnte, denn weitere rassistische Gesetzgebungen folgten und der rassistisch motivierten Eigeninitiative einiger Deutschen fielen weitere Menschen zum Opfer. Doch die Gefahr für die innere Sicherheit lauert überall: »albanische Drogenmafia«, »rumänische Schmucklerbanden«, »polnische Autoschieber«; »gewaltbereite Jugendliche«, »Penner«, »Schmierfinken«, »Autonome«.

Neue Gesetze mußten her: Lauschangriff, schärfere Länderpolizeigesetze, Ausweitung polizeilicher Befugnisse, allgemeines Kontrollrecht, Vorbeugegewahrsam, Einschränkung des Demonstrationsrechtes, Videoüberwachung öffentlicher Plätze, polizeiliche Verfolgung von SchulschwänzerInnen, Gendatenbanken, Reiseeinschränkung für Hooligans etc.

Doch uns ist aufgefallen, das der herkömmliche Begriff Überwachungsstaat das Phänomen nicht erfaßt. Es ist nicht allein der Staat, der Menschen normiert und überwacht, der Menschen ausgrenzt und gegen sie vorgeht. Der Sicherheitswahn durchzieht einen Großteil der Gesellschaft. Unser Hauptaugenmerk soll sich daher gegen die Überwachungsgesellschaft richten.

Ein großer Teil der Identität wird heutzutage aus Konsumfähigkeit und -sicherheit gespeist. Nicht umsonst schreitet in den Bereichen von Konsum und Eigentumssicherung die Überwachung ideologisch und technisch am schnellsten fort. Die Armut stört. Niemand will sie in den glänzenden Einkaufszentren sehen oder von ihr bedroht werden. Nicht selber in Armut zu verfallen, fördert wieder die eigene Anpassung an die Gemeinschaft, um ja dazu zu gehören. Der Kapitalismus schafft unterschiedliche Besitzschichten. Das führt zu Konflikten, denen repressiv vorgebeugt wird. Sicherheitspartnerschaften zwischen Geschäften, Polizei und privaten Sicherheitsdiensten gehören heute zu Innenstädten, wie das Schengener Abkommen zu Europa gehört, um sich vor Menschen zu schützen, die mit ihrer Armut in der Festung Europa nicht erwünscht sind. Hier sei nur an das Schengener Informationssystem (SIS) erinnert, daß zu 90 % mit Daten von Personen gefüllt ist, deren Einreise nicht erwünscht ist, und von sämtlichen Behörden, Polizei und Soldaten ergänzt und benutzt wird.

Das moderne Marketing als Ausdruck der Identitäts- und Wertevermittlung im ökonomischen System des Kapitalismus tut sein übriges, um Werte zu pushen. Konsum und Besitz bestimmen die Stufe des sozialen Seins, verkörpern Sicherheit und Zufriedenheit im Leben. Den Vorstellungen einer herrschaftsfreien Gesellschaft stehen heutzutage nicht mehr offensichtlich absoluter Staat oder die Bourgeoisie von vor 150 Jahren entgegen. Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse reproduzieren sich quer durch die Gesellschaft. In Familie, Schule, Uni, Fabrik, Militär etc. Zu leiden haben in erster Linie die, die bestimmte Kriterien nicht erfüllen können oder wollen, und nicht in die ihnen zugewiesenen Rollen schlüpfen wollen. Männlich, weiß, heterosexuell, arbeitsam, diszipliniert und gesund sind beste Kriterien, die eine gute Ausgangslage garantieren.

Disziplinierungstechniken von gestern ergeben mit neuen von heute ein komplexes Kontrollsystem, dem sich einzelne kaum noch entziehen können. Das harte Regime des Lernens, Lebens und Arbeitens, welches seine Vollendung im Arbeitstakt der Fließbänder fand, wird heute ersetzt oder ergänzt durch Methoden, die keine sklavische Unterwürfigkeit erfordern und doch funktionieren, besonders dann, wenn die Teilnehmenden mitmachen. Und bekanntlich machen die meisten mit, da sie es aus ihrer Familie, Schule und Uni nicht besser kennen. Teamwork, Sozialarbeit, Dresscode etc.

regeln heute zusätzlich Konformität und Leistungsbereitschaft und suggerieren zugleich Gleichheit und Freiheit. Doch das war es noch nicht, was Überwachungsgesellschaft ausmacht. Linksradikale betrifft diese gesellschaftliche Realität ebenfalls. Wir sind eine Gefahr für die Sicherheit und Ordnung dieser Gesellschaft. Denn die Vorstellung einer herrschaftsfreien Gesellschaft, stellt Kapitalismus, Patriarchat und Vaterland mit samt deren Institutionen immer wieder grundsätzlich in Frage. Es geht am Ende nicht darum, liberale Positionen, wie es die der individuellen Freiheit ist, zu verteidigen, aber darum, die Spielräume für unsere Handlungsfähigkeit nicht noch enger werden zu lassen. Handlungsansätze sollen hier nicht tot geredet werden. Auch wenn die Überwachungsgesellschaft vielschichtig ist, sind einige Orte von Macht und Ordnung immer noch leicht lokalisierbar. Der Staat, die Polizei und die Bürgerinitiative für mehr Ordnung und Sicherheit sind als Zielflächen zunächst vorhanden. Die gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse müssen uns aber dabei bewußt bleiben, um nicht nur einzelne Phänomene zu bekämpfen. Es wird sich zeigen, daß die Politik von Sicherheitshysterie und Überwachungswahn angreifbar ist.

Es ist nie falsch, das Richtige zu tun! Gegen Kapitalismus – für eine herrschaftsfreie emanzipatorische Gesellschaft!

Warum wir von einer Überwachungsgesellschaft sprechen?

Redebeitrag der Demovorbereitungs-Kooperation von AFBL (Antifaschistischer Frauenblock Leipzig) und BgR (Bündnis gegen Rechts)

Die heutige Demonstration führt an einer Vielzahl von Orten vorbei, die beispielhaft sind für ein Phänomen, welches sich wohl am besten im Begriff der Überwachungsgesellschaft wiederfindet. Drei Minuten von hier befindet sich der Leipziger Hauptbahnhof, dessen Management die Bilder von über hundert privaten Kameras dem BGS bei seiner Jagd auf MigrantInnen zur Verfügung stellt. Private wie kommunale Kameras werden uns auf dem gesamten Weg durch die City begleiten. Die Zweckentfremdung des öffentlichen Raums zur privatisierten Konsummeile wie hier in der Innenstadt zeigte sich am Versuch des Ordnungsamtes, die heutige Demonstration in die Peripherie abzudrängen. Schlußendlich wird die Kamera am Denkmal des Antisemiten und ehemaligen Leipziger Bürgermeisters Carl Friedrich Goerdeler wunderschöne Aufnahmen dieser Demonstration liefern.

Wir alle sind in den letzten Jahren ZeugInnen eines Prozesses geworden, der sich anschickt, die letzten Rückstände gesellschaftlich wirksamen Widerstandes unmöglich zu machen. Diesen Prozess hat die Linke mit ihrer alleinigen Politik gegen den Überwachungsstaat verschlafen. Sie hat nicht erkannt, daß die Träume des Überwachungsstaates längst durch die Überwachungsgesellschaft verwirklicht werden. Widerstand gegen einzelne Ausformungen dieses komplexen Phänomens wird immer erfolglos bleiben, wenn er nicht in eine gesamtgesellschaftliche Analyse eingebettet ist. Greifen nicht alle Kampagnen gegen Repression zu kurz, wenn durch die Normierungseffekte der neuen Sicherheitstechniken wie Kameras oder Chipkartensysteme Widerstand unmöglich gemacht werden soll? Was nützt das alleinige Feindbild Polizei, wenn es längst private Sicherheitsdienste sind, die Bahnhöfe und Einkaufspassagen sicher und sauber halten und jeder KonsumentInnengruppe ihren Platz zuweisen? Natürlich gönnt die Security dem Penner sein Bier am Imbiß, solange er den Teenies ihr Shoppen bei H&M nicht versaut oder den gestressten Geschäftsleuten ihr zweites Frühstück bei Mövenpick.

Schließlich muß alles innerhalb der kapitalistischen Logik verwertet werden. Nichts bietet sich also mehr an als der gläserne Mensch, dessen Wünsche, Sorgen und Interessen bekannt sind und der auf diese Art und Weise optimal mit Produkten versorgt werden kann. Die Interessen von KonsumentInnen und Ökonomie treffen sich da, wo KundInnenkarten bequemes und billiges Einkaufen versprechen. Die Industrie wird glücklicher, braucht sie sich doch kaum noch Sorgen über das eventuelle Scheitern eines Produktes am Markt zu machen und die KonsumentInnen bekommen endlich das, was sie immer schon haben wollten.

Närrinnen und Narren sind die, welche glauben, daß ihre Daten auch gegen sie verwandt werden könnten. Schließlich wird Repression, Kontrolle und Überwachung nur die treffen, die etwas zu verbergen haben. So zumindest die landläufige Meinung der Bevölkerung. Deren wahnhaftes Interesse an Sicherheit verstärkt zum einen die Ausgrenzung von konstruierten Randgruppen, zum anderen macht das weit verbreitete Blockwartsdenken auch vor der Haustür des Nachbarn oder der Nachbarin nicht halt.

Mit der Benennung eines solchen komplexen Geflechts von Verantwortlichkeiten wollen wir aber nicht sagen, daß Widerstand unmöglich wird. Zwar gibt es keinen Hauptschuldigen, der sich für die gegenwärtige Entwicklung ausmachen läßt, doch braucht es einen solchen auch überhaupt nicht, um mit politischem Widerstand zu beginnen. Die lokalisierten Orte von Macht und Herrschaft bieten genügend Zielfläche, um dagegen anzugehen. Sei es der Widerstand gegen die Residenzpflicht von MigrantInnen oder eine Antirepressionskampagne, die den Staat nicht verklärt. Seien es Aktionen gegen Bürgerinitiativen für mehr Sicherheit und Ordnung oder gegen die Privatisierung öffentlicher Räume. Wenn wir uns die gesellschaftlichen Verhältnisse bewußt machen und nicht nur gegen einzelne Phänomene vorgehen, gibt es keinen Grund, mit dem Widerstand zu warten.

Organisiert den Widerstand! Der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte! Für eine herrschaftsfreie, emanzipatorische Gesellschaft!

Es liegt an uns, zu zeigen, daß die Politik von Überwachungswahn und Sicherheitshysterie angreifbar ist!

Dieser Text entstand nach einer recht langen Diskussion, um Sexismus in der Gesellschaft und speziell in der Linken, die auch eine Reaktion auf die Auseinandersetzungen um sexualisierte Gewalt und Definitionsrecht in Antifa-Kreisen war. Er wurde veröffentlicht in der zweiten Ausgabe der Phase 2, 2001.

Sexismus – vom Allgemeinen zum Besonderen. Eine Annäherung

Dünnes Eis: Im Voraus

Das Gelände ist vermint. Wird über sexistische Strukturen in der Gesellschaft und somit auch in der Linken diskutiert – über die, leider sogenannte Vergewaltigungsdebatte und patriarchale Geschlechterbeziehungen – ist das Gelände unsicher. Gerade wenn dies mit dem Ziel geschieht, die eigenen Ansichten zu veröffentlichen. Keine Frage, heißes Thema das. Wir haben uns Zeit genommen und befinden uns dennoch nicht am Ende der Auseinandersetzung. Innerhalb unserer Gruppe haben wir unsere Positionenen verändert, relativiert, radikalisiert, umgeworfen, wieder aufgegriffen und so weiter. Und obwohl dies so ist, es kaum Endgültigkeit geben kann, halten wir es für wichtig, Gruppenstandpunkte zu veröffentlichen. Denn ein bloßes Angreifen anderer Gruppen oder unhinterfragtes Abnicken z.B. des Definitionsrechts, ist vielleicht der leichtere Weg, nur dabei ebenso der in die Sackgasse.

So haben wir uns entschieden, drei Teile zu erarbeiten und zwar: zunächst eine Annäherung an die Verknüpfungen von Patriarchat und Kapitalismus samt allgegenwärtigen Auswirkungen des hierarchischen Geschlechterverhältnisses, einen zweiten, der sich mit Szenestrukturen im Besonderen auseinandersetzt und schließlich, einen extra Teil unseren Diskussionen zum Definitionsrecht zu widmen. Wie immer bei der Zusammenfassung von Gruppendiskussionen, mussten Kompromisse gefunden, einige Bereiche herausgelassen, andere konnten nur kurz angerissen werden. Erwähnt sei hier, dass wir selbstverständlich keine Eigenschaften, Handlungen oder Attribute als eine an sich »männlich« oder »weiblich« ansehen. Wenn wir diese Begriffe im Text verwenden, dann im Kontext der gesellschaftlichen Geschlechtertypisierung. Außerdem sehen wir die bipolare Aufteilung in zwei Geschlechter als künstlich, konstruiert und schon per se einschränkend und unterdrückend an, z.B. die transsexuelle, intersexuelle oder transgendered Menschen negiert.

Wie erwähnt stellen Texte immer eine Verkürzung dar. Aber voilá: here it is. Über konstruktive Auseinandersetzungen freuen wir uns.

Alles Teil des Systems

Durch Humanismus und Aufklärung, sowie durch die Emanzipationsbewegung, die Einführung der Menschenrechte und den postmodernen Individualismus hat sich zwar einiges an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Position von Frauen geändert, das Geschlechterverhältnis bleibt aber trotz Verschiebungen nach wie vor ein hierarchisches. Gesellschaftliche Veränderungen haben zu formellen Gleichbehandlungen z.B. bei Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Politik geführt. Durch das Wahlrecht bekamen Frauen die Möglichkeit, in der Sphäre der gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu wirken.

So wurden einzelne Forderungen der diversen Frauenbewegungskämpfe erfüllt, konnten aber in das kapitalistische, patriarchale System integriert werden. Die patriarchale Gesellschaft existiert aufgrund von Macht- und Hierarchiestrukturen, die mit der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensform verflochten sind. Das Patriarchat ist nicht nur ein Erscheinungsbild des Kapitalismus, aber dieser nutzt die Geschlechtertrennung. Ein Merkmal des patriarchalen Kapitalismus ist die Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre. Diese ist beispielsweise wichtig, um die Arbeit im Reproduktionsbereich unbezahlt, bzw. nur über die Lohnarbeit des Mannes indirekt vergütet, zu gewährleisten. In den letzten Jahren haben immer wieder Verschiebungen innerhalb der traditionellen Geschlechterrollen stattgefunden. Vermeintlich fortschrittliche Ansätze, die nicht auf die Abschaffung des Ganzen abzielten und somit nicht radikal waren, konnten in das flexible System eingebunden werden und waren begleitet von konservativen Gegen- bzw. Backlash-Bewegungen. Diese Transformationen führten weder zur Auflösung der Geschlechter noch zu einer Angleichung an die männliche Norm.

Die geschlechtshierarchischen Machtverhältnisse äußern sich vielfältig in den verschiedensten Bereichen. Weitgehend stehen Frauen zum Beispiel inzwischen alle Berufszweige offen, aber sie

sind immer noch die Hauptverantwortlichen für den Reproduktionsbereich, bei der Karriereplanung hindert sie nach wie vor die vielbeschworene Doppelbelastung.

Bis heute wird innerhalb dieser Gesellschaft in »typisch männliche« und »typisch weibliche« Tätigkeiten unterschieden. Diese Unterteilung stellt gleichzeitig eine Wertung dar, die sich bis in den Alltag hinein zieht. So sind »typisch männliche« Tätigkeiten oder Berufe angesehener, sie gelten meist als produktiv, führend und planend und sind auch heute noch oft besser bezahlt, als die den Frauen zugeordneten Berufe.

Frauen sind hingegen vermehrt im Dienstleistungssektor oder im sozialen Bereich tätig. Ihnen wird Einfühlungsvermögen, Fürsorglichkeit und eine vermittelnde Funktion zugesprochen. Geht man von einer Hierarchie der Berufsgruppen und gleichzeitig von einer Hierarchie der Geschlechterrollen aus, folgt daraus, dass eine Frau, welche in eine »männliche Domäne« vordringt und somit mehr oder weniger ein Rollenstereotyp durchbricht, mit unterschiedlichen Problemen zu kämpfen hat. Zum Beispiel einer Hierarchie, in der Frauen untergeordnet sind, dem Klischee der Unfähigkeit und dem »natürlich fehlenden Grundwissen« und der kritischeren Beurteilung ihrer Arbeit.

Oftmals werden ihnen Teile ihrer »Weiblichkeit« abgesprochen. So wird Frauen in Führungspositionen vorgeworfen, sich männlicher Handlungsweisen bedient zu haben. Durchsetzungsvermögen, Machtstreben und dominantes Auftreten werden als männlich kategorisiert. Die Geschlechteraufteilung wird damit permanent manifestiert und nicht durchbrochen.

Ergreifen Männer andererseits »typisch weibliche« Berufe wird ihnen gerne ihre »Männlichkeit« abgesprochen (z.B. Weichei-Waschlappen-Vorwurf). Gesellschaftlich ist dies eigentlich ein hierarchischer Abstieg/Machtverlust, aber in den speziellen Bereichen wird ihre Tätigkeit von den Mitarbeiterinnen als besonders positiv und lobenswert angesehen. Es werden ihnen eher Fehler zugestanden, weil sie mit diesem Bereich »nicht vertraut« sind. Von anderen Männern hingegen werden sie oft belächelt.

Ähnliche Mechanismen wirken im Freizeitbereich. »Versagt« zum Beispiel ein Mann - mal ganz platt: kann er nicht Fußball spielen -, so wird dies mit fehlendem Talent oder individuellem Nichtkönnen begründet. »Versagen« Frauen hingegen, so ist dies oft genug die Bestätigung für das Versagen eines ganzen Geschlechts. Dies äußert sich dann in Sätzen wie: »Hab ich es doch gewusst - Frauen können so etwas nicht.« oder: »Frauen sind für so etwas einfach nicht geschaffen«. Dass diese Denkweise allerdings auf eine geschlechtsspezifische, männerzentrierte Sozialisation zurückzuführen ist, wird dabei nicht beachtet. Individuelle oder sozialisationsbedingte Unterschiede werden so übergangen, dass eine allgemein gültige Aussage über Geschlechter möglich wird.

Die Trennung in Reproduktions- und Produktionsspäre erlangt auch eine zentrale Bedeutung in der Familienpolitik. Die heterosexuelle Kleinfamilie ist die gesellschaftliche Keimzelle, um das Geschlechterverhältnis aufrechtzuerhalten, traditionelle Werte weiterzugeben und um Kinder perfekt für die Gesellschaft zu sozialisieren. Weiterhin nutzt das kapitalistische, patriarchale System die traditionelle Rollenzuschreibung besonders in den Medien und dienstleistungsorientierten Wirtschaftszweigen. Hier werden »weibliche« Körper und Fähigkeiten verwertet.

Sexistischer Normalzustand

Das hierarchische Geschlechterverhältnis findet auch seinen Ausdruck im sexistischen Alltag, der von strukturellen und individuellen Bedrohungen und Einschränkungen geprägt ist. Diese umfassen eine große Bandbreite, wie sexistische Sprüche, ungewollte Berührungen oder anmaßende Erpressungsversuche. Schon die Möglichkeit einer Vergewaltigung und damit verbundene Ängste begrenzen Frauen in ihren Möglichkeiten.

Dieser Position steht die gesellschaftlich vorgeprägte relative Machtposition von Männern gegenüber. Diese Hierarchie wird von Frauen und Männern ständig reproduziert. Sie aufzubrechen, bedeutet einen kräftezehrenden und radikalen Kampf.

Geschlechtsspezifische Hierarchie- und Machtkonstellationen wirken sich auch auf Sexualität und Körperempfinden aus. Eine »natürliche« Sexualität existiert nicht, Lustempfinden und Wünsche sind vergesellschaftet. Allgemein wird jedoch ein anderes Bild vermittelt, Sexualität wird individualisiert, als rein privat angesehen und zusätzlich mit Tabus belegt. Dem geschlechtshierarchischen System ist ein ungutes Körpergefühl von Frauen immanent, das diese jedoch ebenfalls als persönliches Problem begreifen sollen. Diese Verwundbarkeit wird benutzt, um sexualisierte Gewalt auszuüben, die unter anderem in Vergewaltigungen ihren Ausdruck finden kann. Bei einer Vergewaltigung versucht der Täter, zu kontrollieren, zu beherrschen und zu erniedrigen. Der Täter ist für sein individuelles Handeln verantwortlich. Zusätzlich ist eine Vergewaltigung in einen gesellschaftlichen Kontext eingebunden. Um die Möglichkeiten von sexualisierter Gewalt als Machtausübung und Erniedrigung abzuschaffen, müssen patriarchale Verhältnisse aufgelöst werden.

Szene – nur Teil des Ganzen

Klar ist, dass die sogenannte Szene nicht außerhalb der Gesellschaft steht. Nur aufgrund ihrer emanzipatorischen Ansprüche werden Linke nicht zu besseren Menschen. In einem linken Umfeld, zum Beispiel innerhalb einer (sub-)kulturellen Szene, deren Leute als weitestgehend politisiert bezeichnet werden, fehlt oftmals das Bewusstsein für antisexistische Themen. Ein antisexistisches Selbstverständnis gehört zwar in linken Projekten inzwischen beinahe zum Standard, wird jedoch kaum mit Inhalten gefüllt. So kommt es nicht selten vor, dass bei Konzerten jeglicher Musikrichtungen sexistische Ansagen oder Texte zu hören sind. Wird dies überhaupt thematisiert, ist die Reaktion oft Unverständnis: die Band sei doch gut, man dürfe das alles nicht zu ernst nehmen, schließlich sei es ja nur ein Lied und alles nur eine Interpretationsfrage etc. Ein irgendwie politischer Anspruch scheint sich im sozialen Bereich häufig gar nicht fortzusetzen. Sexistische Sprüche am Tresen, Rumgepose in der Disse oder Antatschen im Gedränge sind auch in linken Läden an der Tagesordnung. Abgetan wird dieses Verhalten beispielsweise damit, dass der Verantwortliche jedoch ansonsten ein guter Antifaschist oder Kumpel ist. Von Paarbeziehungen wollen wir gar nicht erst anfangen, diesem Bereich sollte mal ein eigener Text gewidmet werden.

Auch in Gruppenstrukturen ist Sexismus ein niemals endendes Thema. Trotz des vielen Geschriebenen und Gesagten sind kaum Fortschritte erzielt worden. Im Gegensatz zu anderen Themen verlaufen Diskussionen über Sexismus, so sie überhaupt geführt werden, oft sehr aufgeheizt und kommen über strukturelle Standards (z.B. quotierte Redeliste, paritätisch besetzte Podien) selten hinaus.

Außerdem scheint es, als müssten seit Jahren immer wieder dieselben Diskussionen geführt werden. Hier kann zum Beispiel das ewig leidige Redeverhalten genannt werden.

Wenn es dann zu strukturellen Maßnahmen gekommen sein sollte, stellen solche Veränderungen immer nur einen Schritt auf dem Weg zur Abschaffung von Sexismus dar. Weder sexistische noch sozialisationsbedingte Verhaltensweisen werden damit in Frage gestellt oder aufgelöst. So ändert sich zum Beispiel das generelle Dominanzverhalten eines Mannes auch durch quotierte Redelisten nicht. Gerade außerhalb von Gruppenstrukturen ist ein reflektierteres Verhalten nicht zu bemerken. Allerdings werden von Frauen die geschaffenen Möglichkeiten oft nicht ausgeschöpft, denn die Angst, zu versagen, das Unbehagen vor der zu übernehmenden Verantwortung wird nicht abgebaut. Diese Ängste können nur überwunden werden, wenn sie aktiv angegangen werden und sich nicht auf einem Status Quo ausgeruht wird.

Frauen in der linken Szene gehen ständig zugunsten einer vermeintlich allgemeinen Politik Kompromisse in Bezug auf die Thematisierung sexistischer Verhältnisse und Verhaltensweisen ein. Oft genug verzichten sie auf diese Diskussionen, obwohl sie ihnen wichtig sind, um mit der Arbeit innerhalb der Gruppe voranzukommen oder weil sie negative Reaktionen befürchten. Diese müssen sich nicht in Form von Dissing anderer Leute äußern, ein bloßes Augenrollen oder andere Anzeichen von genervt Sein reichen unter Umständen aus, um Frauen die Motivation für die Diskussion zu nehmen. Diese Anzeichen vermitteln Frauen, dass es kein Interesse an einer Auseinandersetzung gibt. Das Thema Sexismus wird nicht nur belächelt, sondern auch gerne übergangen oder immer wieder verschoben. So gehen Frauen innere Kompromisse für die aktuelle Politik ein, um es nicht ständig »eskalieren zu lassen«. Wenn Gruppen gesellschaftlichen Sexismus und eigenes sexistisches Verhalten ignorieren, wird sich nichts ändern.

»Definitionsrecht«

Sexualisierte Gewalt ist immer Ausdruck der bestehenden Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen und somit Ausdruck der patriarchalen Gesellschaft, in der wir leben. Gerade sexualisierte Übergriffe (im schlimmsten Fall Vergewaltigung) werden von Frauen individuell erfahren. Eine Definition kann dieser subjektiven Wahrnehmung niemals gerecht werden.

Statt einer Definition ist es sinnvoll, Diskussionen anzuregen, die mit bestehenden Mythen brechen und eine Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt ermöglichen. Das häufig assoziierte Bild von Vergewaltigung beschreibt den Täter als bösen, fremden, abnormen Mann, der in dunklen Ecken Frauen auflauert. Frauen wird dadurch suggeriert, zu bestimmten Zeiten bestimmte Orte zu meiden. Ein weiterer Mythos ist die Mitschuld der Frauen. Ihnen wird z.B. vorgeworfen, sich aufreizend gekleidet, dem Mann »falsche Versprechungen« gemacht, sich nicht genügend gewehrt und damit die Vergewaltigung provoziert zu haben. Somit werden Frauen als potenzielle Mittäterinnen diffamiert.

Diskussionen sollen einerseits mit bestehenden Klischees brechen, andererseits Vergewaltigung nicht als isoliertes Phänomen, sondern gesellschaftlich kontextuiert thematisieren.

Eine wirkliche Definition von Vergewaltigung kann lediglich physische Übergriffe umschreiben und die Details dieser klar formulieren. Häufig wer-

den diese Übergriffe auf Penetration reduziert, obwohl Vergewaltigungen weit mehr umfassen können. Eine Auseinandersetzung mit den psychischen Folgen, sei es durch die Vergewaltigung an sich oder die Reaktion der Gesellschaft, kann eine Definition nicht leisten. Bei der Thematisierung von sexualisierter Gewalt werden patriarchale Unterdrückungsmechanismen vollkommen ausgeblendet. Zu oft werden Vergewaltigungen in Diskussionen damit begründet, dass der Täter mit seiner Sexualität, seinem Trieb nicht umgehen kann. Gesellschaftliche Zusammenhänge und deren Ursachen, welche sich in gewaltsamer Unterdrückung manifestieren, bleiben unbeachtet.

Das Definitionsrecht der Frau dient dazu, Glaubwürdigkeit von Frauen zu untermauern. Es bedeutet, dass, wenn eine Frau sagt, sie wurde vergewaltigt, dies von allen anerkannt wird. Durch dieses Recht wird es Frauen leichter gemacht, eine Vergewaltigung zu veröffentlichen. In der Regel ist es so, dass bei Bekanntgabe einer Vergewaltigung das eigene Umfeld misstrauisch hinterfragt, der Gewaltakt bagatellisiert wird, vergewaltigte Frauen von der Justiz schikaniert werden und das allgemeine Interesse auf eine voyeuristische Typisierung der Frauen abzielt. Dies führt unter anderem dazu, dass Frauen sexualisierte Übergriffe nicht öffentlich machen. Dadurch können sexualisierte Gewalttaten von der Gesellschaft verschwiegen, zumindest aber verharmlost werden.

Die generelle Anerkennung des Definitionsrechts dient dem Schutz der Frauen in der patriarchalen Gesellschaft. Das Definitionsrecht schafft Frauen eine Basis, die ein selbstbewussteres Handeln, ohne zugeschriebene Schuld, ermöglicht.

Solange hierarchische Geschlechterverhältnisse bestehen und Frauen mit Repressionen rechnen müssen, wenn sie eine Vergewaltigung bekannt machen, ist das Definitionsrecht ein notwendiges Vehikel, die Rahmenbedingungen zu schaffen, um diese publik zu machen.

Umgang bei Bekanntgabe einer Vergewaltigung

Eine Anerkennung des Definitionsrechts ist nicht ausreichend, wenn sich keine Gedanken über die Folgen gemacht werden. Sie dient erst einmal dazu – wie bereits genannt – dass Frauen geglaubt wird und sie nicht der Mittäterschaft bezichtigt werden. Bei einer Auseinandersetzung über Folgen und Sanktionen, muss der Wille der Frau im Mittelpunkt stehen. Das heißt auch, dass Frauen keine Verhaltensweisen vorgegeben oder Entscheidungen eingeredet werden. Auch wenn eine Frau nicht möchte, dass die Vergewaltigung über einen bestimmten Personenkreis hinaus veröffentlicht wird, oder sie den Vergewaltiger nicht anzeigen möchte, muss dies akzeptiert werden. Was andere nicht aus der Verantwortung entlässt, Sanktionen und Umgangsformen zu diskutieren.

Linke/linksradikale gemischtgeschlechtliche Gruppen müssen sich mehr mit dieser Thematik befassen. Patriarchale Strukturen werden, wie erwähnt, hier genauso reproduziert. Gesellschaftlich anerzogene Verhaltensweisen sind immanent. Ein linker Ansatz muss Geschlechterverhältnisse thematisieren, um Hierarchien abzubauen. Sexismus und sexualisierte Gewalt sollen nicht als abstrakte, ausgelagerte Gebilde abgehandelt, sondern immer als allgegenwärtiges Problem betrachtet werden. Dies fordert auch eine Auseinandersetzung mit der eigenen Sexualität, der selbst reproduzierten Geschlechterrolle, dem eigenen Leben. Eine solche Diskussion darf nicht erst als Reaktion auf konkrete Vorfälle sexualisierter Gewalt stattfinden. Dann blockieren emotionale Verquickungen, z.B. durch freundschaftliche Verbindungen, eine kritische Auseinandersetzung.

Gruppen, die sich mit sexualisierter Gewalt auseinandersetzen, dürfen nicht nur eine Vergewaltigungsdiskussion führen, sondern müssen sich mit sexistischen Gruppenstrukturen, individuellen sexistischen Verhaltensweisen, patriarchalen Gesellschaftsnormen auseinandersetzen. Nicht ausreichend ist ein Lippenbekenntnis zum Definitionsrecht, das dieses zur Floskel verkommen lässt.

»Missbrauch« des Definitionsrechts

Da wir das Definitionsrecht der Frau anerkennen, halten wir es für völlig überflüssig, über einen sogenannten »Missbrauch« des Definitionsrechts zu diskutieren. Erfahrungsgemäß werden jedoch viele Diskussionen von dieser – falschen – Argumentation bestimmt, gerade dann, wenn es sich um einen Vergewaltiger aus der Szene handelt. Daher sehen wir uns gezwungen, diese Thematik zu behandeln.

Grundsätzlich ergibt sich für uns eine Zweideutigkeit mit der Begrifflichkeit. »Missbrauch« assoziiert bei der Thematik Vergewaltigung vorrangig sexualisierte Gewalt gegen Minderjährige. Wobei auch hier der Begriff völlig inkorrekt ist, da es einen »Gebrauch« von Kindern und Jugendlichen nicht gibt. Ebenso unpassend ist es, von einem »falschen Gebrauch«, bzw. »Missbrauch« des Definitionsrechts zu sprechen. Da das Definitionsrecht sonst zur bloßen Farce wird, weil Frauen wieder in ihren Möglichkeiten beschnitten, die Gewalterfahrung von Frauen in Frage gestellt, Opfer diffamiert und die Täter zu den eigentlichen Opfern stilisiert werden. Die öffentliche Thematisierung sexualisierter Gewalt wird durch die Argumentation mit dem sogenannten »Missbrauch« eingeschränkt und die

bestehenden Hierarchien durch die den Frauen zugesprochene Unmündigkeit aufrecht erhalten.

Ein weiterer Aspekt, der diesen Vorwurf hinfällig werden lässt, ist die Tatsache, dass bei Bekanntgabe einer Vergewaltigung erst einmal hinterfragt, diskutiert, der Täter verharmlost und der Frau im schlimmsten Fall eine Teilschuld angedichtet wird. Einige typische Argumentationen sind beispielsweise: dass man nicht dabei gewesen ist und sich somit kein Urteil erlauben könne, ob es wirklich eine Vergewaltigung war; dass die Frau nicht hätte mitgehen dürfen; dass der Täter ein guter Antifaschist ist und man sich das gar nicht vorstellen könne.

Frauen sind ständig mit Sexismus und mit sexualisierten psychischen und physischen Übergriffen konfrontiert. Nach Veröffentlichung einer Vergewaltigung in der Szene sind Frauen diejenigen, die sozial isoliert werden und mit negativen Konsequenzen zu rechnen haben.

Frauen sind verantwortungsvoll handelnde Individuen. Sie behaupten sicherlich nicht mal eben so aus Spaß am Dissen, vergewaltigt worden zu sein!

Eine allgemeine Anerkennung des Definitonsrechts ist für uns nicht das Nonplusultra. Es ist nicht das Ziel, sondern ein notwendiges Mittel auf dem Weg. Wenn alle Diskussionen auf einer feministischen Grundlage geführt werden könnten und das Präfix radikal auch im feministischen Kontext positiv konnotiert wäre, dann wäre vorstellbar, dass das Definitionsrecht für Frauen hinfällig würde.

Die Revolution am Horizont erblickend greifen wir uns die notwendigen Transportmittel, und nähern uns!

Fünf Jahre AFBL! Auch dieser Geburtstag wurde im Conne Island gefeiert – am 07.06.02. Die Grußbotschaft einiger aktueller & Ex-AFBLerinnen wurde im CEE IEH #89 veröffentlicht.

Once Upon A Time

Wie alles anfing, lässt sich nicht mehr so genau sagen. Es war auch nicht einfach da: soviel steht fest. Aber es gibt da so einige Geschichten, die immer wieder gerne erzählt werden. Eine davon gebe ich mal zum Besten, denn folgendes soll sich zugetragen haben:

Auf einem der großen Bündnistreffen zum 1. Mai 1997 des Bündnis gegen Rechts (BgR) soll eine Frau sinngemäß gesagt haben: »und wenn klar wäre, dass sich auf einer Demonstration die Männer schützend vor die Frauen stellen würden, dann würden sich auch mehr Frauen auf Demonstrationen bewegen«. Dieser Ausspruch wurde nicht nur größtenteils ignoriert. In einer Ecke wurde kräftig gelacht und Späßchen über dieses seltsame Frauenbild gemacht: als kurze Zeit später die obligatorische Anwesenheitsliste die Runde machte, wurde aus dem Gelächter ein Name: Antifaschistischer Frauenblock Leipzig (soviel vielleicht zu der ersten urkundlichen Erwähnung), kurz AFBL.

So oder ähnlich kann der Anfang erzählt werden, andere Gründungsmythen sind und bleiben natürlich erlaubt. Festzuhalten bleibt aber: ein Spaß zu Anfang, aus dem sich nicht zwangsläufig ein Projekt mit mittlerweile fünfjähriger Existenz hätte entwickeln müssen.

Dass es dies doch wurde, hat im Nachhinein besehen mehrere Ursachen. Einige sollen im folgenden beschrieben werden:

Die ersten gemeinsamen Aktionen des noch losen Gefüges AFBL hatten vielfältige Folgen: einer der wichtigsten (und auch einfachsten!) ist die Entdeckung, dass es etwas anderes ist, ausschließlich mit Frauen Aktionen zu planen und auszuführen: der gemeinsame Spaßfaktor ist ein anderer, ebenso die Erfahrung, dass die Rolle der Schweigenden und Zurückhaltendenden nicht mehr ausreicht, sondern selbst Initiative ergriffen werden muss und wird. Und dies in Bereichen, in denen bislang maßgeblich das andere Geschlecht vorherrschend war. Natürlich ergibt sich dabei eine Eigendynamik: die gemeinsame Zeit, die verbracht wird, die Diskussionen, die daraus entstehen, bilden in kurzer Zeit das heraus, was sich gemeinhin eine Gruppe nennt.

Eine weitere entscheidende Konsequenz aus der sichtbar werdenden Gruppe waren die auftretenden Reaktionen des bisherigen Antifa-Umfeldes. Im Blick zurück kann wohl behauptet werden, dass sich hier etwas wiederholte, was wohl jeder Gruppierung, die erst einmal ›nur‹ – so undifferenziert der Begriff auch immer sein mag – Frauen in ihrem Umfeld haben möchte, passiert. Zutage trat zuerst das Unverständnis, dann der Spott, doch stellten sich ziemlich schnell die ersten wütenden und diffamierenden Reaktionen ein. Dies bereits zu einem Zeitpunkt, an dem bei weitem noch nicht die herrschende Mackerstruktur innerhalb der Antifa- und Antina-Strukturen als Grund für die ›neue‹ Gruppenbildung formuliert wurde.

Doch trat durch die Erfahrung der Selbständigkeit und die daraus entstehenden Angriffe die bis dato wenig wahrgenommene Hierarchie zwischen den Geschlechtern in schärferen Konturen deutlicher zu Tage.

Während Aktionen war die Anwesenheit des weiblichen Geschlechts weniger wert, auf Diskussionsbeiträge wurde nicht reagiert... dieses mal aber nicht einer einzelnen gegenüber, sondern einer, die ihre Erfahrung gemeinsam mit anderen in der Gruppe bespricht.

Die offenen Debatten als Reaktion auf den entstandenen AFBL, die seltenst auf den Plena, sondern eher an Kneipentischen und in den Freundschaftszusammenhängen stattfanden, ließen sehr schnell eine Richtung erkennen, deren Auswirkung auch ziemlich bald zu merken war. Die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses von Frauen für Frauen und die daraus entstehende Infrastruktur wurden von Anfang an nicht anerkannt, und die Reaktionsmuster, die darauf folgten, waren je nach hervorbringender Person oder Gruppe tiefstes reaktionäres Gebräu: der Vorwurf langte bis hin zum bewussten Spaltungswillen der agierenden Frauen. Als Beispiel wurden die sogenannten sozialen Bewegungen der 70er und 80er gebracht. Ein urschleimiger Antifeminismus kam in der offensten Form: wenn sich Frauen zusammenschließen, hat dies auf keinen Fall den Grund der bisherigen Struktur und Machtaufteilung, sondern einzig und allein der niederträchtige Spaltungswille erscheint als logische Antriebsfeder.

Doch auch anhand weniger dümmlichen Kritiken wurde deutlich, dass bislang Themen wie patriarchales Denken, sexistisches Verhalten und stumpfes Mackerdasein innerhalb der (Antifa-) Szene noch nicht einmal im Ansatz als Problem gesehen wurden.

Die Diskussionen innerhalb des AFBL veränderten sich nach und nach: das Spannungsfeld zwischen rein aktionistischer Ausrichtung und theoretischer Grundlage trat offen zu Tage. Dass die verschiedensten Frauen aufeinander trafen, hatte ihre Wirkung: eine Antifa ist eine Antifa, aber was ist sie noch, und welche Art des Feminismus liegt eigentlich zugrunde?

Einige Frauen verließen den AFBL. Es war nicht immer möglich, grundsätzliche Differenzen zum richtigen Zeitpunkt in Diskussion zu bringen. Andere Frauen kamen hinzu. Der Konflikt um ein zukünftiges Profil aber blieb. Und genau dies war das Spannende: die permanente Diskussion um die eigene Ausrichtung.

Auf Grund dessen wurden in den letzten Jahren auch unterschiedliche Themen bearbeitet. Im folgenden soll an einige Schwerpunkte erinnert werden.

Während sich die Arbeit des AFBL bisher vorwiegend auf Antifa-Arbeit und sexistische Strukturen innerhalb der Szene konzentrierte, gab es zunehmend das Interesse, sich mit anderen politischen Themen zu beschäftigen.

Da kam der Aufruf zu einer Demonstration gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss wie gerufen. Zum einen hatte sich in der Beschäftigung mit Nazi-Aktivitäten gezeigt, dass für Flüchtlinge und MigrantInnen staatliche Strukturen und staatliches Handeln mindestens ebenso diskriminierende, ja mörderische Konsequenzen hat. Zum anderen spielte die spezifische Situation von weiblichen Flüchtlingen und Migrantinnen in den meisten antirassistischen Publikationen und Aktivitäten kaum eine Rolle. Darüber hinaus wurde innerhalb der Diskussionen klar, dass die Abschiebepraxis in Neuss in einem damals Rot-Grün regierten Bundesland stattfand; eine Vorreiterrolle für die zu erwartende neue Bundespolitik. So rief der AFBL (Ende 1998, Anfang 1999) eine Arbeitsgruppe ins Leben, die mit zahlreichen Aktivitäten und Veranstaltungen das Thema in Leipzig in die Diskussionen brachte, schließlich sogar fast zwei Busse für die Demo füllen konnten.

Auch die Kultur/Bandpolitik des Conne Island stieß bisweilen auf reges Interesse des AFBL. Ausgelöst durch ein Konzert der Gruppe Lokalmatadore entbrannte eine heiße Diskussion über sexistische Texte von Bands und das sexistische Verhalten des dazugehörigen Publikums. Daraus entstanden weitere Diskussionen über patriarchale Strukturen innerhalb der Szene und des Conne Island an sich. Als indirekte Folge davon etablierte sich ein regelmäßiger Fraueneinlass.

Da es sinnvoller ist und auch mehr Spaß macht, nicht nur in einer kleinen geschlossenen Gruppe linksradikale feministische Politik zu betreiben, entstand im Frühjahr 2000 der Gedanke, ein Frauenkoordinierungstreffen ins Leben zu rufen. Erfahrungen wurden ausgetauscht, politische Positionen diskutiert und gemeinsame Aktionen geplant. Resultat aus diesen Treffen war z.B., den ersten Block in einer Demonstration zu übernehmen. Ebenso entstand aus dieser Idee eine Arbeitsgruppe, die sich kritisch mit dem Text »Infantile Inquisition« der Zeitschrift Bahamas auseinandersetzte. Das Ergebnis wurde als Text veröffentlicht und zusammen mit der Position des AFBL zum Papier »Neue Sachlichkeit« der AAB auf einer Veranstaltung zur Diskussion gestellt. Die Papiere der Bahamas und der AAB und die ihnen vorausgegangene Vergewaltigung hatten bundesweit zu heftigen Auseinandersetzungen geführt und auch in der Leipziger Szene für Unruhe gesorgt. Auch das AFBL hat in dieser Zeit viele Nerven gelassen.

›Produktiver‹ war die ins Leben gerufene Veranstaltungsreihe von Frauen für Frauen zu Themen wie (Jüdische) Frauen im Widerstand gegen des Nationalsozialismus, Rechte Frauen, Frauen in der Musik und andere. Neben dem generellen Zweck der Reihe, Frauen und deren politisches Potential sichtbar zu machen, wurden Themen wie Frauen als Täterinnen (z.B. im Nationalsozialismus) und vor allem das alles andere als homogene Bild des Feminismusbegriffs an die Oberfläche gebracht. Begriffe wie Gender, Dichotomie der Geschlechter, Differenztheorie wurden eingehend beleuchtet.

Neben den eigenen Schwerpunktthemen wurde sich als AFBL auch fortwährend an den Kampagnen der Leipziger Szene beteiligt. Die Mitwirkung am »Verstärker-Kongress« Ende '99 und die Zusammenarbeit mit dem BgR für die Demonstration »Save The Resistance – gegen Überwachungsgesellschaft und Sicherheitswahn« sind hier zu nennen.

Die Beschäftigung mit dem ›sexistischen Normalzustand‹ führte Ende 2001 zur Veröffentlichung eines Textes.

Den AFBL als female Empowerment zu betrachten, ist demnach möglich, inwieweit sich dadurch das Denken und Handeln der im AFBL aktiven Frauen, aber auch der vielen BeobachterInnen und KritikerInnen verändert hat, ist eine andere Geschichte. Schön wäre, wenn auch sie irgendwann erzählt würde.

Einen fetten Glückwunsch, Lady AFBL! Allen Unkenrufen zuwider gibt es dich! Und das soll gebührend gefeiert werden!

Im Oktober 2003 zeigten wir in der Innenstadt die Ausstellung »Ihr seid nicht vergessen« Das Frauen- und Mädchen KZ Uckermark, begleitet wurde die Ausstellung von mehreren Veranstaltungen und Texten im CEE IEH. Den Einleitungstext zur Erinnerungspolitik und einen zur Kategorisierung von Mädchen dokumentieren wir in diesem Reader.

Ihr seid nicht vergessen! Gedenken und Erinnern in Deutschland

[1] Klarenbach / Höfinghoff, S. 10.

[2] Kunstreich: »Ein bisschen Krieg«.

[3] Wippermann »Räume ohne Recht«.

In der Ausstellung »Ihr seid nicht vergessen!« wird die vergessene Geschichte des Mädchen- Konzentrationslagers und der dort inhaftierten Mädchen und Frauen dargestellt. Der AFBL zeigt die Ausstellung vom 01. bis 18. Oktober im Brühl 74, sie wird jeweils Dienstag, Mittwoch und Samstag von 15-20 Uhr geöffnet haben.

Das KZ Uckermark wurde offiziell euphemistisch als »Jugendschutzlager« bezeichnet, in ihm wurden zunächst Mädchen inhaftiert, die von Fürsorgebehörden als asozial, kriminell oder verwahrlost kategorisiert und somit als Gefahr für die deutsche Volksgemeinschaft gesehen wurden. Um die Ausstellung in einen sinnvollen Kontext zu setzen, erweiterten wir die Auseinandersetzung um die angrenzenden Themen: Erinnerungspolitik, faschistische Fürsorge- und Sozialpolitik und ihre Kontinuitäten in der BRD und DDR, die Rolle der Frauen im Nationalsozialismus und die Geschichte Leipzigs während des NS. Die Sozialpolitik sah in den ›Jugendschutzlagern‹ »die ›kostengünstige‹ und ›sichere Verwahrung‹ unter Ausnutzung der Arbeitskraft«[1] Im Nationalsozialismus bedeutete das Folter und willkürliche Vernichtung für die inhaftierten Mädchen. Der Grundgedanke der damaligen Jugendpolitik war, eine homogene Volksgemeinschaft zu schaffen, in der vermeintlich kriminelle oder asoziale Jugendliche in Fürsorgeeinrichtungen isoliert werden. Dieser setzte sich in Teilen in der Sozialpolitik der BRD, z.B. dem Bewahrungsgesetz, und der DDR, in Form der Jugendwerkshöfe, fort. Im Hinblick auf die Rolle der Frauen im Nationalsozialismus geht es uns um das propagierte Frauenbild, die konkrete Beteiligung am Nationalsozialismus und den Umgang mit den Täterinnen nach '45 in der Gesellschaft und in der (Frauen-)Forschung. In Leipzig hatte die HASAG, einer der größten Rüstungsbetriebe im NS, ihren Hauptsitz. Neben Siemens und IG Farben war die HASAG der Konzern mit der höchsten Anzahl an ZwangsarbeiterInnen. Ab 1942/43 wurden in den Unternehmen oder in unmittelbarer Nähe KZ-Außenlager errichtet. Das HASAG Lager in Leipzig war eines von insgesamt 27 Außenkommandos für Frauen des KZ-Buchenwald.

Im Rahmen der Ausstellung werden wir zu den Themen KZ Uckermark, Sozialpolitik, HASAG in Leipzig und Rolle der Frauen im NS Texte veröffentlichen.

Funktionalisierungen von Gedenken

Es ist notwendig, die Geschichte der Opfer des NS-Genozids zu erzählen und in Erinnerung zu halten. Erinnern soll hier nicht heißen, abgeschlossene Geschichte zu betrachten, sondern soll die Kontinuitäten der NS-Ideologie aufzeigen, und der Erinnerungsdiskurs in Deutschland muss dabei einbezogen werden. Andernfalls lässt sich eine solche Ausstellung leicht als eine ›PR für Deutschland‹ instrumentalisieren, wie die neue ›Wehrmachtsausstellung‹, die zeigen soll, wie sehr Deutschland gewillt ist, sich mit den historischen Fakten auseinander zu setzen. Nach ihrer Überarbeitung eignet sie sich besonders gut zur Schuldtilgung, weil nun nicht mehr die Kollektivschuld der Wehrmacht im Mittelpunkt steht, sondern die Verantwortung für Verbrechen individualisiert betrachtet wird, speziell wegen des zugefügten Teiles ›Handlungsspielräume‹, in dem vermeintlich faire Wehrmachtssoldaten porträtiert werden. Zentral für diese andere Interpretation des Vernichtungskriegs ist eine »Entideologisierung der Geschichte«.[2] Voraussetzung für die Individualisierung der Schuld ist eine Historisierung des Holocausts, das heißt geschichtliche Ereignisse »neutral« aus ihrer Zeit heraus zu betrachten und eine Distanz zum untersuchten Gegenstand herzustellen.[3] Erst diese Distanz und damit einhergehend eine Relativierung und somit Verharmlosung der Schuld der Deutschen ermöglichen die Forderung eines Schlussstrichs unter die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Seit dem Historikerstreit Mitte der 80er Jahre gilt in der konservativen Geschichtsschreibung der kategorische Imperativ: Wer von nationalsozialistischen/deutschen Verbrechen reden will, darf von den ›bolschewistischen Gräueltaten‹ nicht schweigen. Dieser Relativierung durch Aufrechnung wurde spätestens seit der Machtübernahme der 68er eine andere Form der Bagatellisierung deutscher Schuld hinzugefügt. Mit der Verantwortung, die sich aus der Geschichte ergibt, wird die deutsche Beteiligung an internationalen Kriegseinsätzen ge-

rechtfertigt.[4] Das Vokabular in der politischen und öffentlichen Debatte impliziert eine Analogie zur Shoah, im Kosovo wurde von serbischen KZs gesprochen, wahlweise werden Saddam Hussein, Osama bin Laden und Bush Ähnlichkeiten mit Hitler zugeschrieben. Einerseits soll der deutsche Faschismus als abgeschlossen gelten und die »Moralkeule Auschwitz« im Keller bleiben, andererseits dient er als Rechtfertigung für erneutes deutsches Großmachtsstreben. Beide Richtungen stellen durch leichtfertige Vergleiche die Singularität der Shoah in Frage und klammern den antisemitischen Vernichtungswahn des völkischen Kollektivs und die kalte Vernichtungsbürokratie aus. In Abgrenzung zur Schlussstrichdebatte, Historisierung und Rechtfertigungen politischer Entscheidungen mit Auschwitz setzt ein radikaler linker Ansatz die deutschen Verbrechen und die ideologischen Kontinuitäten ins Zentrum der Auseinandersetzung und gedenkt der Opfer des Nationalsozialismus.[5]

Erinnern auf gut deutsch

»Repräsentationen von Geschichte stehen in einem Land, von dessen Wunsch nach Verdrängung man weiß, gleichsam immer schon unter Verdacht.«[6] In Deutschland wird versucht, jede Form von Gedenken für ein nationales Selbstbewusstsein zu vereinnahmen. Das gilt nicht nur für jene, die einen Schlussstrich ziehen wollen, sondern ebenfalls für die, die deutsche Verbrechen anerkennen. Beide Gruppen agieren aus einem nationalen Interesse heraus, das darin besteht, Deutschland zukunftsorientiert mit seiner eigenen Geschichte zu versöhnen. Durchgesetzt hat sich ein verallgemeinerndes Gedenken, in dem Unterschiede zwischen TäterInnen und Opfern eingeebnet werden. Inzwischen zählen sich eigentlich alle zu den Opfern. Eine Identifikation wird möglich, wenn das TäterInnenkollektiv ausgeblendet wird und die deutsche Bevölkerung sich als unschuldig und unwissend oder unterdrückt und machtlos stilisieren kann. Nachdem Auschwitz grundsätzlich anerkannt ist, wird gerade in letzter Zeit das Leiden der Deutschen in und nach dem Krieg verstärkt thematisiert. Während früher nur Stimmen aus dem rechten Lager eine Anerkennung des Unrechts gegen »Vertriebene« forderten, ist sie heute gesellschaftlicher Konsens geworden. Dank Grass, Spiegel und Guido Knopp können jetzt bedenkenlos dramatische Fluchtgeschichten über die unrechtmäßige Vertreibung erzählt werden. Außerdem werden die »Entbehrungen und Schmerzen« ausgerechnet der Deutschen während des Krieges diskutiert; Stalingrad ist lediglich Anlass, die bewegendsten Feldpostbriefe vorzulesen, und in Dresden versammelt sich der Mob, um die Opfer und Ruinen des Alliiertenangriffs zu betrauern. Die Betonung des Schreckens nivelliert den Unterschied zwischen TäterInnen und Opfern und macht die Schuldfrage überflüssig. So soll auch bei dem Berliner Mahnmal eine innere Unsicherheit entstehen, die es allen BesucherInnen ermöglicht, die Leiden der Inhaftierten nachzuempfinden und sich mit ihnen zu identifizieren.[7] Es scheint vollbracht, was alle VertreterInnen der Debatte erfüllt sehen wollten: die Schaffung einer nationalen Identität und einer selbstbewussten Nation. Ihre Positionen treffen sich in dem Widerspruch, »nationale Identität auf einem Verbrechen aufbauen zu wollen, das jeden weiteren deutschen Nationalismus diskreditieren muss.«[8]

Diejenigen, die meinen, den Holocaust nicht zu relativieren, aber dennoch positive Schlüsse ziehen, argumentieren zynischer als jene, die den Holocaust von vornherein verharmlosen. So meinte Habermas im Zuge des Historikerstreits, dass sich »in der Kulturnation der Deutschen erst nach – und durch – Auschwitz« universalistische Verfassungsprinzipien hätten bilden können. Er glaubte eine »Chance, die die Katastrophe auch bedeuten könnte«, zu erkennen und versuchte durch zweifelhafte Konstruktionen wie der »postkonventionellen Identität«, eine deutsche nationale Identität zu schaffen, die darin bestehen soll, dass es eben keine gebe; er stellte den Pluralismus als Lösung dar.[9]

Weiterhin wird die Auffassung vertreten, dass der 2. Weltkrieg erst die europäische Staatengemeinschaft ermöglichte. Diese These ist beispielsweise ein zentrales Element des Gründungsmythos' der EU. Im Zusammenhang mit der Verabschiedung der Europäischen Verfassung wurde der 9. Mai als EU-weiter Europatag festgeschrieben. An diesem Datum wurde 1950 in Paris die Schuman-Erklärung abgegeben, die die Pläne zur Montanunion vorstellt und als Beginn eines gemeinschaftlichen Europas angesehen wird. Zufällig ist dieses Datum sicherlich nicht gewählt. Auf den offiziellen EU Seiten heißt es zum Europatag und der Entstehung der EU: »In Europa leben seit Jahrhunderten Völker zusammen, die sich ihrer gemeinsamen Herkunft und ihrer kulturellen Verwandtschaft bewusst sind. Über Jahrhunderte haben sie sich als Nachbarn ergänzt und zusammengehörig gefühlt. Aber ohne feste Regeln und überstaatliche Einrichtungen konnte dieses Bewusstsein allein die Katastrophen nicht verhindern. Noch heute sind bestimmte Länder, die nicht zur Europäischen Union gehören, vor schrecklichen Tragödien nicht sicher.«[10] Eindeutig wird hier versucht eine gemeinsame europäische Leidensgeschichte / Opfergeschichte zu schreiben, der Nationalsozialismus als Katastrophe kodiert, die über die kulturellen Völker hereingebrochen ist. Diese neuere Entwicklung im gesellschaftlichen Diskurs über den Zweiten Weltkrieg,

[4] vgl. die berühmt-berüchtigten Äußerung des Kriegsministers, dass der Krieg gegen Jugoslawien nicht trotz, sondern wegen Auschwitz geführt werde.

[5] Eine gute Zusammenfassung der Etappen der »Vergangenheitsbewältigung« findet sich in: Diskus, Nr. 2/02, S. 9–15.

[6] Wenk/Eschebach S. 15.

[7] www.holocaust-mahnmal.de

[8] Morgenthau-Plenum: Dialog der Generationen.

[9] ebd.

[10] http://europa.eu.int/abc/symbols/9-may/euday_de.htm

die Europäisierung des Leidens, trägt weiter dazu bei, den Unterschied zwischen Opfern und deutschen TäterInnen in den Hintergrund zu schieben. Den Deutschen kommt dieser Feiertag gerade recht, lenkt er doch vom 8. Mai als Tag des Sieges über Deutschland ab oder ermöglicht eine Verbindung des 2. Weltkriegs mit der Entstehung der EU.

Auch die DDR interpretierte in die Vernichtung von über sechs Millionen Menschen etwas Positives. Sie wähnte sich auf der guten Seite und sah sich in der Tradition der antifaschistischen KämpferInnen. Diese ermöglichten mit Hilfe der Sowjetunion erst einen deutschen sozialistischen Staat. Zum Beispiel lautete das »Gelöbnis der deutschen Jugend« anlässlich des 10. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslagers Ravensbrück: »Der Strom Eures Blutes floss jedoch nicht vergebens. Er vereinigte sich mit dem Blut der ruhmreichen Helden der Sowjetarmee, die unser Volk und die Völker Europas vom Joch des Hitlerfaschismus befreiten. Die Völker der Sowjetunion stehen heute neben uns als unsere besten, teuersten Freunde. Neben uns steht auch Ihr, Ihr tapferen Mütter, mahnend und stärkend.«[11]

Diese Rhetorik weist zusätzlich auf die stereotypen Geschlechterbilder des Gedenkens hin, die Frauen werden auf eine soziale Rolle reduziert, sie sind lediglich erziehende Mütter, aber keine Heldinnen. Reproduziert werden die Klischees der aktiven Männer und der passiven, erleidenden Frauen, denen eine metaphorische oder symbolische Rolle zugedacht wird.

Die Metapher der Mutter und des Gebärens wird häufig herangezogen, so zum Beispiel schreibt Brecht in seinem Werk »Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui« über den Faschismus: »Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.«[12] Während hier die Mutter das Böse gebärt, befriedigen die Bilder des Mütterlichen ansonsten zumeist das Bedürfnis nach »nationaler Unschuld«.[13] Die nächste Generation steht für einen schuldfreien Neuanfang, der Wunsch nach einem »unbefleckten« Nationalismus wird in den Mutter/Kind Darstellungen deutlich. Der Mutterkult des Gedenkens gipfelte in der Wahl der Käthe Kollwitz-Plastik »Mutter mit ihrem toten Sohn« als Mittelpunkt der zentralen deutschen Gedenkstätte, der Neuen Wache in Berlin. »Das dargestellte mütterliche Leiden liefert ein Identifikationsangebot, das es den BetrachterInnen erleichtert, sich als trauernde Mitopfer wahrzunehmen.«[14] Jenseits der symbolischen Ebene werden die verfolgten und ermordeten Frauen kaum in das Gedenken einbezogen. Die Heldinnen des westdeutschen Diskurses sind die Trümmerfrauen, und für die Nationenkonstruktion der DDR sind die Widerstandskämpferinnen relevant. Doch auch sie werden als wehrlose Opfer repräsentiert, Widerstandskämpfer hingegen als Helden. So lauten Widmungen auf Kränzen anlässlich des 40. Jahrestages der Befreiung der Lager in Buchenwald und Sachsenhausen: »Den Opfern der Hitlerbarbarei, den Helden des antifaschistischen Widerstandes zum ewigen Gedenken.« »Den Heldensöhnen des Sowjetvolkes, den aufrechten antifaschistischen Kämpfern, den Opfern der Hitler-Tyrannei zum Gedenken.« In Ravensbrück wurde jedoch mit dem Spruch: »Den mutigen Frauen des antifaschistischen Widerstandes, den wehrlosen Opfern der faschistischen Bestie zum ewigen Gedenken.« an die Befreiung erinnert.[15] Während bei den Männern das Rationale und Intentionale im Mittelpunkt steht, tragen der Zusatz »wehrlos« und der dämonisierende Begriff »Bestie« zu einer emotionalisierenden Verstärkung des Opferstatus der Frauen bei.

In der DDR und der BRD kamen Frauen unterschiedliche Funktionen innerhalb des Gedenkdiskurses zu, die vermittelten Frauenbilder waren jedoch mit der jeweils folgenden Ideologie übereinstimmend.

Eine Ausstellung und mehr

Unser Anliegen ist es, mit der Ausstellung an die Mädchen und Frauen aus dem KZ Uckermark zu erinnern. Die Ausstellung zeigt einen Ausschnitt des nationalsozialistischen Verfolgungs- und Vernichtungswahns. Um möglichen Verkürzungen und Vereinfachungen, die sich aus der Form einer Ausstellung ergeben, entgegen zu wirken, bieten wir Informations- und Diskussionsveranstaltungen zu den Themen: Erinnerungspolitik, Frauen als Täterinnen im Nationalsozialismus und die Frauenforschung, Sozial- und Fürsorgepolitik und der HASAG in Leipzig an. Diese sollen zusammen mit den veröffentlichten Texten den linksradikalen Kontext, in dem wir die Ausstellung zeigen, verdeutlichen.

[11] Zit nach Eschebach S.125. Vgl. auch die positive Bezugnahme in: »Heiliges Land ist das Fleckchen von Ravensbrück geworden [...] durch die Asche der Frauen, die die Erde düngte für die neue Saat, die aus ihrem Opfertod hervorging. Die Ernte aus jener Saat von Blut und Leid kann nur eine glückliche und befreite Welt sein.« aus: Die Freiheit vom 14.09.1949, zit. nach Eschebach S.120

[12] Brecht, S.112.

[13] Lenz, von Wrochem, Schmidt, S.109.

[14] ebd., S.110.

[15] Eschebach, S.123f.

Literaturliste: Brecht, Bertolt: Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui. in: Ders: Werke. Bd. 7, Berlin/FfM 1991, S. 8–115.
cehka: Abgearbeitet. in: Diskus, 2.02, S. 9–15.
Eschebach, Insa/Jacobeit, Sigrid/Wenk, Silke (Hg.): Gedächtnis und Geschlecht. Deutungsmuster in Darstellungen des nationalsozialistischen Genozids. FfM 2002.
Eschebach, Insa: Heilige Stätte – imaginierte Gemeinschaften. Geschlechtsspezifische Dramaturgien im Gedenken. in: Dies: a.a.O., S. 117–133. Klarenbach, Viola/Höfinghoff, Sandra: »Wir durften ja nicht sprechen. Sobald man Kontakt suchte mit irgendjemandem, hagelte es Strafen«. Das ehemalige Konzentrationslager für Mädchen und junge Frauen und spätere Vernichtungslager Uckermark. Berlin 1998
Kunstreich, Tjark: Ein bisschen Krieg, in: Jungle World, 49/2000 (29.11.2000).
Lenz, Claudia/Schmidt, Jens/von Wrochem, Oliver: Erinnerungskulturen im Dialog. Europäische Perspektiven auf die NS-Vergangenheit. Münster 2002.
Morgenthau-Plenum: Dialog der Generationen. in: Jungle World, 11/2001 (07.03.2001).
Rhein Zeitung: Mehrheit für Holocaust Gedenkstätte. (Ausgabe vom 25.06.1999).
Wenk, Silke/Eschebach, Insa: Soziales Gedächtnis und Geschlechterdifferenz. Eine Einführung. in: Dies: a.a.O., S. 13–35.
Wippermann, Wolfgang: Räume ohne Rechte. in: Jungle World, 50/2001 (05.12.2001).

Erschienen im CEE IEH #103 Oktober 2003.

Ihr seid nicht vergessen! Kategorie: asozial

In dem KZ Uckermark waren vor allem Mädchen und junge Frauen inhaftiert, die nicht dem Bild der deutschen »Volksgemeinschaft« entsprachen.

Die »Volksgemeinschaft« war eine der tragenden Säulen nationalsozialistischer Ideologie. Sie sollte möglichst homogen sein – wer nicht in das Bild passte, wurde von der deutschen Bevölkerung und staatlichen Institutionen scharf beobachtet, verfolgt, separiert, ermordet. Neben Juden und Jüdinnen, die von vornherein aus der »Volksgemeinschaft« ausgeschlossen waren, galten auch Menschen mit als von der Norm abweichendem Verhalten kategorisierten, v.a. in den Bereichen Wohnen, Arbeiten und Sexualität, als nicht dazugehörig. Sie wurden als »minderwertig« und »gemeinschaftsunfähig« klassifiziert und als »Asoziale« bezeichnet.

Der Vielfalt der unangepassten Verhaltensweisen entsprechend ist der Begriff »asozial« äußerst vage, in ihm wurde alles, was störte, zusammengefasst. Versuche von Definitionen finden sich in verschiedenen Erlassen von Himmler und dem Entwurf zum »Gemeinschaftsfremdengesetz«. Der Verfasser eines Handbuches über Erbkrankheiten forderte gar, die Definition solle dem »Volksempfinden« überlassen werden.

Als Frühsymptome bei Jugendlichen galten z.B. Rauchen, Faulheit, Eigensinn, Trotz, Zerstörungslust, Schulschwänzen.[1] Schon in der Weimarer Republik gab es Ansätze zur Bekämpfung der »Asozialenfrage«, eine rechtliche Absicherung sollte durch das »Bewahrungsgesetz« gewährleistet werden, das von vielen Fürsorge- und SozialpolitikerInnnen seit 1928 verstärkt gefordert wurde. Nach der Machtübernahme der Nazis wurden das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« und das »Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher« erlassen, im Mai 1939 folgte ein Erlass, in dessen Folge eine »Reichszentrale zur Bekämpfung der Jugendkriminalität« innerhalb des Reichskriminalpolizeiamtes eingerichtet wurde. Ihre Aufgabe war »die kriminalpolizeiliche Überwachung von Kindern und Jugendlichen, die erblich kriminell belastet scheinen«[2] sowie die praktische Bekämpfung. Damit wurde in der Jugendpolitik nachgeholt, was für Erwachsene schon seit 1938 Praxis war. In diesem Jahr bekam die »Asozialenverfolgung« eine neue Qualität, es wurden im Zuge der »Aktion Arbeitsscheu« Menschen inhaftiert, denen man vorwarf, ungenügend zu arbeiten oder unentschuldigt zu fehlen. Zuspätkommen oder Krankheit konnte so Deportation in ein Arbeitslager und damit oft Tod bedeuten.

Unter »Jugendschutz« gestellt

Der Erlass über die Bekämpfung der Jugendkriminalität beinhaltete explizit auch Anwendung »polizeilicher Zwangsmittel«[3] was u.a. Deportation in KZs bedeutete. 1940 wurde das »Jugendschutzlager« Moringen eingerichtet, wobei hier nicht die Inhaftierten geschützt, sondern die Volksgemeinschaft vor dem Einfluss »volksschädigender Elemente« bewahrt und darüber hinaus abgeschreckt werden sollte. Die Lager erfüllten eine doppelte Funktion: Während die Jugendbehörden eine Möglichkeit suchten, ihrer Meinung nach »unheilbare« Fürsorgezöglinge aus den überfüllten »Bewahrungsanstalten« auszugliedern, legte Himmler, der seit 1936 auch die Befehlsgewalt über die Polizei innehatte, den Schwerpunkt auf die Ausnutzung der Arbeitskraft der jungen Menschen. Die Jugendschutzlager war ein Reservoir an billigen ArbeiterInnen, die in den ersten Kriegsjahren gerade in der Rüstungsindustrie fehlten.

Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark

In Moringen waren v.a. männliche Jugendliche inhaftiert, es gab aber auch zwei Blöcke mit Mädchen, die wie Strafgefangene behandelt wurden. 1941 wurde beschlossen, ein gesondertes Mädchenlager zu errichten, ein Jahr später wurde der Plan umgesetzt. In unmittelbarer Nähe des Konzentrationslagers Ravensbrück mussten Häftlinge Baracken bauen. In den Jahren ’42 bis ’45 waren insgesamt ca. 1200 weibliche Jugendliche inhaftiert. Vorgesehen war das Lager für Mädchen und Frauen im Alter zwischen 16 und 19, wobei die Altersgrenze in »begründeten Fällen« unterschritten werden durfte, so dass auch bedeutend jüngere Mädchen eingewiesen wurden.

Einweisungsgründe waren bei den Mädchen neben der angeblichen Aussichtslosigkeit fürsorgerischer Maßnahmen wirkliche oder unterstellte Beteiligung am Widerstand, Verweigerung des BDM -Dienstes, »Arbeitsvertragsbrüche«, und insbesondere »sexuelle Verwahrlosung«. In seiner Schwammigkeit dem Begriff »asozial« ähnlich, wurde unter

[1] Frauen in Konzentrationslagern, S. 300

[2] zit. nach »Wir durften ja nicht sprechen«, S. 12

[3] Ayaß, »Asoziale«, S. 180

[4] L. Toberentz, zit. nach: Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark, S.26

[5] Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark S.27

[6] R. Ritter, zit nach: Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark, S.26

dieser Bezeichnung alles subsumiert, was dem nationalsozialistischen Bild eines »gesunden, sittlichen« weiblichen Privatlebens widersprach: eine Beziehung zu »Fremdvölkischen«, »häufig wechselnder Geschlechtsverkehr«, wobei es reichte, trotz nächtlicher Ausgangssperre auf der Straße angetroffen zu werden oder sich mit einer Geschlechtskrankheit angesteckt zu haben, um unter Verdacht zu fallen. Die Kategorie »sexuelle Verwahrlosung« wurde ausschließlich bei Mädchen und Frauen angewandt und war gleichzeitig der häufigste Einweisungsgrund, wohingegen sie bei Jungs gar nicht zum Tragen kam. Die Leiterin Toberentz erklärte in einem Bericht über das KZ Uckermark: »Ursache und Art des Entgleisens sind immer wieder entscheidend geprägt durch die Triebhaftigkeit, die in Verbindung mit Hemmungslosigkeit und Minderbegabung zur sexuellen Verwahrlosung führt.«[4]

Wie erwähnt kooperierten bei der Einweisung die Fürsorge- und Sozialbehörden eng mit der Kriminalpolizei und der GESTAPO. Die Einweisungsgewalt lag bei der Polizei, sie reagierte auf Anzeigen aus der Bevölkerung, von Eltern und LehrerInnen, sowie auf die Vorschläge der Fürsorgeheime und Sozialbehörden. Nach der Inhaftierung wurden die betroffenen Mädchen und Frauen zunächst zur »Sichtung« in das KZ Ravensbrück gebracht, eine demütigende Prozedur, die Duschen, Kahlschur und »Untersuchung« durch SS-ÄrztInnen beinhaltete, um dann ins KZ Uckermark überstellt zu werden.

Neben der Leiterin Lotte Toberentz, eine Kriminalrätin der Weiblichen Kriminalpolizei (WKP), und ihrer Stellvertreterin Johanna Braach führten ca. 80 weitere angebliche Erzieherinnen die Aufsicht im KZ, jedem Block waren zwei SS-Kräfte der WKP zur »Bewachung und Anleitung der Häftlingsarbeit«[5] zugeteilt. Jeweils achtzehn Mädchen und jungen Frauen lebten in einer Baracke, wobei es verschiedene »Blöcke« gab, in die sie je nach »Schwere des Falls« eingeteilt wurden. So ergab sich ein »Drei-Stufen-System«: Vom sogenannten Beobachtungsblock für die gerade Eingelieferten kamen die Mädchen nach ca. einem halben Jahr in den Block für »Erziehungsfähige« oder den für »Triebhafte, ewige Querulantinnen und Uneinsichtige«. Zusätzlich gab es einen »Sonderblock« für slowenische Mädchen/Frauen, die im Verdacht standen, PartisanInnen unterstützt zu haben, und somit politische Gefangene waren.

Für die Beurteilung innerhalb des »Drei-Stufen-Systems« waren »kriminalbiologische« Gesichtspunkte ausschlaggebend, die von Robert Ritter, Leiter des Kriminalbiologischen Instituts der Sicherheitspolizei, erstellt wurden. In der Bekämpfung der »Asozialen« hatte die Kriminalbiologie im Laufe der dreißiger Jahre eine immer wichtigere Position eingenommen. Sie beruht auf der Prämisse, dass kriminelle und asoziale Verhaltensweisen erblich bedingt seien; Ziel war es, »die Persönlichkeit des Rechtsbrechers und die Ursachen seines dissozialen Handelns zu erforschen.«[6] Das Mädchen-KZ Uckermark galt Ritter als Experimentier- und Forschungsfeld für das »Wachsen und Werden von Verbrecherfamilien«. Dementsprechend hatte in der Beurteilung der Häftlinge das Leben der Eltern einen großen Einfluss: z.B. Alkoholismus eines Elternteils, Unehelichkeit oder Abhängigkeit von Sozialhilfe wirkten sich negativ aus.

Der Alltag der Häftlinge war geprägt von Schikanen und Zwangsarbeit. Es gab elf Arbeitskommandos mit unterschiedlich schwerer Arbeit, u.a. bei Siemens und in der Land- und Forstwirtschaft; im Lager mussten sie z.B. kochen, Puppen für SS-Angehörige nähen oder Kleidung ausbessern. Die Lagerordnung zielte auf totale Isolation der Häftlinge ab: Briefe wurden zumindest zensiert, wenn sie denn empfangen oder verschickt werden durften, und nach innen versuchte man eine Solidarität unter den Häftlingen durch ein 24-stündiges Redeverbot zu verhindern. Ein diesbezüglicher Regelbruch zog schwere Strafen nach sich, z.B. Ohrfeigen, Prügel, Strafstehen, Verwarnungen, Entziehen von Vergünstigungen und Essen, Arrest. Meist wurden auch die arbeitsfreien Sonntage mit Strafen für Verstöße gefüllt.

Nach frühestens anderthalb Jahren oder mit Erreichen der Altersgrenze wurde eine mögliche Entlassung geprüft, auch hierbei basierte die Entscheidung auf den kriminalbiologischen Beurteilungen. Die Frauen aus dem Block für »Erziehbare« mussten nach ihrer Entlassung in der Land-, Forst- oder Hauswirtschaft oder der Rüstungsindustrie arbeiten, die anderen verblieben im nationalsozialistischen Lagersystem; sie wurden ins KZ Ravensbrück oder in sogenannte Pflege- und Heilanstalten überwiesen.

Das Vernichtungslager Uckermark

Ab Ende '44 war in Ravensbrück wie in anderen KZs die Überfüllung dermaßen groß, dass man nach Möglichkeiten suchte, die Vernichtungsmaschinerie zu effektivieren. Weil das Lager Uckermark nah bei Ravensbrück war, dort die Baracken schon vorhanden waren und das SS-Überwachungssystem installiert, bot es sich an, es auch als Vernichtungslager zu nutzen. Der dafür vorgesehene Teil des »Jugendschutzlagers« wurde durch einen Stacheldraht abgetrennt; in diesem Bereich wurden einige Baracken zu Gaskammern umgebaut. In dem Mädchenlager blieben von den Inhaftierten vierzig bis sechzig Mädchen, einige wenige wurden entlassen, der überwiegende Teil wurde nach Ravensbrück oder in andere Lager verlegt. Die Arbeitsun-

fähigen aus Ravensbrück, sowie die Überlebenden des Warschauer Aufstands wurden selektiert und in das neu errichtete Vernichtungslager gebracht. Einige Frauen aus Ravensbrück meldeten sich freiwillig, weil sie dem von den Aufseherinnen lancierten Gerücht glaubten, dass im ehemaligen Jugendlager bessere Arbeitsbedingungen herrschten. In Wirklichkeit wurden die Frauen dort systematisch umgebracht, zum einen durch die weiter verschlechterten »Lebensbedingungen«, z.B.: eine Unterkunftsbaracke für 400 Frauen, stundenlanges Appellstehen, Herabsetzung der Lebensmittelrationen und den Gefangenen wurden Mäntel und Decken weggenommen. Gleichzeitig wurden Frauen gezielt in Gaskammern und mobilen Gaswagen, durch Erschießungen und Giftinjektionen getötet.

Die genaue Zahl der Ermordeten ist nicht bekannt, Schätzungen zufolge wurden zwischen Januar und April 1945 ca. 5000 bis 6000 Frauen ermordet. Zur Tarnung wurde in die Akten der Frauen, die ermordet werden sollten, der Vermerk »Schonungslager Mittwerda« geschrieben.

Am 14. April wurden die letzten noch lebenden Häftlinge überstürzt ins Hauptlager zurückverlegt. Bis zur endgültigen Befreiung fand noch ein weiterer letzter Funktionswandel statt. Das ehemalige »Jugendschutzlager« diente nun als Zwischenstation u.a. für die Überlebenden des Transports aus dem geräumten Konzentrationslager Mittelbau-Dora, der sich mit etwa 4000 männlichen Häftlingen in Bewegung gesetzt hatte. Ende April befreite die Rote Armee die Lager Uckermark und Ravensbrück.

Das Gelände wurde nach Kriegsende zum militärischen Sperrgebiet und z.T. durch die Rote Armee überbaut. 1993 zogen die GUS-Truppen ab, 1997 fanden drei Workcamps statt, um die Fundamente freizulegen und mehr über das Lager herauszufinden. Die Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V. bemüht sich seit Jahren, die Geschichte des Mädchen-KZs bekannter zu machen und die Zerstörung der Spuren und Fundamente aufzuhalten. So konnten durch Proteste die Eröffnung eines bereits gebauten Supermarkts verhindert und der Bau einer Umgehungsstraße verschoben werden.

Inzwischen hat die für das Gelände zuständige Stadt Fürstenberg die Bereitschaft zu einer so weit es geht angemessenen Gestaltung des Areals signalisiert und schrieb einen Internationalen Landschaftsplanerischen Ideenwettbewerb für eine Gesamtkonzeption aus, wobei die Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis nicht einbezogen wurde. Eine Auflage des Wettwerbs war, eine möglichst kostengünstige Idee zu entwickeln. Doch auch eine Umsetzung der »Billigpläne« ist mit der Begründung mangelnder Finanzierungsmöglichkeiten ausgesetzt worden. Eine Gedenkstätte, die auch ausdrücklich auf das KZ Uckermark und seine Hintergründe eingeht, wird es nicht geben.

Nach '45: Aus dem öffentlichen Bewusstsein verbannt

Auch nach 1945 setzte sich der Leidensweg für die im Nationalsozialismus als »Asoziale« verfolgten Menschen oftmals fort. Das harte Vorgehen gegen »Asoziale«, die der NS-Ideologie folgend mit »Kriminellen« gleichgesetzt wurden, wurde in der Nachkriegszeit als positiv gewertet. Zwangsarbeit, KZ, Misshandlungen dieser Menschen galt nicht als NS-Unrecht. Im Bundesentschädigungsgesetz (BEG) von 1953, das Entschädigung im Sinne von Schadensausgleich gar nicht vorsah, wurde anerkannt, dass »Personen, die wegen ihrer politischen Überzeugung, aus Gründen der Rasse, des Glaubens oder der Weltanschauung unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft verfolgt worden sind, Unrecht geschehen ist.«[7] Mit dieser Formulierung wird die Sicht der TäterInnen reproduziert, nicht die Verfolgung und Verschleppung ins KZ, sondern die Motivation der Nazis ist der Maßstab für die Eingriffe bzw. Zerstörung der Menschenwürde. Dadurch bleiben viele Gruppen und Einzelpersonen stigmatisiert und als Opfer aus dem öffentlichen Bewusstsein ausgeschlossen, z.B. auch Homosexuelle, Behinderte, sogenannte »Arbeitsscheue«, Prostituierte und andere, die als »Unwerte« kategorisiert wurden.

Viele schämten sich für ihren Aufenthalt im KZ Uckermark, hielten es sogar vor engsten Verwandten geheim; eine Organisation fand kaum statt, auch weil sie als »Nicht-politisch-Verfolgte« aus Überlebendenverbänden ausgeschlossen wurden.

Im Fall der »Jugendschutzlager« ergibt sich die zusätzliche Härte, dass sie erst 1970 als Konzentrationslager anerkannt wurden. Das Lager Uckermark wurde zuvor als Fürsorgeheim gesehen, die vielfältigen Anbindungen an das FKL Ravensbrück, der Einsatz von SS-Kräften und ähnliches galten in den Prozessen als sekundär. Keine der Verantwortlichen wurde nach 1945 bestraft. Lotte Toberentz (Leiterin) und Johanna Braach (Stellvertreterin) wurden zwar wegen Misshandlungen angeklagt, aber aufgrund mangelnder Beweise nicht verurteilt. Im Gegenteil, alle Aufseherinnen konnten bruchlos ihre Berufe wiederaufnehmen und als z.B. Kriminalbeamtinnen und Sozialarbeiterinnen arbeiten. Die Aufseherinnen, die im Mädchen-KZ den Frühsport abhielten, wurden danach oft als Turnlehrerinnen beschäftigt.

Entschädigungen für die ehemaligen Inhaftierten wurden kaum gezahlt. Nach Anerkennung von Moringen und Uckermark als KZs gab es eine halbjährliche Frist, in denen sie Anträge auf »Wie-

[7] zit. nach Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark, S. 210

dergutmachung« stellen konnten. Die Betroffenen erfuhren davon nichts oder viel zu spät, da diese Maßnahme nur im Bundesgesetzblatt veröffentlicht wurde. Seit den '80er Jahren gibt es in zwar in einigen Bundesländern Härtefonds, um aber die meist geringfügigen Zahlungen zu erhalten, müssen die Opfer langwierige, komplizierte und oft demütigende Prozesse führen.

Literatur: (Hg.) Füllberg-Stolberg, Claus u. a.: Frauen in Konzentrationslagern. Bergen Belsen, Ravensbrück. Bremen 1994.
(Hg.) Limbächer, Katja; Merten, Maike; Pfefferle, Bettina: Das Mädchenkonzentrationslager Uckermark. Beiträge zur Geschichte und Gegenwart. Münster 2000.
Klarenbach, Viola; Höfinghoff, Sandra: »Wir durften ja nicht sprechen. Sobald man Kontakt suchte mit irgendjemandem, hagelte es Strafen.«. Das ehemalige Konzentrationslager für Mädchen und junge Frauen und spätere Vernichtungslager Uckermark. Berlin 1998.
Ayaß, Wolfgang: »Asoziale« im Nationalsozialismus. Stuttgart 1995.

Die letzte große Kooperation mit dem BgR 2004 trug den Titel »Die neue Heimat Europa verraten. Keine Kollaboration mit der europäischen Nation.« Veranstaltungstouren durch viele Städte standen im Mittelpunkt der Kampagne, das Thema Europa- / EU-Kritik sollte Teil der linksradikalen Agenda werden.

Die neue Heimat Europa verraten

Aufruf des BgR und des AFBL zur bundesweiten Demonstration am 24.Juli 2004

Deutschland greift nach den Sternen. Nicht einmal ein Jahrzehnt nach der Niederschlagung der deutschen Barbarei wurde am 24.Juli 1952 einer der Grundsteine für den Wiederaufstieg Deutschlands gelegt. An diesem Tag wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, oft auch Montanunion genannt, Realität. Aus dieser vorerst wirtschaftlichen Vereinigung im Rahmen der Westanbindung ging ein halbes Jahrhundert später die Europäische Union hervor. Die fortschreitende europäische Integration ist heute weit mehr als eine bloße Wirtschaftsunion und entfaltet im wiedervereinigten Deutschland eine erstaunliche Dynamik auch geschichtspolitischer Dimension. Nach dem Vertrag von Maastricht 1992 steht mit der bevorstehenden Einigung auf eine gemeinsame europäische Verfassung eine weitere Stufe in diesem Prozess bevor. In lebhaften Diskussionen um eine europäische Identität in Abgrenzung zum »amerikanischen Modell« wird die Herstellung einer solchen Identität als eine der »großen Herausforderungen der Zukunft« verstanden, der sich die »europäische Schicksalsgemeinschaft« zu stellen habe. (Zitate: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik) Zu erläutern, warum Europa für eine radikale Linke genauso wenig ein positiver Bezugspunkt sein kann wie Deutschland, soll Aufgabe dieses Aufrufes sein.

Deutsche Geschichte auf dem Weg nach Europa

Neben der Gründung des Vorläufers der Europäischen Union jährte sich der Tag der Landung der Alliierten in der Normandie, der so genannte D-Day, im Juni zum sechzigsten Mal. Bei den Feierlichkeiten gab es in diesem Jahr ein Novum: erstmals war ein deutsches Regierungsoberhaupt zu den zentralen Feierlichkeiten in die Normandie geladen. Der Festakt war mit dieser neuen Zusammensetzung der TeilnehmerInnen in erster Linie Bestandteil einer politischen und symbolischen Strategie, eine europäische Großmacht nicht nur mit ökonomischen und machtpolitischen Argumenten zu begründen. Wenn Schröder in der Normandie an dem Ort, wo einst entscheidend zur Niederlage des deutschen Nationalsozialismus mit seinem Vernichtungswahn beigetragen wurde, auch einen Kranz für die gefallenen deutschen Wehrmachtssoldaten niederlegt, wird eine Befreiung von der Geschichte geradezu zelebriert. Das heutige Deutschland wird dabei zu einem normalen, rechtmäßigen Teilnehmer an den Feierlichkeiten. Die Einladung ist ein Erfolg für die rot-grüne Geschichtspolitik – das moderne Deutschland kann sich gerade wegen seiner Geschichte als Antrieb für ein starkes und durch die deutsche Barbarei zusätzlich historisch-moralisch legitimiertes Europa präsentieren. Der Zweite Weltkrieg wird nicht als »deutsches Verbrechen mit universellem Ausmaß« (Salomon Korn) gesehen, sondern zur europäischen Katastrophe umgedeutet, aus der die Notwendigkeit für ein geeintes Europa ableitet wird. So fungiert der Zweite Weltkrieg – und damit auch der Holocaust – als Gründungsmythos der Europäischen Union.

Deutschland nutzt diese Gelegenheit, um die Geschichte der deutschen Verbrechen während des Nationalsozialismus, ja die deutsche Nationalgeschichte im Allgemeinen, in einem europäischen Zusammenhang zu entwirklichen. Eine verallgemeinerte Leidenserfahrung ist der Kitt für diese Art der Geschichtsinterpretation, und bewusst wird hierzulande auf Differenzierungen zwischen nationalsozialistischer Wehrmacht und alliierten Truppen verzichtet. Deutsche TäterInnen können so unter die Opfer subsumiert werden, und der gesamte historische Kontext, die Fragen nach den Ursachen, bleiben außen vor.

Befördert wird dies auch durch das Interesse an einer gemeinsamen europäischen Geschichtsschreibung, die eine Schuldabwehr für Deutschland erleichtert. Gerade offizielle Verlautbarungen der EU unterstreichen die gemeinsame Vergangenheit immer wieder, um eine nationale Identität als EuropäerIn konstruieren zu können. Diese Vergangenheitspolitik, an der gerade Deutschland ein großes Interesse hat, ist Teil eines europäischen Prozesses, der als Nationalisierung bezeichnet werden

kann. Konstruktionen und Ideologien, die bereits zu Zeiten der Nationalstaatenbildung wirkten, werden nun in Bezug auf einen »Staat Europa« erneut herangezogen. Der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas wird unter anderen über die Konstruktion einer gemeinsamen europäischen Geschichte ein modernisiertes Identifikationsmodell zur Seite gestellt. Sowohl dem Tod deutscher als auch alliierter Soldaten wird ein historischer Sinn zugeschrieben und dient im Nachhinein etwas Höherem.

Die Auschwitz-Rhetorik im Vorfeld des Jugoslawienkrieges hatte die Richtung bereits vorgegeben: Geschichte wird nicht vergessen, wie es u.a. Walser verlangte, sondern nutzbar gemacht. Ein Ende dieser perfiden Argumentation, der Legitimierung von außenpolitischen Entscheidungen mit dem Nationalsozialismus und einer aus ihm entstandenen vermeintlichen besonderen Verantwortung Deutschlands, ist nicht abzusehen. Die Teilnahme am D-Day-Gedenken in der Normandie ist somit lediglich ein Beispiel für diese Normalisierung. Deutschland wird seine Interessen überall verteidigen oder durchsetzen – in Europa, gegen oder mit den USA und sogar in Israel. Der Einsatz deutscher SoldatInnen in Israel ist eine Option, die bekanntlich bereits diskutiert wird. Und immer wird die in einen europäischen Kontext gesetzte deutsche Geschichte herangezogen. Neben einer moralischen Absicherung weltweiter Interventionsbefugnisse dient diese Geschichtspolitik der besonderen Selbstvergewisserung der Deutschen. Als späte SiegerInnen und europäisch geläuterte Opfer der Geschichte ist ein positiver, identitärer Bezug, sei es auf die Heimat, die eigene Region, Nation oder Europa leichter als jemals nach 1945.

Europa einig Vaterland

Die Entwicklung zu einem Nationalstaatsmodell Europa wird auf mehreren Ebenen vorangetrieben. Sowohl in der Wirtschafts-, Sicherheits- und der Außenpolitik läuft eine Europäisierung auf Hochtouren, ideologisch unterfüttert durch Nationalismus und Heimatkonstruktionen. Trotz unterschiedlicher Positionen, Widerstände und Widersprüche zwischen den einzelnen Staaten ist der Integrationsprozess gemeinsamer Konsens.

Nach den Anschlägen von Madrid richteten sich die Aufrufe mancher Regierungschefs und EU-FunktionärInnen an das »europäische Volk«. Dies scheint mehr als pures Lippenbekenntnis zu sein: die Folgen der terroristischen Anschläge treiben die europäische Integration weiter voran. Insbesondere Überlegungen aus Spanien und Polen, die EU-Verfassung – das zentrale Dokument für eine »Nation Europa« – unter neuen Gesichtspunkten zu verhandeln, aber auch die Erwägung, die Truppen ohne UN-Mandat aus dem Irak abzuziehen, zeigen, dass die Europäisierung auch auf eben noch stockenden Teilbereichen weiter voranschreitet.

Spätestens seit dem Schengener Abkommen und dem Vertrag von Maastricht Anfang der 90er Jahre wird die sicherheits- und außenpolitische Integration intensiviert, z.B. über europäische Polizei, Geheimdienstkoordination, Grenzregime und EU-Militär. Die EU-Osterweiterung wird zum Anlass genommen, Ängste zu schüren, welche als Begründung für einen stärkeren Ausbau der Grenzkontrollen dienen.

Auf keinem Gebiet wurde in den letzten Jahren so viel, so schnell und so unbürokratisch vergemeinschaftet wie in der europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik. Sie führt die rassistische AusländerInnenpolitik der Einzelstaaten auf EU-Ebene fort und reproduziert damit auf einer höheren Ebene nationalstaatliche Ein- und Ausschlüsse. EU-Abschottungspolitik wird jedoch zunehmend durch Migrationsmanagement und -kontrolle ergänzt. Ökonomisch verwertbaren MigrantInnen wird – meist nur temporär – eine Tür zum europäischen Arbeitsmarkt geöffnet, wenn es auf diesem wahlweise an Fachkräften oder an BilliglohnarbeiterInnen mangelt. Für die Unerwünschten, die den Nützlichkeitskriterien nicht entsprechen, bleibt Europa jedoch eine Festung. Aktuell werden verstärkt Sicherheitserwägungen als Begründungen für die Verschärfungen des Asylrechts herangezogen – mit der Angst vor Terroranschlägen lässt sich rassistische Politik unkompliziert durchsetzen.

Die reale Politik Europas hat nichts mit emanzipatorischer oder auch nur sozialer Politik zu tun. Das mag wie ein Allgemeinplatz klingen, bleibt aber wichtig zu erwähnen, weil es auch in Teilen der Linken Stimmen gibt, die sich positiv auf Europa beziehen. Während Teilbereiche an Europa durchaus kritisiert werden, z.B. Asylpolitik und Sozialabbau, wird Europa trotzdem als Projektionsfläche benutzt, um eine neue Heimat – außerhalb von Deutschland – zu finden. Dabei wird genau das Identifikationsangebot der bürgerlichen Politik angenommen. Eine besondere Bedeutung hat dabei die Präsentation Europas als Alternative zu den USA.

Der Alptraum einer europäischen Weltordnung

Die politischen Differenzen innerhalb Europas, wie sie angesichts des Irakkrieges deutlich geworden sind, bezeugen, dass Europa in vielen Bereichen noch nicht mit einer Stimme sprechen kann. Aber auch wenn der Entwicklungsstand sowie der realpolitische Einfluss einer »Nation Europa« dem Wunschbild einer den USA auf allen Ebenen ebenbürtigen Weltmacht noch weit hinterherhinkt, sind die darauf ausgerichteten Bestrebungen

doch bereits realitätsbildend. Die Politik ist darauf ausgerichtet, im ökonomischen Bereich mit den USA gleichzuziehen bzw. diese zu überholen und auf militärischem Gebiet zumindest unabhängig und eigenständig agieren zu können. Auch wenn gegenwärtig eine direkte Konfrontation nicht denkbar ist, zeigt die gewollte Konkurrenzsituation bereits Auswirkungen. Im Nahen und Mittleren Osten können Regime und Terrorgruppen auf europäische Duldung und teilweise Unterstützung zählen, die einer Neuordnung der Region nach amerikanischer Vorstellung entgegenstehen. Das zerstörerische Potential dieser alternativen Weltordnungspolitik wird dabei nicht zuletzt durch die Duldung und Unterstützung von AkteurInnen deutlich, die Selbstmordanschläge in Israel unterstützen.

Innerhalb und außerhalb Europas basiert die Vorstellung einer alternativen Weltordnung auf der hasserfüllten Abgrenzung vom amerikanischen »Weltpolizisten« und vom »Raubtierkapitalismus«. Diese Abgrenzung fungiert als kollektives Bindemittel, welches über die einzelnen europäischen Nationen hinaus Zusammenhalt stiftet. Dabei werden in Europa Traditionen mobilisiert, die den Unterschied zu den USA hervorheben und sich als geeignetes Instrument gegen das zurzeit herrschende Machtungleichgewicht zwischen der EU und den USA erweisen. Die Verteidigung des Völkerrechts und die deutsche Betonung der Rechte von Volksgruppen, die Mobilisierung sozialer Unterschiede und das Schüren religiöser Konflikte haben sich schon im 20. Jahrhundert als ebenso wirkungsvoll wie verheerend erwiesen. Angesichts der militärischen Unterlegenheit gegenüber den USA zeigt sich heute, dass diese Traditionen nie abgebrochen sind. Wobei sich die EuropäerInnen trotz der mörderischen Geschichte einer solchen Weltordnungsalternative mit ihren Strategien auch noch kulturell und moralisch erhaben fühlen.

Gerade was die einzelnen Instrumente der Außenpolitik betrifft, kann zwar noch nicht von einer einheitlichen europäischen Außenpolitik gesprochen werden, deutlich ist jedoch, dass bei der Herstellung einer gemeinsamen Außenpolitik der EU vor allem Deutschland und Frankreich die treibenden Kräfte sind. Dabei können auch ideologische Gegensätze, wie das deutsche, traditionell völkische Denken, überbrückt werden. Daraus resultierendes Handeln, wie die deutsche Volksgruppenpolitik, wird gegenwärtig auch von Deutschland nicht als bloßer Selbstzweck verfolgt. Zwar sind völkische Vorstellungen innerhalb von Konfliktbewertungen und strategischen Überlegungen immer präsent, ihre aktive Verfolgung bettet sich jedoch in eine kalkulierte Interessenpolitik ein. So kann auch die Hofierung des Dalai Lama in Deutschland nicht darüber hinwegtäuschen, dass die explizite Unterstützung der Unabhängigkeitsbestrebungen Tibets, die eine völkische Politik nahe legen würde, zugunsten wirtschaftlicher Interessen in China ausblieb. Ganz ähnlich wird der Interessengegensatz zwischen völkischer und zweckrationaler Politik zugunsten letzterer im Umgang mit der russischen Tschetschenienpolitik aufgelöst.

Zwar steuern weder die Entwicklung einer europäischen Ökonomie noch die Aufrüstungsziele der EU gerade auf einen innerimperialistischen Showdown zu, ideologisch aber wird die Kampfansage bereits formuliert. Das sichert den Rückhalt in der Bevölkerung, denn die positive Identifikation mit Europa basiert auf dieser Feindbildkonstruktion, und die USA sowie Israel gehören zu den zentralen Feindbildern in der europäischen Bevölkerung. Anti-Amerikanismus bildet die emotionale Grundlage für die Zustimmung breiter Bevölkerungskreise und ebenso von Teilen der Linken in Deutschland und anderswo zum Projekt Europa. Ganz offensichtlich wurde dies während des Irakkriegs in der »neuen Friedensbewegung«: Antiamerikanismus war augenblicklich abrufbar und machte das Gefühl, auf einer besseren Seite zu stehen, erst möglich. Der positive Bezug auf ein »soziales Europa« und die Solidaritätsadressen an die palästinensische Intifada sind als deutliche Kampfansage der europäischen Bevölkerung an die USA und Israel zu verstehen. Das heißt allerdings nicht, dass sich die europäische Identität in der Abgrenzung zu den USA erschöpft. So knüpft sie, beispielsweise den Rassismus betreffend, vielfach an die in den nationalen Identitäten enthaltenen Ausgrenzungen an.

Die Linke als Teil des Problems

In Europa schreiten die Großmachtbestrebungen weiter voran. Und in der Zwischenzeit werden Allianzen mit autoritären Regimes geschlossen, separatistische Volksbewegungen unterstützt oder es wird auch schon mal offensiv die Hilfe beim Kampf gegen den islamistischen Terror im Irak verweigert. Während also die europäische Außenpolitik jeden Anlass bietet, ihr entgegenzutreten, entdeckt die europäische Linke die Interpretationsmuster des Kalten Krieges wieder: die USA als Hauptfeind, der Protest gegen die Amerikanisierung als kulturelles Amalgam und Israel als Speerspitze des Imperialismus und mithin größte Bedrohung für den Frieden auf der Welt. Unter solchen Bedingungen erscheint Al Qaida, wenn nicht als grundsätzlich durch die amerikanisch diktierte Weltordnung legitimiert, so doch als gerechte Geißel, die den Krieg gegen die Unterdrückten ins Herzen der Bestie zurückträgt. Und der inzwischen jeglicher fortschrittlichen Fassade entkleidete palästinensische

Kampf für die Vernichtung Israels und die Errichtung eines islamistischen Staates Palästina wird weiter zum sozialen Widerstand gegen eine völkerrechtswidrige Besetzung verklärt. Auf linker Seite werden so die negativen Seiten der alternativen europäischen Weltordnungsphantasien noch gesteigert. Europa erscheint dieser Linken folgerichtig als kleineres Übel und als Chance, dem amerikanischen Hauptfeind entgegentreten zu können.

Wenn Antiamerikanismus und Antisemitismus als wichtige Elemente einer europäischen Identität angesprochen werden, dann weil es sich bei ihnen nicht zuletzt um linke Welterklärungsansätze handelt, die ihren Weg zurück in jenes Massenbewusstsein gefunden haben, aus dem sie ursprünglich stammten. Doch auch weitere Wesensmerkmale in der Legitimation Europas stimmen mit in der Linken gepflegten Vorstellungen überein. So wandelt sich europafreundlicher Antimilitarismus unter den Bedingungen der militärischen Unterlegenheit in das Lob ziviler Konfliktlösungsmodelle. Abgesehen davon, dass sich die Militarisierung der EU-Außenpolitik nichts desto trotz weiter vollzieht, weil die Mehrheit der BefürworterInnen einer europäischen Gegenmacht die Notwendigkeit unabhängiger militärischer Ressourcen einleuchtend finden muss, werden vom antimilitaristischen Lager die Instrumente der europäischen Interessenverfolgung als fortschrittlich verklärt. Dabei sind es nicht zuletzt die Interventionen unterhalb des militärischen Eingreifens, die zur Ausweitung des eigenen Machtbereichs, der Destabilisierung anderer Staaten und für die Durchsetzung der Volksgruppenpolitik genutzt werden. Warum solche Mittel im Gegensatz zu militärischen Interventionen stehen oder auch nur ein kleineres Übel darstellen sollen, bleibt nach der Erfahrung der Zerschlagung Jugoslawiens und den bis heute andauernden Übergriffen der albanischen Volksgruppe auf alle anderen unbegreiflich.

Ähnlich absurd sind die Bezüge auf die Tradition der sozialen Befriedung in Europa, die es gegen die Globalisierung und die für sie angeblich hauptsächlich verantwortliche USA zu verteidigen gälte. Diese Sicht auf Globalisierung verwandelt ihre Kritik zwangsläufig in einen Beitrag zur Restauration des Nationalen, ist der Nationalstaat doch für sie die einzige Instanz, die soziale Standards sichern kann. Europa als modernisiertes nationales Projekt ist deshalb das wirkliche Ziel der Altermondialisation, der »alternativen Globalisierung«. In ihm scheinen die nationalen Grenzen überwunden und zugleich die Rolle des starken Staates erhalten. Dass Europa prinzipiell eine Tradition habe, die sozialer sei als das kapitalistische Modell in den USA, bleibt dabei – egal ob in antiamerikanischer oder proamerikanischer Pose geäußert – ein Mythos. Der Projektion vom »sozialeren Europa« widerspricht schon ganz offensichtlich, dass die sozialen Differenzen innerhalb der Länder der EU durchaus erheblicher sind, als beispielsweise zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten.

Jedoch weisen die Differenzen in den jeweiligen auch linken Diskursen über das Soziale auf unterschiedliche ideologische Verfasstheiten der Gesellschaften hin. Liegt der Diskussion in den USA eher ein individualistisches und von Staat distanzierteres Verständnis des Sozialen zugrunde, so lässt sich speziell den Deutschen ein (volks-)gemeinschaftlicheres und staatsaffirmativeres Denken bescheinigen. In jedem Fall gehört der Mythos vom »sozialen« wie auch der vom »zivilen Europa« zur Verklärung der Politik in der eigenen Heimat, mit der sich das europäische Kollektiv als Konkurrenzmacht konstituiert. Ihm entspricht der Wahn, Europa würde der Welt aufgrund einer höheren kulturellen Qualität des eigenen Strebens zu Zivilität und ewigem Frieden verhelfen. Die Linke vertieft diesen Wahn, denn während auf der Ebene der realen politischen Entscheidungen Faktoren vom gemeinsamen transatlantischen Antiterrorkampf bis zur einflussreich politisch verteidigten Wirtschaftsinterdependenz nicht aufhören, eine Rolle zu spielen, ist sie in ihren Entwürfen einer anderen Welt nicht an solche Überlegungen gebunden.

Ganz folgerichtig bringt eine Linke, die sich auf die alten Welterklärungsmuster stützt, dem modernisierten Nationalstaatsprojekt und der Praxis kapitalistischer Interessenspolitik keinen vernehmbaren Widerstand entgegen, sondern beteiligt sich stattdessen an den Europa gewidmeten Legitimationsdiskursen des gesellschaftlichen Mainstreams. Doch gab es in der Folge der Wiedervereinigung in Deutschland auch schon den Beginn einer anderen Tradition. In den neunziger Jahren ließ sich zumindest für die Radikale Linke die Hoffnung hegen, dass sich Heimat- und Nationenkritik zu einem Standardrepertoire entwickeln würden. Allerdings verlieren diese Erkenntnisse in der konkreten praktischen Orientierung von heute immer mehr an Bedeutung. Selbst dort, wo nationalstaatliche Orientierungen, Antisemitismus und Antiamerikanismus als kennzeichnende Bestandteile der real existierenden Bewegungen analysiert werden, werden von den Antifas der Neunziger heute Bündnisse gegen Globalisierung, Krieg oder Sozialabbau gesucht. Statt über eine deutliche Polarisierung die Position einer radikalen Gesellschaftskritik überhaupt erkennbar zu machen, wirken jene Gruppen in diesen Bündnissen an der Durchsetzung moderner systemaffirmativer Kollektividentitäten mit und werden so, statt zur Vorreiterinnen eines emanzipatorischen Aufbruchs, zu Trägerinnen deutsch-europäischer Ideologien.

Gerade in Deutschland zeigt sich dabei, dass der Bezug auf eine europäische Identität heute die zentrale Klammer zwischen der fortgesetzten Simulation außerparlamentarischer Opposition und dem Hauptstrom nationalstaatlicher Politik ist. So wird ein Großteil der Linken hierzulande zu einem Trittbrettfahrer bei einem Prozess, der Deutschland doppelten Mehrgewinn verspricht. Zum einen scheint über die Schaffung einer europäischen Identität die Modernisierung der Nationalstaatsideologie zu gelingen, welche die Menschen dem flexibilisierenden Verwertungsprozess angepasst an die kapitalistischen Verhältnisse bindet. Darüber hinaus oder besser in diesem Zusammenhang gelingt es Deutschland, die Bedeutung der NS-Verbrechen in bisher nicht gekanntem Ausmaß zu relativieren. Im gesamteuropäischen Erinnern geht die deutsche Schuld verloren und jegliche Ursachenbestimmung verkommt zur Farce.

Jenseits der Bekenntnispolitik

Es ist mit Blick auf die derzeitige Funktion der Friedens- und globalisierungskritischen Bewegungen als Legitimitätsbeschafferinnen für ein deutsch-europäisches Großmachtprojekt und ihre ideologische Verfasstheit heute notwendig, die Kritik an der Linken praktisch werden zu lassen. Doch diese Auseinandersetzung kann nur ein erster Schritt sein. Die Analyse der deutsch-europäischen Großmachtambitionen und der antiamerikanisch/antisemitischen Ideologie, auch außerhalb der Grenzen Europas, ruft nach offensiver Auseinandersetzung durch eine antideutsche und damit notwendigerweise antieuropäisch-kosmopolitische Linke. Der tatsächliche Widerstand gegen Antisemitismus und Antiamerikanismus beschränkt sich bisher weitgehend auf Bekenntnisse. Die Beschäftigung mit der europäischen Realität ist nicht nur ein Vehikel, diesen Bekenntnissen eine Richtung zu geben. Weil sich im transformierenden Europa Antiamerikanismus und Antisemitismus dauerhaft organisieren und beide in der europäischen Identität eine modernisierte Grundlage finden, wird Europa geschichts- und realpolitisch zu einer ebenso dauerhaft zu bekämpfenden Größe.

Die Entwicklung einer Praxis gegen das Projekt einer europäischen Gegenmacht weist dabei über die Beschreibung einer Welt hinaus, in der antiemanzipatorische Bewegungen die Vorstellung vom ganz Anderen des Kapitalismus genauso dominieren, wie der Kampf der USA und ihrer Verbündeten gegen diese reale Bedrohung das Bild von Freiheit und Emanzipation prägt. Nur in der Auseinandersetzung mit den in und über Europa verfolgten Strategien einer alternativen Weltordnung, nur im offenen Gegensatz zu Antiamerikanismus und Antisemitismus entsteht die Möglichkeit, Emanzipation wieder zu denken.

Das gilt nicht nur für eine antideutsche Linke. Auch für eine antikapitalistische Linke muss es von Interesse sein, die Ablehnung Europas damit zu begründen, dass es sich hierbei um ein modernisiertes Nationalstaatsprojekt handelt. Die herrschende Organisationsform des Kapitalismus wird mit Europa nicht aufgelöst, sondern höchstens Bezugs- und Legitimationsebenen verändert. Auch weiterhin dient die Nation den Interessen des Kapitals, auch weiterhin bleibt sie Rahmen und Begründung für staatliche Unterdrückung, für rassistische Ausschlüsse sowie für die ideologische Nivellierung sozialer Unterschiede. Die vorgestellte und praktizierte Gemeinschaft widerspricht auch im europäischen Rahmen der freien Entfaltung der Menschen. Wie immer diese auch letztendlich aussehen mag, eine europäische Nation wird schon für den Gedanken daran zu einer Grenze, gegen die sich linker Kosmopolitismus wenden sollte.

Die Wirkung des Bezugs auf eine Heimatkonzeption, egal mit welchen Argumentationsmustern er jeweils erfolgt, belegen inzwischen eine ganze Reihe bekannter historischer Vorläufer: von der deutschen Sozialdemokratie bis zur Heimatliebe der Umweltbewegung – am Ende der Orientierung stand nicht mehr die linke Kritik, sondern die Identifikation mit den herrschenden Verhältnissen. Die neue Heimat Europa bildet da keine Ausnahme. So heftig auch die Auseinandersetzungen um ein »soziales Europa« geführt werden mögen – die emanzipatorische Überwindung des Kapitalismus ist mit dieser Parole bereits ausgeschlossen. Statt einer Radikalisierung des uneinheitlichen Unbehagens an der Entwicklung des Kapitalismus führt der Bezug auf Europa geradewegs in institutionalisierte Interessenvertretung und den Versuch der Neuaushandlung der alten Sozialstaatsübereinkünfte. Insofern wenden wir uns nicht nur als KritikerInnen nationaler Identität gegen Europa und seine ProtagonistInnen. Als AntikapitalistInnen vertreten wir eine radikale Position, die neben dem Widerspruch zwischen europäischer Sozialstaatsideologie und der neoliberalen Realität auch noch den Zweck der einstigen Klassenkompromisse zu kritisieren weiß. Dieser bestand nicht ausschließlich darin, das schönere Leben möglich zu machen, auch wenn Forderungen individuell natürlich tatsächlich die Verbesserung der Lebenssituation zum Ziel hatten. Vielmehr diente er immer dazu, auch nach Krankheit und Arbeitslosigkeit die Ware Arbeitskraft wieder der Verwertung zuführen zu können und für Ruhe und Ordnung an der Heimatfront, also für die Absicherung des kapitalistischen Betriebsfriedens, zu sorgen.

Für eine Linke, die sich weder vom antinationalen und sozialem noch vom zivilen Schein der Europakonzeption, für die es bereits jetzt eine gesellschaftliche Mehrheit gibt, dumm machen lässt, muss es heute darum gehen, gegen den europäisch-antiamerikanischen Konsens Position zu beziehen. Denn es ist sicher, dass Europa kein Projekt emanzipatorischer Veränderungen ist oder sein wird: an keiner Stelle weist es über die Zumutungen kapitalistischer Verhältnisse hinaus. An keiner Stelle verspricht es eine bessere Welt. In der sozialstaatlichen Befriedung von sozialen Widersprüchen, die vermehrt eine ideologische Setzung ohne materielle Entsprechung ist, und der Forderung nach einem »sozialen Europa« schwingt die Bejahung der Grundlagen der kapitalistischen Organisation und von Staat und Kapital mit. Im Ruf nach einer europäischen Weltordnungspolitik verbergen sich die zivilisatorisch bemäntelten, fatalen Strategien einer Mindermacht, die auf antiemanzipatorische, insbesondere antiamerikanische und antisemitische Kräfte zu setzen bereit ist, um ihre Unterlegenheit auszugleichen. Sich dagegen deutlich zu positionieren, ist unsere Aufgabe.

Links ist da, wo keine Heimat ist.

Keine Nation Europa, kein Deutschland!

Dies ist die verschriftlichte Form eines Vortrags zu Täterinnenrollen von Frauen im Nationalsozialismus, der zu verschiedenen Gelegenheiten von Vertreterinnen des AFBL gehalten wurde. Zum ersten Mal haben wir die Rolle von Frauen im NS anlässlich der Ausstellung »Ihr seid nicht vergessen« Das Frauen- und Mädchen KZ Uckermark diskutiert (s. CEE IEH #102, September 2003).

Frauen als Täterinnen im NS

Wenn heute von den Verbrechen, die im Nationalsozialismus begangen wurden, gesprochen wird, werden meist nur Männer in den Mittelpunkt der Verurteilung gerückt. Frauen hingegen entlässt man aus ihrer Verantwortung, da sie nur im angeblich unpolitischen Privaten agiert hätten. Aber nicht nur das, Frauen werden als Opfer des Nationalsozialismus begriffen, die egal ob arisch, jüdisch, oder sonst wie alle unter diesem System gelitten hätten. Diese Gleichstellung von Täterinnen und Opfern gilt es aufs schärfste zu verurteilen.

Warum es meiner Meinung nach so schwer ist, Frauen als Täterinnen zu begreifen, hat mehrere Gründe:

1. Sicherlich war das NS-Regime ein strikt patriarchales System, wo arische Frauen zwar gleichwertig waren, jedoch geringe politische Macht hatten. Dies bedeutet aber auf keinen Fall, dass Frauen nicht das System unterstützt und mitaufgebaut hätten, denn der Nationalsozialismus war keine diabolische Diktatur von oben, wo alle ArierInnen zum Mitmachen gezwungen werden mussten. Es waren ganz normale BürgerInnen, die absolut einverstanden waren, dass JüdInnen keine Geschäfte führen durften und Menschen, die von der nationalsozialistischen Norm abwichen weggesperrt und später ermordet wurden. Frauen wie Männer waren nicht nur einverstanden, sondern etablierten erst dieses barbarische System.

2. Ein weiterer Grund, der die Sicht auf die Täterschaft von Frauen versperrt, ist die angebliche Friedfertigkeit und Fürsorglichkeit von Frauen. Dass dies aber keine angeborenen Eigenschaften von Frauen sind, zeigt der Nationalsozialismus besonders drastisch. Denn jegliches Mitgefühl endete an den Grenzen der Volksgemeinschaft. So konnte jede noch so fürsorgliche und liebevolle Mutter, Schwester und Ehefrau gleichzeitig eine unglaublich brutale und gefühlskalte Folterin und Mörderin von allen Menschen, die nicht in die Kategorien arisch, Mann, Frau und gesund fielen, sein.

Ein Beispiel dafür ist die KZ-Oberaufseherin Johanna Langefeld, die deutsche politische Häftlinge verschonte, jüdischen Häftlingen gegenüber jedoch kein Mitleid empfand und sie z.T. tagelang ohne Wasser und Essen ließ.

3. Ein dritter Grund ist der androzentrische Blick auf Gesellschaft, der weibliche Handlungsfelder übersieht. Hausarbeit, Erziehung, Pflegetätigkeiten etc. werden als harmlos und unpolitisch gedacht, dabei war gerade das NS-System dadurch gekennzeichnet, dass das Private politisch war. So dass es keine Handlungen gab, die das System nicht gestützt und ermöglicht hätten.

4. Die Täterschaft von Frauen zu erkennen bedeutet, den Blick auf die Lebenswelt des NS zu richten und nicht bei der Betrachtung und Schuldzuweisung an hervorstechenden Personen wie Hitler, Himmler, Göring stehen zu bleiben. Der Nationalsozialismus war ein alle Lebensbereiche umfassendes System, an dessen Stabilisierung Frauen genauso wie Männer beteiligt waren.

Im Folgenden will ich verschiedene Wirkungsfelder von Frauen im NS aufzeigen.

Als größtes Wirkungsfeld von Frauen ist der Alltag zu werten. Die nationalsozialistische Geschlechterideologie vertrat einen absoluten Biologismus. Frauen waren von Natur aus sorgende Mütter und Hausfrauen. Dies ging mit einer Heroisierung und Aufwertung dieser Aufgaben einher. Die Rolle der Frauen wurde nicht als Privatangelegenheiten aufgefasst, sondern als ein Akt des Politischen. Die Hauswirtschaft wurde als Teil der Volkswirtschaft begriffen und gerne richteten sich die Frauen danach, was dem eigenen »Volk« angeblich nütze: Sie kauften nicht mehr bei jüdischen HändlerInnen ein, heirateten keine Juden, pflegten keinen Umgang mit ihnen, sie schickten ihre zahlreichen Kinder zur HJ oder zum BDM, lasen ihnen antisemitische Kinderbücher vor, kochten am Sonntag Eintopf, feierten die nationalsozialistischen Feste usw. Es gab also keine Privatsphäre, in die sich zurückgezogen werden konnte und die unpolitisch gewesen wäre, wie es so gerne heute behauptet wird. Gerade in ihrer Rolle als Mutter und Hausfrau hatten deutsche Frauen die wichtige Aufgabe, die Kinder zu erziehen und so die nationalsozialistische Ideologie zu verbreiten und zu vertiefen. Als Ehefrauen waren sie dafür verantwortlich ihre mordenden Ehemänner zu unterstützen und den nötigen emotionalen Rückhalt zu gewähren.

Außerdem zählen zu diesem Feld auch die so genannten »Profitlerinnen«. Damit werden Frauen bezeichnet, die sich auf verschiedene Weise be-

reichert haben, z.B. an Möbeln und Wertgegenständen aus Wohnungen, deren BewohnerInnen geflohen sind oder in Konzentrationslager deportiert wurden und die sie entweder für sich behielten oder weiterverkauften. Das es sich hierbei nicht um eine kleine Gruppe von Frauen handelte zeigt, die Untersuchung von Frank Bajohr, der allein in Hamburg die Zahl der Käuferinnen auf 100 000 schätzt, die sich an dem geraubten Eigentum der JüdInnen aus ganz Europa bereicherten. Plötzlich trugen auch ärmere Arierinnen Pelze, teure Kleider und Schmuck, wohnten in größeren Wohnungen mit teureren, exklusiven Möbeln. Das besonders Verwerfliche darin ist, dass das mit dem Verkauf erwirtschaftete Geld die Ermordung der JüdInnen finanzierte.

Frauenrechtlerinnen und Frauenorganisationen

Auch wenn es den Frauen nicht gestattet war leitende politische Positionen einzunehmen, gab es doch einige Frauenrechtlerinnen, die sich für eine nationalsozialistische Frauenpolitik einsetzten. Am prominentesten ist die »Reichsfrauenführerin« Gertrud Scholz-Klink, weitere völkisch, nationale Frauenrechtlerinnen waren Elisabeth Zander, Guida Diehl, Lydia Gottschewski und Paula Silber. Sie alle setzten sich für die Gleichwertigkeit von »arischen« Frauen ein, ohne ihnen mehr Rechte zusprechen zu wollen. Die Frauenfrage wurde nicht gelöst, sondern die Stellung der Frau neu interpretiert und heroisiert, somit wurden die Frauen indem ihre »Mütterlichkeit« und ihr »Dienst am Volk« gefeiert wurden, aus dem bürgerlichen Schattendasein geholt. Die Hausarbeit und die Rolle der Frau für die Gesellschaft wurden aufgewertet, dies zeigt sich in der organisierten Ausbildung von Müttern und ihrer quasi soldatische Ehrung durch das Mutterkreuz. Diese Aufwertung ging mit einer radikalen Abwertung aller nichtarischen Frauen einher. Auch auf anderen Ebenen waren die Auffassungen der Frauen antisemitisch, so gaben sie an, dass die Juden das Patriarchat erfunden und einem ursprünglich matriarchalen Germanien aufoktroyiert hätten. Zum anderen bestimmten sie die Emanzipationsbewegung der Frauen in den 1920ern als »jüdisch« und sahen darin eine gefährliche Zerstörung der natürlichen Mutterrolle. Die Frauenverbände hatten auch kein Problem damit, Nichtarierinnen auszuschließen. Eine weitere relativ große Gruppe von Täterinnen waren die SS-Ehefrauen, insgesamt waren es von 1931 bis 1945 240 000 Frauen. Sie waren »Profitlerinnen«, besonders diejenigen, die mit einem SS-Mann verheiratet waren, der in einem Konzentrationslager arbeitete. Die Haussklaven waren KZ-Häftlinge und oft stockten die Ehefrauen ihre eigene Vorratskammer mit Lebensmitteln aus dem Lager auf, oder ihr Mann brachte Schmuck, Möbel und andere Wertgegenstände von den Deportierten mit. Die Frauen fanden nichts Schlimmes dabei, dass ihre Ehemänner Menschen fabrikmäßig ermordeten. Sie waren Komplizinnen und Zuschauerinnen, bekamen Fotos und Erzählungen vom Morden nach Hause geschickt, lebten direkt neben den KZs oder kamen zumindest auf Besuch. Teilweise übernahmen die Frauen Hilfsarbeiten für die Männer. Z.B. untersuchte Frau Menneke ehrenamtlich die Gewebeproben im Zusammenhang mit dem Euthanasieprogramm. Eine andere Frau meldete ihrem Mann, dass einige der Haussklaven unsauber gearbeitet hätten, worauf dieser die Personen erschoss.

Unter den SS-Ehefrauen wurden auch welche zu aktiven Mörderinnen, ein berühmter Fall ist Elisabeth Willhaus, die Frau des Lagerkommandanten des KZ Lemberg, die von ihrem Balkon aus Häftlinge im angrenzenden Lager erschoss. Auch die vierjährige Tochter findet am Erschießen von jüdischen Kindern Gefallen und ruft »Papa, noch einmal, noch einmal!«.

Frauenberufe

Frauen konnten sogar Mitglieder der SS werden. Die Frauen wurden zu Funkerinnen, Stabshelferinnen, Mechanikerinnen und Krankenhelferinnen ausgebildet und in den annektierten Gebieten eingesetzt, wo sie z.B. die Fernsprech-, Fernschreib- und Funkanlagen der Waffen-SS bedienten. Gegen Kriegsende gab es ca. 10 000 Frauen im weiblichen SS-Korps.

Viele Täterinnengruppen finden sich in den Bereichen der »natur- und artgemäßen« Frauenberufe. So gab es eine Reihe von »Schreibtischtäterinnen«, z.B. Angestellte in der Verwaltung, die an der Erfassung jüdischer MieterInnen und anschließenden »Arisierungen« von Wohnungen und Häusern beteiligt waren. Hier stellten sie die Verbindung zwischen der antisemitischen und rassistischen Ideologie und der Praxis her.

Gerade auch in der »Frauendomäne«, den so genannten sozialen Berufen, wurde diese Verbindung hergestellt. Als Angestellte verschiedener Ämter wie dem Sozial- und Fürsorgeamt waren viele Frauen daran beteiligt, die nationalsozialistische Gesundheits- und Sozialpolitik und die entsprechenden Verordnungen umzusetzen, z.B. das »Gesetz zur Verhinderung erbkranken Nachwuchses«. Sie sammelten Daten und untersuchten Fälle mit dem Zweck, die Antragstellenden in »rassisch wertvoll«, d.h. unterstützungswürdige, und »minderwertig« einzuteilen und weitergehende Maßnahmen einzuleiten. Für die zweite Kategorie bedeutete dies oft die Einweisung in so genannte »Bewahranstal-

ten« oder »Heil- und Pflegeanstalten«, die für die Betroffenen mindestens Zwangssterilisation und Entmündigung oder auch Ermordung zur Folge hatten. In diesen Anstalten gab es wiederum viel weibliches Pflegepersonal und Ärztinnen, die an den Tötungen, durch systematisches Verhungernlassen oder Giftinjektionen, beteiligt waren. Es ist davon auszugehen, dass so mindestens 200 000 Menschen ermordet wurden.

Für Jugendliche, die als »asozial«, also als angeblich schädlich fürs Volk und verwahrlost, kategorisiert wurden, gab es so genannte »Jugendschutzlager«, für Jungs in Moringen, für Mädchen in der Uckermark in direkter Nähe zum FrauenKZ Ravensbrück. Diese Einrichtungen galten als Erziehungsheime, auch nach '45, obwohl ihre Ähnlichkeit mit einem KZ evident war. Im MädchenKZ Uckermark arbeiteten neben den SS-Aufseherinnen, ca. 80 »Erzieherinnen«, die sich sehr brutal den Gefangenen gegenüber verhielten.

In den Frauenkonzentrationslagern, also vor allem in Ravensbrück und Bergen-Belsen, arbeiteten auch KZ-Aufseherinnen . Sie waren Mitglieder des SS-Gefolges, einer der SS angegliederten Frauen-Organisation. Die Frauen trugen graue Uniformen mit Reichsadler, allerdings ohne Totenkopf, waren z.T. kaserniert und bekamen eine ähnliche Besoldung. Ich werde jetzt noch mal besonders auf KZ-Aufseherinnen eingehen.

In den Frauenkonzentrationslagern gab es eine klare Geschlechtertrennung. Die äußere Bewachung wurde von männlichen SS-Leuten, die innere von weiblichen ausgeübt, d.h. die direkte Herrschaft über die Inhaftierten hatten Frauen, und vielleicht muss man das in dieser Runde nicht noch extra betonen, aber sie standen an Brutalität und Sadismus männlichen KZ-Aufsehern in nichts nach.

Schluss

Nur sehr wenige Frauen wurden nach 45 angeklagt und noch viel weniger sind je verurteilt worden. Galten doch Überlebende der Shoa als nicht glaubwürdig, und schöne Frauen als nicht fähig zu solchen brutalen Akten. Einige konnten mit ihrem geraubten Vermögen ein schönes, ungestörtes Leben verbringen – ohne jemals ihre Schuld eingestehen zu müssen, wie z.B. Scholz-Klink und Lina Heydrich in ihren späteren Veröffentlichungen deutlich machen.

Frauen wird einfach nicht zugetraut unmenschlich zu handeln. Ihre Verbrechen werden ignoriert, damit das Bild der guten und fürsorglichen Frau und Mutter und der Mythos der aus den Trümmern durch unschuldige Frauenhände wiederaufgebauten Republik nicht zusammenfällt. Aber auch wenn Frauen weniger politische Mitbestimmung und Verantwortung hatten, müssen ihre Taten in Relation zu ihren Handlungsmöglichkeiten bewertet werden und deshalb sind sie genauso schuldig wie die Männer. Frauen waren genauso wie Männer von der nationalsozialistischen Ideologie überzeugt und erachteten Menschen, die nicht ihren Kriterien eines normalen arischen Menschen entsprachen, als wertlos.

An den Frauen wird auch deutlich, dass es nicht unbedingt einen Zwang von Oben geben musste, um grausam zu handeln. Gerade die SS-Ehefrauen quälten, schlugen und mordeten ohne, dass es irgendjemand von ihnen verlangt hätte.

Dass Empathie noch heute an Konzepte wie Volksdeutsche gekoppelt sind, zeigt sich nicht nur an der Aufregung, wenn irgendwo auf Welt neben unzähligen anderen Menschen auch drei Deutsche sterben, sondern auch an dem heutigen Opfermythos der Deutschen im NS, wo der im Bombenkrieg getöteten angeblich unschuldigen Zivilbevölkerung, weitaus mehr Mitleid entgegengebracht wird als den Millionen ermordeten JüdInnen, RussInnen, PolInnen etc.

Dieses Flugblatt wurde von uns erstmalig im Sommer 2005 anlässlich des Deutschen Sozialforums (DFS) in Erfurt verteilt. Es ist als allgemeines Flugblatt gegen Antiamerikanismus gedacht, und soll ähnlich wie »Coole Kids tragen kein Palituch« überall verteilt werden, wo Antiamerikanismus erwartet wird. Der Text vermittelt leichtverständlich Grundsätze der Kritik am Antiamerikanismus. Seit Februar 2006 gibt es den Flyer in gedruckter Version, mehrere Gruppen haben ihn unterzeichnet.

Antiamerikanismus ist kein Antikapitalismus

Einleitung

Wenn Bush nach Deutschland kommt, finden sich schnell ein paar tausend Menschen zusammen, die mit »Bush-Terrorist Nr. 1« Schildern auf der Straße demonstrieren. Wenn die USA Krieg führen, kommen gleich ein paar Millionen zusammen. Populär sind Statements wie: »Im Moment wird die Schlacht zwischen zwei Wirtschaftsmodellen geschlagen, zwischen dem neoliberalen US-Modell und dem kontinental-europäischen System der sozialen Marktwirtschaft« (Wieczorek-Zeul, Entwicklungsministerin unter Schröder).

Wenn man sich die Welt einfach erklären will, dann ist es leicht, alles Böse wie Krieg und Ausbeutung auf ein Außen zu projizieren. Dann muss weder differenziert argumentiert, noch über die eigene Verstrickung in die Verhältnisse nachgedacht werden. Dass dieses Außen gerade die USA sind, lässt sich durch eine lange, tief in Europa verankerte antiamerikanische Tradition erklären.

Geschichte des Antiamerikanismus

Seit ihrem Bestehen gelten die USA als das Land der Träume sowie der Bedrohungen, erscheinen sie gleichzeitig als Hort des Bösen sowie der Freiheit und des Glücks. Ein grundlegendes Element der historisch begründeten Feindschaft zu Amerika ist eine ambivalente, jedoch maßgeblich durch Unsicherheit und Angst bestimmte Reaktion auf die Moderne.

Amerika wurde seit dem 17. Jahrhundert als europäische Gegenwelt imaginiert, die »Neue Welt« verhieß gleichermaßen einen Neuanfang durch Zivilisierung eines »wilden« Kontinents als auch eine durch Zivilisation verdorbene Natürlichkeit. Die Emigration im Zuge der Industrialisierung wurde zum Indikator für die Krisenhaftigkeit und Verarmung der sich modernisierenden europäischen Gesellschaften und wies Amerika zugleich als das »bessere«, weil freiere Europa aus, an das sich die Hoffnung auf eine sorgenfreiere Zukunft, aber auch Neid und Missgunst banden.

Durch das Gleichheitsversprechen der sowohl in Europa als auch in Amerika entstehenden bürgerlichen Gesellschaften sahen die herrschenden konservativen und aristokratischen Kräfte traditionelle europäische Werte durch Dekadenz, Verfall und Vermassung bedroht: Amerika galt als Brutstätte der unerwünschten, bedrohlichen Seite der Moderne und war somit Projektionsfläche für das Negative der eigenen Gesellschaft. Die Entstehungsgeschichte Amerikas, die Ausrottung der indianischen Urbevölkerung wie auch seine Eigenschaft als Einwanderungsgesellschaft und »melting pot« wurden und werden zum Beweis einer grenzenlos ausufernden bürgerlichen Gesellschaft, die die gewachsenen Kulturen eliminiere. Gerade bei einem wie in Deutschland vorherrschendem völkischem Verständnis von Nation stößt die kulturelle Heterogenität der USA auf besonders große Ablehnung.

Die angeblich kurze, obwohl knapp 550 Jahre währende, Geschichte der Besiedlung Nordamerikas wird als eindeutiges Merkmal für die Kultur- und somit Traditionslosigkeit der US-AmerikanerInnen gedeutet, wo einzig in Disneyland Schlösser gebaut wurden und Staatlichkeit, Soldatentum und ehrliche Arbeit pervertiert würden. Dass die Tugenden, auf die sich in Europa positiv bezogen wird, auch erst in den letzten 500 Jahren entstanden sind, spielt für die Projektion keine Rolle. Insgesamt versucht sich Europa schon von Anfang an in Opposition zu den USA als die moralisch und kulturell überlegene Gesellschaft zu stilisieren.

War der Antiamerikanismus seit der Entdeckung Amerikas zumeist ein Phänomen der konservativen oberen Schichten, die in der amerikanischen eine niedere Kultur sahen, die durch ihre Banalität, Käuflichkeit und Künstlichkeit gekennzeichnet war, so wurde der Antiamerikanismus spätestens seit dem Irakkrieg zu einem weltweiten Massenphänomen. In ihrer Antipathie den USA gegenüber trafen sich die Meinungen der Elite sowie der Masse, die der Regierung sowie der Opposition, die der Rechten sowie der Linken. Insgesamt zieht sich der Antiamerikanismus durch alle gesellschaftlichen Bereiche: Ökonomie, Politik und Kultur, dabei vermischt er sich vielfach mit antisemitischen und antizionistischen Ressentiments.

Antiamerikanismus in der Politik

Die gesamteuropäische Friedensbewegung gegen den Irakkrieg hat weniger solch große Ausmaße angenommen, weil sie von pazifistischen Überzeugungen und Mitleid mit der irakischen Bevölkerung, sondern vielmehr weil sie von einem antiamerikanischen Hass auf die Strasse getrieben wurden. Wie sonst ist es erklärbar, dass gegen den Irakkrieg Millionen auf die Strassen gingen, jedoch nur wenige protestierten als Deutschland das erste Mal nach dem 2.Weltkrieg einen Angriffskrieg (übrigens auch ohne UN-Mandat) gegen Serbien führte?

Nachdem sich Donald Rumsfeld über die Renitenz des friedensbewegten Old Europe beschwert hatte, wurden die Friedensdemonstrationen zur Gründungsstunde einer einheitlichen europäischen Identität stilisiert. Wie jede Identität wird auch die europäische über die Abgrenzung und Herabsetzung des Anderen gebildet. Intellektuelle wie Habermas und Derrida sahen hier die »Geburt einer europäischen Nation«, die sich im Gegensatz zur amerikanischen von ihrer bellizistischen Vergangenheit gelöst habe und stolz sein könne auf ihre vermeintlich friedlichen, sozialen und zivilen Errungenschaften.

Für die Deutschen ist die Gegnerschaft zu den USA im europäischen Windschatten gleich von zweierlei Nutzen. Die Empörung über die Bombardierung Dresdens 1945 schwingt in der Kritik an der Bombardierung Bagdads (zumindest in der älteren Generation) implizit mit: Die Deutschen wissen schließlich wie schlimm es gewesen ist. So kann den AmerikanerInnen in der aktuellen Kritik »historisches Unrecht« gleich mit untergejubelt werden. Gerade für Deutschland ist der gemeinsame europäische Gründungsmythos eng mit geschichtsrevisionistischen Tendenzen verbunden. Eine positive Vergangenheitsbewältigung der »europäischen Katastrophe«, was sowohl die zwei Weltkriege als auch die Shoah, die Vernichtung des europäischen Judentums, meint, wird zum europäischen Verdienst und Ausgangspunkt pazifistischen Engagements in der Welt: keine Rede mehr von deutscher TäterInnenschaft und deutscher Schuld. Umdeutung und Relativierung der Geschichte werden so für politische Ambitionen in Europa nutzbar gemacht und dienen als moralische Absicherung für europäische Machtpolitik.

Mit dem Vorwurf der Durchsetzung kapitalistischer Interessen mit kriegerischen Mitteln, des Drangs nach Weltherrschaft und des mangelnden diplomatischen Gespürs vollzog sich ein gesellschaftlicher Schulterschluss von links bis rechts. Die Politik der USA wird als grob, brutal und wenig intelligent gekennzeichnet, dagegen kann sich die europäische Politik, entgegen jeder Realität, als moralisch, diplomatisch und fair stilisieren. Als Kristallisationspunkt dieser Vorurteile kam George W. Bush gerade recht und fachte den Antiamerikanismus in den letzten Jahren noch gewaltig an. Die auf den Wahlerfolgs Bush einsetzende Hetzkampagne machte aus dem US-Präsidenten die Reinkarnation des Bösen und setzte Bush mit Hitler gleich. Bei dieser Gegenüberstellung wird verkannt, dass die USA weder eine Diktatur sind, noch gezielt ganze Gruppen von Menschen vernichten wollen. Zudem wird der Nationalsozialismus als ein System verstanden, das als Werk Hitlers etabliert wurde. Damit macht man es sich nicht nur sehr einfach, sondern klammert die breite Beteiligung der Deutschen völlig aus und verkennt somit das Wesen der NS-Volksgemeinschaft und damit den Nationalsozialismus komplett.

Raubtierkapitalismus made in USA?

Dem individuellen Leistungsethos des amerikanischen Kapitalismus wird ein angeblich sozialer Kapitalismus, gekennzeichnet durch Wohlfahrtstaatlichkeit und soziale Gerechtigkeit, in Europa gegenübergestellt, wo Moral statt Profitgier herrsche. In der in Deutschland geführten »Antikapitalismusdebatte« werden die US-Konzerne als die egoistischen und skrupellosen Akteure diffamiert, die wie Heuschrecken die deutsche Nation plündern. In die deutschen Unternehmen wird demgegenüber die Hoffnung gesetzt, human und verantwortungsvoll gegenüber den »Bedürfnissen des deutschen Volkes« zu sein. Dabei agieren beide im kapitalistischen System, in dem es darum geht Profit zu machen anstatt die Interessen der Menschen zu berücksichtigen.

Amerikanischer Kulturpessimismus

Auch bei der Bewertung von Kulturprodukten bestimmen antiamerikanische Topoi die Wahrnehmung. Amerikanische Kultur gilt als käuflich, vulgär, mittelmäßig und durch eine fehlende Authentizität gekennzeichnet. Schon das Adjektiv »amerikanisch« wird abqualifizierend verwendet.

Wenn sich deutsche Filme wie »Good Bye, Lenin!« im Ausland verkaufen, findet man das irgendwie gut, wenn weltweit Hollywoodfilme geguckt werden, kommt gleich der Vorwurf des Kulturimperialismus. Dass nicht nur hier mit unterschiedlichen Maßstäben bewertet wird, ist augenscheinlich, sondern auch wenn US-Massenfilme an europäischem Programmkino, oder US-Mainstreammusik an europäischem Underground gemessen werden. Häufig bleibt die Bewertung höchst widersprüchlich, so hören die meisten EuropäerInnen begeistert amerikanische Musik und nehmen gerne ame-

rikanische Trends auf, gleichzeitig werden diese jedoch als Amerikanisierung beschimpft.

Insgesamt wird die amerikanische Mentalität als künstlich und oberflächlich im Gegensatz zu der »natürlich gewachsenen« europäischen gesetzt. Solche Gegenüberstellungen von angeblicher Natürlichkeit versus Künstlichkeit spielen in vielen Bewertungen eine Rolle, vom Umweltverhalten bis zur Schönheit, dabei ist das, was wir als natürlich erachten, nichts weiter als ein Produkt unserer Kultur, was uns so normal erscheint.

Europa als vermeintlich linke Alternative

Besonders in der Linken grassiert der Antiamerikanismus als Vorurteil und Welterklärung, wobei dieser gar als progressiv gedeutet wird. Wer keinen »fuck Bush« Aufnäher hat, ist uncool und wer bei McDonalds isst, kann keinE LinkeR sein. Gleich nach dem 11. September gab es auf indymedia Massen an Artikeln, die den USA die direkte Schuld an dem Terroranschlag auf das World Trade Center zusprachen oder die Anschläge der Islamisten als legitime Antwort auf die angeblich von den USA betriebene Globalisierung interpretierten.

Die GlobalisierungskritikerInnen spalten bestimmte negative Momente des Kapitalismus ab und projizieren sie auf die USA als Hort des Bösen. Teilweise werden dementsprechend die nationalen kapitalistischen Interessen der EU und Deutschland gar nicht in Frage gestellt. Statttdessen wird ein soziales und gerechtes Europa gefordert. Dabei ist die EU ein Gebilde, welches dem Zwecke dient, den Kapitalismus durchzusetzen und zu stärken. Ungeachtet dessen wird versucht Europa als Gegenmacht und Gegenmodell zu den USA aufzubauen. Über den Antiamerikanismus können sich somit alle, besonders die Linken, problemlos in das nationale Projekt Europa einordnen, denn mit diesem gemeinsamen Feindbild lässt sich einfach eine eigene europäische Identität konstruieren.

Das Verhältnis von Antiamerikanismus und Antisemitismus

Aber nicht nur die Funktion der europäischen Nationenbildung ist, was es zu kritisieren gilt, sondern auch die strukturelle Nähe des Antiamerikanismus zum Antisemitismus. Das bedeutet nicht dass Antiamerikanismus automatisch antisemitisch ist, jedoch gibt es viele Überschneidungen und in vielen Bereichen gehen diese Ressentiments Hand in Hand.

Die Struktur des wirtschaftlichen Antiamerikanismus und Antisemitismus sind fast identisch. Beide Ressentiments trennen zwischen angeblich »bösem raffenden Kapital« und »ehrlicher schaffender Arbeit«, also zwischen der Zirkulations- und der Produktionssphäre, sie wissen beide das »Böse« des Kapitalismus in der Zinsknechtschaft verortet und personifizieren dieses in den Juden und Jüdinnen, bzw. den US-Konzernen. Kapitalismus wird somit nicht als eine Herrschaft verstanden, die keine Herrschenden kennt, sondern es wird eine skrupellos herrschende Gruppe (Juden und Jüdinnen bzw. KonzernchefInnen) imaginiert, die für die schlechten Auswirkungen des Kapitalismus verantwortlich gemacht wird. Aus dieser wahnhaften Weltsicht ist schon einmal die Konsequenz gezogen worden, alles Jüdische aus der Wirtschaft zu beseitigen, um die abgespaltete negativen Seiten des Kapitalismus aufzuheben. Was dann mit zur Vernichtung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden geführt hat.

Beiden Gruppen wird die irreale Macht zugesprochen, die Welt zu beherrschen und Unglück über sie zu bringen. Israel, dem Juden unter den Staaten, sowie den USA wird unterstellt den Weltfrieden zu gefährden und den Imperialismus auszubreiten. Darüber hinaus wird den Jüdinnen und Juden in der NS-Tradition unterstellt, einen zu großer Einfluss auf Kultur und Politik auszuüben.

Antiamerikanismus und Antisemitismus sind nicht nur sehr ähnliche Denkmuster, in einigen Konstruktionen sind sie identisch: Das amerikanische Finanzkapital wird in jüdischer Hand vermutet. Es wird eine starke »jüdische Lobby« halluziniert, welche die amerikanische Politik und Wirtschaft bestimmt und somit im Hintergrund die ganze Welt beherrscht. Diese angebliche jüdische Verschwörung wird mit Metaphern wie die »Macht der Wallstreet«, der »Einfluss Hollywoods« oder die »Ostküste« umschrieben. Eine weitere Übereinstimmung zwischen beiden Ressentiments liegt in der Abwertung, welche besagt, dass die USA sowie die Juden und Jüdinnen eine Gemeinschaft ohne Verwurzelung, Heimat und Tradition seien. Beiden Gruppen sagt man eine Kraft nach, »ursprüngliche« Kulturen zersetzen und zerstören zu können. Während offen antisemitische Aussagen in der Öffentlichkeit geahndet werden, kann der Antiamerikanismus ohne Beschränkungen laut propagiert werden. Dabei kann der Antiamerikanismus eine Stellvertreterrolle für den Antisemitismus einnehmen.

Zwischen dem Antisemitismus und dem heutigen Antiamerikanismus gibt es aber auch Unterschiede. Der wichtigste ist, dass dem Antiamerikanismus die biologistischen und rassistischen Überzeugungen fehlen. Deshalb richtet sich der antiamerikanische Hass in Europa kaum gegen AmerikanerInnen. Das Negative wird nicht in den Körpern der US-AmerikanerInnen vermutet, wie die rassenbiologistische AntisemitInnen es bei den Jüdinnen und Juden glauben. Antiamerikanis-

mus und Antizionismus wenden sich vorwiegend gegen Staaten, wobei der Antizionismus sich gegen den einzigen Schutzstaat der Jüdinnen und Juden wendet und somit wie der Antisemitismus Einzelpersonen bedroht. Eine weitere Differenz ist die angedichtete Qualität der Weltherrschaft, bei den Jüdinnen und Juden ist sie heimliche und verschwörerisch, bei den AmerikanerInnen hingegen offen und besonders brutal.

Es geht ums Ganze!

Antiamerikanismus ist vielleicht eine Denkform, die wie der Antisemitismus für sich beansprucht, die bestehenden Verhältnisse in ihrer Widersprüchlichkeit, Komplexität und Unmenschlichkeit zu erklären. Aber auf keinen Fall hat er was mit progressiver Kritik am Kapitalismus oder den bestehenden Verhältnissen zu tun. Vielmehr ist der Antiamerikanismus eine gefährliche Ideologie, welche die wahren Probleme verschleiert und das Ausbreiten antisemitischer Denkmuster und die europäische und deutsche Nationenbildung unterstützt.

PolitikerInnen nutzen dieses Ressentiment, um Wahlkampf mit der Parole »Deutschland-Friedensmacht« zu betreiben oder um soziale Kürzungen mit der Abgrenzung von »amerikanischen Verhältnissen« zu rechtfertigen. Der Antiamerikanismus wird damit zur wirksamen politischen Legitimationsstrategie.

Dem wird von links nichts entgegengesetzt, ganz im Gegenteil, wegen der Stärke der USA gilt der Antiamerikanismus in linken Kreisen gar als widerständisch und progressiv. Mit der Kritik an den USA wird jedoch nur die Aufwertung Deutschlands erreicht. Emanzipative, linke Politik muss die Politik vor Ort bekämpfen. Dabei gilt es nicht gegen Erscheinungen des Kapitalismus vorzugehen, wie Geld, Banken oder US-Konzernen, sondern den Kapitalismus als umfassendes System zu kritisieren, denn für den Kapitalismus und seine menschenverachtenden Konsequenzen sind nicht Gruppen oder einzelne Nationen verantwortlich.

Dieser Text ist in der Phase 2.16 (2005) erschienen. Er ist für uns eine Grundlage unserer politischen Ausrichtung.

Gegen Deutschland

Über das Verhältnis zur nationalen Besonderheit sowie zur bürgerlichen Gesellschaft im Allgemeinen als Massgaben einer linken antideutschen Praxis

Politische Gruppen müssen zwangsläufig ein Verhältnis zu dem Staat und der Gesellschaft entwikkeln, in denen sie ihre Positionen veröffentlichen und agieren. Implizit geschieht dies ständig, in der Ablehnung bestimmter politischer Entscheidungen, durch Verweise auf antiemanzipatorische Ideologien in der Bevölkerung oder Unmutsäußerungen wie »kill the nation«. Nun mag dies zunächst wie ein Allgemeinplatz klingen, da doch linke Politik, wenn sie kritisiert oder alternative Gesellschaftsformen proklamiert, aktuelle Zustände als Ausgangspunkt hat. Jedoch ist das Verhältnis zur Nation nicht mit einem einfachen »abschalten« oder »von der Karte streichen« geklärt. Die Verhältnisse, die die Grundlage jeglichen Handelns bilden, sind mit Staat und Nation nur unzureichend beschrieben: Vergesellschaftung, Geschichte und nicht zu letzt kapitalistische Totalität sind ebenfalls Kennzeichen dieser Verhältnisse. Gerade für Linke in Deutschland müssen spezifische Grundlagen und Vorraussetzungen Teil der eigenen Argumentation gegen das Bestehende darstellen. In der Auseinandersetzung zwischen antideutschen und anderen linken Gruppen ist die Positionierung gegenüber dem Staat, in dem man lebt, und die Bezugnahme auf dessen Geschichte und Vergesellschaftung der Unterschied ums Ganze. Kann man sich noch auf ein »Nie wieder Deutschland« einigen, sieht es beim Verhältnis zu bürgerlichen Idealen, an denen sich auch die BRD im Grundgesetz orientiert, oder bei der Beantwortung der Frage, warum es gerade in Deutschland zum Holocaust kam, ganz anders aus. Die Basis, auf der wir im Folgenden argumentieren, ist die Anerkennung von Auschwitz als Zivilisationsbruch, das unbeschreibbare Grauen des Nationalsozialismus, das keinen positiven Bezug auf Deutschland oder »deutsch« zulässt. Und dass somit das Wissen um den NS einzig eine antideutsche Positionierung erlaubt. »Antideutsch« nimmt eine genuine Ablehnung der deutschen Vergesellschaftung zur Grundlage politischen Agierens. Auf dieser Basis legen wir im Folgenden dar, warum entgegen mancher linker Argumentation der Rahmen Deutschland nicht verlassen werden kann und deutsche Zustände vielfältig Einfluss haben oder sogar bestimmend für jede Politik hier sind.

Der Boden der Tatsachen

Entgegen völkischer Annahmen sind Nationalstaaten keine »natürlich« gewachsenen Gebilde, die sich über Territorium, gemeinsame Kultur und Sprache legitimieren. Sie sind vielmehr ideologische Konstrukte, die im bestehenden System als spezifische Organisationsformen dienen, um den politisch-juristischen Rahmen für kapitalistische Produktionsverhältnisse zu bilden. Im Zuge antikapitalistischer Politik sind Nationalstaaten durchaus zu kritisieren. Allerdings sollte nicht der Fehler begangen werden, lediglich auf dieses allgemeingültige Element zu abstrahieren und daraus begründet, die Abschaffung aller Nationalstaaten zu fordern, ohne die Spezifik einzelner Staaten zu berücksichtigen. Deutlichstes Beispiel ist hier Israel: ein eigener Staat garantiert Jüdinnen und Juden »eine sichere Heimstatt«, die ihnen die Möglichkeit bietet, gegen Übergriffe auf ihre Unversehrtheit vorzugehen.

Eine kritische Auseinandersetzung mit Nation in Deutschland muss sich in erster Linie der eigenen Nation zuwenden. Dies gilt einerseits vor dem Hintergrund des im NS begangenen Zivilisationsbruches, wobei das Augenmerk antideutscher Politik auf Kontinuitäten im Zusammenhang mit der deutschen Geschichte zu richten ist und andererseits auf die Kritik an aktuellen deutschen Zuständen.

Die in Deutschland gefällten politischen, ökonomischen, sozialen oder kulturellen Entscheidungen betreffen uns nicht nur auf abstrakter Ebene. An neudeutschem Geschichtsrevisionismus, Antisemitismus und Rassismus von Neonazis oder NachbarInnen ist in Deutschland nicht vorbei zu kommen. Zudem bestimmt die soziale Realität des Staates, in dem man lebt, jegliches Handeln: Der Abbau des Sozialstaates und der gleichzeitige Reproduktionszwang sowie prekäre Arbeitsverhältnisse sind alltagsbestimmend und können nicht einfach ausgeblendet werden. Schon allein strukturell betrachtet stellt Deutschland den Rahmen für jegliches politisches Handeln dar. Ganz simpel aus der Lebensrealität heraus, mit der man sich auseinandersetzen muss. Diese bestimmt nicht nur das ei-

gene Leben und somit politisches Agieren, sondern die öffentlichen Diskurse in Deutschland haben auch direkten Einfluss auf die eigene Politik. Zum einen, weil der Diskurs Themen vorgibt, die es zu kritisieren gilt, zum anderen weil auch linksradikale Politik nicht außerhalb dieses Diskurses zu denken ist. Jede Kritik, so sie öffentlich geäußert wird, ist Teil eines Diskurses und muss diesen mitbeachten. Daraus folgt, dass sich manche Äußerungen einfach verbieten, weil sie den Falschen zuspielen oder weil sie missverstanden werden müssen. Wenn zum Beispiel Proteste gegen die Hartz-IV-Reformen von der Masse getragen werden, ist es nicht möglich sich an diesen zu beteiligen, weil die eigene Position dann im »Gebt mir Arbeit«-Taumel untergeht.

Wer kritische Politik in Deutschland betreibt, muss diese in erster Linie innerhalb des nationalen Rahmens verorten. Dass sich dabei vor dem Hintergrund der spezifisch deutschen Geschichte, die in die Shoa führte, ein positiver Heimatbezug und jegliche Affirmation von selbst verbietet, sollte Grundprinzip antifaschistischer Politik sein.

Deutschland ist und bleibt das Land, dessen Bevölkerung »Volksfremde« ermordete und begeistert Krieg um die Weltherrschaft führte. Noch heute findet kaum eine adäquate Auseinandersetzung mit der eigenen Schuld im NS statt. Dies zeigt nicht nur die Debatte über die Wehrmachtsausstellung oder die derzeitige Forderung von Beamten des Auswärtigen Amtes nach einem würdigen Andenken für ehemalige NSDAP-Mitglieder in ihren Reihen. Ein offizielles Gedenken an die Opfer des NS steht keineswegs im Widerspruch zur individuellen wie kollektiven Schuldabwehr-solange man sich nun ebenfalls zum Opfer unter vielen stilisieren kann, das erst unter der Nazidiktatur zu leiden hatte und dann auch noch alliierten Bombern ausgesetzt war oder vertrieben wurde. Diese Relativierung macht es einfacher, auch deutsche Verbrechen einzugestehen und ermöglicht es, vorgeben zu können, aus der Geschichte gelernt zu haben. Mit diesem Geschichtsrevisionismus wird gleichzeitig ein Stück Normalität eingefordert-so kann nun auch Deutschland auf der Seite der Alliierten den Feierlichkeiten zum Jahrestag der Invasion in der Normandie beiwohnen und den 8. Mai als Tag der Befreiung zelebrieren.

Auch sind Rassismus und Antisemitismus mit Kriegsende nicht aus dem deutschen Alltag verschwunden. Dies zeigen nicht nur staatliche Debatten über das Zuwanderungsgesetz oder Auffanglager an den Grenzen zur EU. So sind MigrantInnen tagtäglich Schikanen und Anfeindungen ausgesetzt und die bisweilen tödliche Praxis der Abschiebungen wird nach wie vor vollzogen. Ebenso sind Übergriffe gegenüber Jüdinnen und Juden keine Seltenheit und haben in den letzten Jahren (nicht nur in Deutschland) kontinuierlich zugenommen. Hinzu kommt, dass dem erstarkenden Antisemitismus auch von öffentlicher Seite nicht die Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, die angemessen wäre. Vielmehr trägt die einseitige mediale Berichterstattung über den Nahostkonflikt sowie die deutsche bzw. europäische Politik in dieser Region zur anti-israelischen Haltung der Öffentlichkeit bei. Laut einer im Herbst 2003 von der EU-Kommission in Auftrag gegebenen Studie stellt Israel für 65 Prozent der Deutschen eine Gefahr für den Weltfrieden dar und fordere durch seine Politik den Terrorismus geradezu heraus. So passt es gut ins antisemitische Klischee, der jüdischen Bevölkerung die Schuld an den Angriffen auf ihr Leben selbst zuzuschreiben. Dem deutschen Selbstbewusstsein ist es dabei nur allzu dienlich, wenn Politiker wie Möllemann oder Hohmann endlich auch das aussprechen, was man vermeintlich nicht laut aussprechen darf.

Sowenig wie der Antisemitismus ist die Sehnsucht der Mehrheit der Bevölkerung nach einem starken Staat, der nationale Interessen adäquat umzusetzen weiß, verschwunden. Die Einschränkung von bürgerlichen Rechten und Freiheiten wird zugunsten des nationalen Wohlergehens gern in Kauf genommen.

Bürgerliche Gesellschaft verteidigen?

Politik in Deutschland sieht sich einem demokratisch verfassten Staat gegenüber. Kritik am Staat zielt oft lediglich auf dessen Verbesserung ab. Dies demonstrieren verschiedene reformistische Bewegungen, wie z.B. die Frauenbewegung oder antirassistische Gruppen, die auf Grundlage des Gleichheitssatzes (Art. 2) des Grundgesetzes Verbesserungen der realen Lebensverhältnisse fordern. Die Ergebnisse dieser Bestrebungen sind zwar teilweise zu befürworten, sie genügen allerdings nicht dem Anspruch radikaler Gesellschaftskritik, die sich auf die Abschaffung der kapitalistischen Verhältnisse richten muss. Wie deutsche BürgerInnen wissen können, heißt Antikapitalismus allerdings nicht unbedingt eine emanzipatorische Entwicklung zu befördern. Im antideutschen Diskurs wird Emanzipation immer wieder mit einem positiven Bezug auf die bürgerliche Gesellschaft und Vernunft in Zusammenhang gebracht. Zentral ist hier die Positionierung für die demokratische Rechtsordnung gegenüber totalitären Regimen.

Die bürgerliche Gesellschaft in einem demokratisch verfassten Staat ist Voraussetzung für ihre positive Aufhebung (eine bessere Gesellschaft), sie kann aber auch Voraussetzung ihrer negativen Aufhebung sein, wie der Nationalsozialismus zeig-

te. Er führte eine Strategie vor, wie mit den Widersprüchen innerhalb des kapitalistischen Systems umzugehen sei. Es handelte sich hierbei um den Versuch, die Krise nicht durch die Abschaffung des Kapitalismus, sondern durch die Vernichtung der abstrakten Seite des Kapitals, die auf Juden und Jüdinnen projiziert wurde, zu bewältigen. Zugleich formierte sich die Volksgemeinschaft, deren Mitglieder sich mit »ehrlicher Arbeit« in den Dienst des Gemeinwohls stellen. Die Kritik an und in Deutschland muss diese spezifisch deutsche Form der Vergesellschaftung mit einbeziehen, das bedeutet, Kontinuitäten aufzuzeigen und regressiven Tendenzen entgegenzutreten. Dabei ist der Bezug auf eine bürgerliche Vernunft durchaus hilfreich, die sich für die eigenen Interessen einsetzt und sich nicht für ein Zwangskollektiv rekrutieren lässt. Voraussetzung dafür ist die Wahrnehmung der eigenen Person als Individuum, das sich dem Zugriff des Staates zu widersetzen sucht. Auf diese Voraussetzung für eine Emanzipation und für die positive Überwindung des Kapitalismus beziehen sich in der Regel Positionen, die für eine Verteidigung der bürgerlichen Gesellschaft bzw. ihrer Ideale argumentieren. Die Öffentlichkeit, in der antideutsche Politik ein Forum hat, ist jedoch sehr klein, deshalb bleibt ein Verteidigen der bürgerlichen Vernunft nur bedingt wirkungsmächtig.

Die positive Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft ist momentan nicht abzusehen. In Deutschland ist sie nicht einmal denkbar. Besonders deutlich wird dies beim Zwang zur Verwertung der eigenen Arbeitskraft. In gesellschaftlichen Debatten um Arbeit und »Arbeitslosigkeit« wird der Sinn von Arbeit an sich nicht hinterfragt, und ein Leben ohne Lohnarbeit ist für die gemeinen Deutschen nicht vorstellbar. Diese Debatten verdeutlichen, wie in der bürgerlichen Gesellschaft Unterdrückungsverhältnisse naturalisiert und damit eine naturwüchsige Notwendigkeit in sie hineinprojiziert wird. Herrschaft wird so legitimiert und als alternativlos angesehen.

Ein eingeschränkt positiver Bezug auf Demokratie und bürgerliche Vernunft ist somit in Abgrenzung zu totalitärer Form von Vergesellschaftung notwendig. Jedoch ist ein uneingeschränkt positiver Bezug das Aufgeben der Hoffnung auf etwas Besseres.

Antideutsche Etikette

Die spezifisch deutsche Krisenlösung und der ihr immanente eliminatorische Antisemitismus, werden nicht grundlos als die Barbarei gegenüber der bürgerlichen Gesellschaft bezeichnet.
Solange die gesellschaftlichen Bedingungen gegeben sind, besteht auch die Möglichkeit der Wiederholung ähnlicher Formen der Krisenlösung und dies eben nicht nur in Deutschland. Problematisch ist jedoch, dass in antideutschen Kreisen die Auseinandersetzung über die Gefahr faschistischer, nationalsozialistischer und antisemitischer Strömungen häufig mit der gleichmachenden Benennung der Gegebenheiten als spezifisch »deutsch« verbunden ist. Bei dieser Argumentation wird alles Negative unter dem Begriff »deutsch« subsumiert, anstatt antiemanzipatorische Tendenzen genau zu bezeichnen. Die Benennung von Kontinuitäten und Parallelen zum Nationalsozialismus mit den Begriffen »deutsch« oder »deutsche Ideologie« ist aber zu weit gegriffen, da sich diese Begriffe auf eine bestimmte räumliche und zeitliche Konstellation gesellschaftlicher Verhältnisse beziehen. Von »deutsch« kann nicht losgelöst von dieser Konstellation gesprochen werden. Bei der Übertragung der theoretischen Begriffskonstruktion auf räumlich/zeitlich losgelöste Phänomene besteht die Möglichkeit der Projektion von faktisch nicht Vorhandenem. Einher geht dies mit der Gefahr der Relativierung von deutscher Geschichte. Wenn also bestimmte Komponenten der deutschen Krisenlösung sich finden und Parallelen vorhanden sind, ist die differenzierte Ausformulierung dessen, was sich dort manifestiert, in den Vordergrund zu rücken. Es werden sonst, wenn z.B. islamistische Ideologie als deutsche Ideologie bezeichnet wird, einige Elemente der deutschen Vergesellschaftung auf den Islamismus projiziert, die sich nicht (oder nicht in vollendeter Form) finden lassen und es werden andere Faktoren außen vor gelassen, die der Begriff nicht greift, auch wenn Parallelen und Kontinuitäten auszumachen sind. Beispielsweise wird eliminatorischer Antisemitismus, ein zentrales Element der deutschen Vergesellschaftung, von islamistischen Terrororganisationen proklamiert. Bei diesen fehlt jedoch u.a. die staatliche Ausformung. Die Gefahr der verflachten Darstellung und unzureichenden Analyse besteht, wenn Begrifflichkeiten nicht hinreichend differenziert verwendet werden. Wenn also eliminatorischer Antisemitismus gemeint ist, sollte er auch genau so benannt werden. Den Begriff deutsch so weit zu fassen, dass er ohne räumliche Bindung funktionieren soll, sich also auf Zustände außerhalb des deutschen Territoriums bezieht, ist nicht nur kritikwürdig. Darüber hinaus ist eine Vermittlung der neuen Interpretation von »deutsch« wohl kaum möglich und derartige Begriffskonstruktionen erschweren unnötig das Verständnis antideutscher Positionen.

Es geht um Inhalte

Antideutsche Politik ist dabei selbstverständlich

nicht territorial gebunden. Obwohl die deutsche Gesellschaft, die politische und soziale Realität der Rahmen jeglicher Kritik und Politik in Deutschland ist und diese die Möglichkeiten vorgibt, bleibt emanzipatorische Politik nicht auf diesen Rahmen beschränkt. Die Kritik, schon mit dem Namen »antideutsch« werde auf die Verbundenheit mit Deutschland verwiesen, hält keiner Prüfung stand. Vielmehr wird die explizite Verneinung einer Existenzberechtigung der deutschen Nation mit der Selbstbezeichnung kenntlich gemacht.

Politikfelder, also Themen, die von Interesse für herrschaftskritische Politik sind, ergeben sich reichlich. Es gilt die wieder aufkeimende Patriotismusdebatte, MontagsdemonstrantInnen, die »Arbeit zuerst für Deutsche« fordern, oder Friedensbewegte, die ihre antiamerikanischen bzw. antisemitischen Ressentiments offen zur Schau tragen, zu kritisieren. Ebenso gehört die deutsche Großmachtpolitik und die damit verbundene Proklamation des »Endes der Nachkriegszeit« zu den Gegenständen unserer Kritik. Das Augenmerk antideutscher Politik richtet sich so nicht nur auf innerdeutsche Entwicklungen, sondern ebenso auf das außenpolitische Agieren einer Regierung, die »wegen Auschwitz« Kriege führt, den Ausbau der deutschen Vormachtstellung in der EU forciert und auf einen festen Sitz im UN-Sicherheitsrat spekuliert. Oder sich gegen die USA als die vermeintlich kulturell überlegene, friedfertigere und menschlichere Alternative in Stellung bringt. Zudem reicht die Auseinandersetzung mit Antisemitismus selbstverständlich über die deutsche Gesellschaft hinaus. Gerade der momentan gefährlichste, der islamistische, welcher vielfache Parallelen zum NS besitzt, ist Gegenstand antideutscher Politik.

Angesichts des oben beschriebenen Verhältnisses zu Deutschland und der deutschen Vergesellschaftung stellt sich die Frage, an wen sich emanzipatorische Politik richtet und mit wem Bündnisse eingegangen werden können. Diese Frage ist nicht (mehr) leicht zu beantworten. War man früher geneigt, »die radikale Linke« zu antworten, ist seit einiger Zeit in antideutschen Gruppen die Frage entbrannt, ob sich ihre Praxis überhaupt noch unter dem Label »links« subsumieren lässt. Verständlicherweise möchte man doch nicht Teil eines besseren Deutschlands im Antinazikampf oder eines antiamerikanischen und antisemitischen Mobs auf irgendwelchen Gipfeln und Sozialforen sein. »Links« ist ein weiter und schwammiger Begriff, den sich jede und jeder aneignen kann. Entstanden aus der Sitzverteilung im französischen Nationalkonvent, welche die Republikaner von den Monarchisten unterschied, ist dieser eindimensionale Begriff doch relativ unbrauchbar, um das weite und mehrdimensionale politische Feld zu ordnen. Nichts desto trotz halten sich die Kategorien Rechts und Links bis heute und jedeR meint sich auf dieser Dimension einordnen zu können: Antideutsche, Antiimps, 68er, NoGlobals, Alternative, etc. Deshalb muss noch mal betont werden, dass es nicht »die« Linke gibt, sondern sie ein fragmentiertes und stark ausdifferenziertes Feld darstellt, indem sich viele Positionen auch diametral entgegenstehen. Innerhalb der einzelnen Teile existieren ebenfalls erhebliche Unterschiede, mitnichten kann von »den« Antideutschen oder »den« 68ern gesprochen werden.

So lässt sich zusammenfassen, dass das Etikett »links« zwar eingängig, die Aussagekraft jedoch sehr gering ist und sehr schnell in einem identitären Sumpf endet, wo Inhalte keine Rolle mehr spielen. Was dazu führt, dass AntisemitInnen öffentlich unkritisiert agieren können, so lange links, SexistInnen solange antideutsch an der Jacke steht. Deshalb darf sich eine emanzipatorische Politik nicht an Labels, sondern muss sich an Inhalten orientieren. Gerade beim Thema Antisemitismus und Antiamerikanismus treffen sich mitunter antideutsche Positionen mit denen Liberaler und Konservativer, so dass in bestimmten Fällen auch eine begrenzte Zusammenarbeit möglich und nützlich ist. Das bedeutet aber nicht, dass konservativ oder neokonservative hip oder cool werden müssen und Die Welt oder Bush unkritisiert zu unseren »besten Freunden« werden. Nur weil es vermeintlich gerade »in« ist und Teile der Linken schockt. Die Abgrenzung von der Linken darf nicht zum reinen Selbstzweck gerinnen, welcher nur der Aufwertung der eigenen Gruppe dient. Gegen die eigene Marginalität hilft es auch nicht, sich in der Politszene hervorzutun, indem polemisiert statt kritisiert wird. Es bedarf vielmehr einer kritischen inhaltlichen Auseinandersetzung, d.h. einer Gesellschaftskritik, die sich nicht auf eine Abarbeitung an der Rechten sowie Linken beschränkt.

Wenn man die Bündnispolitik nach Inhalten ausrichtet, so ist es dennoch wahrscheinlicher, dass man bei linksradikalen Gruppen landet, werden hier doch noch am ehesten die Prämissen emanzipatorischer Politik zu finden sein. Dies sind die Kritik am Kapitalismus, die Ablehnung jeglicher Unterdrückungs- und Herrschaftsverhältnisse, wobei die Kritik an den Verhältnissen nicht in einer verkürzten Kapitalismuskritik, d.h. Antisemitismus, Antiamerikanismus enden darf. Ein weiteres Ziel emanzipatorischer Politik ist die Auflösung bürgerlicher Kategorien wie Rasse, Geschlecht und Nation, d.h. Stabilität und Sicherheit suggerierende Konzepte von Kollektiven, die für Nazi-Ideologien wichtig sind. Damit richten wir uns gegen rechte Bedürfnisse nach Ordnung und Sicherheit, wo Abweichungen von der Norm als Bedrohung

empfunden werden. Die aus diesen Überlegungen erwachsene Kritik an den deutschen Verhältnissen wendet sich generell an alle. Rezipiert wird diese Kritik jedoch hauptsächlich in dem Teil der radikalen Linken, der für eine emanzipatorische Politik steht. In diesem Umfeld werden antideutsche, herrschaftskritische Positionen erst wahrgenommen oder übernommen, wie z.B. die Verweise auf den wiedererstarkenden deutschen Nationalismus und Geschichtsrevisionismus sowie auf die Beständigkeit von Antisemitismus in Politik und Gesellschaft Deutschlands, Resteuropas und den islamischen Ländern.

Unsere Funktion bleibt die der Kritikerin, da sich doch momentan keine Möglichkeit der Realisierung einer besseren Gesellschaft zeigt. Nicht nur die einzige »erfolgreiche« deutsche Bewegung von unten, der Nationalsozialismus, verdeutlichte, wie gefährlich Massenbewegungen sind, sondern auch die Friedensbewegung, die '89er und die Hartz-IV-Proteste sind Ausdruck der deutschen Gesinnung.

Für die Assoziation freier Individuen ist die Überwindung des Kapitalismus eine notwendige, jedoch keine hinreichende Bedingung. Patriarchale, xenophobe, antisemitische Verhältnisse kann es auch danach noch geben, besonders wenn diese Ressentiments der Motor für die Revolution sind. Gegen diese Ressentiments gilt es deshalb sich schon heute zu wehren, aber nicht als Teil eines besseren, modernisierten Deutschlands, sondern als GegnerInnen dieses Landes und des menschenverachtenden kapitalistischen Systems.

2006 beschäftigten wir und u.a. mit dem politischen Islam und organisierten mehrere Veranstaltungen zu diesem Thema. Dies war unser Einleitungsreferat bei der Veranstaltung »Kopftuch als System« mit Fathiyeh Naghibzadeh. Es wurde dokumentiert im CEE IEH #137, November 2006. Für unsere Veranstaltung beim buko im April 2007 haben wir es noch erweitert.

Kopftuch als System

Die Diskussion über Unterdrückung von Frauen im Islam hat in den vergangenen Jahren an medialer Präsenz gewonnen und wird in einem breiten gesellschaftlichen Kontext wahrgenommen und diskutiert. Die Rolle der Frauen, die nur in Abhängigkeit zu Männern gedacht und nur in ihrer Mutterrolle geachtet werden, wird vermehrt kritisiert. Zum einen liegt dies an der öffentlich geäußerten Kritik betroffener Frauen. Zum anderen vermehrte sich angesichts des Terrorismus nach dem 11. September die Kritik am Islam als zunehmende Bedrohung für die westliche Gesellschaft.

Die Debatte in der deutschen Öffentlichkeit ist allerdings nicht nur deshalb so breit und heftig, weil sich so viele Menschen für die Rechte der Frauen interessieren und diese stärken wollen, sondern weil ein Pauschalbild der unterdrückten islamischen Frau auch vielfältige Funktionen in der Integrationsdebatte sowie in dem Entwurf deutscher Identität einnehmen kann.

Die Publikationen Necla Keleks über Zwangsverheiratung, Seyran Ates' öffentliche Auftritte als Anwältin von patriarchaler Gewalt betroffener muslimischer Frauen und die Veröffentlichungen der Islamkritikerin Ayaan Hirsi Ali – all diese Aktivitäten führten dazu, dass Unterdrückung von Frauen im Islam nicht länger nur als Einzelfälle abgetan, sondern als dem Islam innewohnendes strukturelles Element bezeichnet werden. Das öffentliche Agieren dieser Islamkritikerinnen zeigt auch die Grenzen der Diskussion und der politischen Unterstützung auf. Nämlich dann, wenn diese Frauen nicht mehr die ihnen zugestandene Opferrolle erfüllen, sondern sich als politische Subjekte artikulieren.

In einem antirassistischen Spektrum herrscht vielfach die Auffassung vor, sich um MigrantInnen kümmern zu müssen. Ihre Rolle bleibt auf die des Opfers beschränkt. Die Beteiligung von bspw. Necla Kelek und Seyran Ates an der Integrationsdebatte wurde hier nicht auf inhaltlicher Ebene diskutiert, sondern Kritik wurde vorwiegend an der vermeintlichen Vereinnahmung durch LeitkulturideologInnen geäußert. So als wären die beiden Frauen keine politischen Subjekte, die wissen, was sie tun.

Ein Beispiel für diese Vereinnahmungsthese stellt der *taz* Artikel »Frau der weißen Männer« vom Mai dieses Jahres dar. Zur Ausreise Hirsi Alis schreibt Ulrike Herrmann: *»Die niederländische Rechte [verliert] ihre Kronzeugin, dass der Islam eine rückständige Religion ist, die die Frauen unterdrückt. Bei weißen Männern war diese These sehr beliebt; Musliminnen hingegen konnten noch nie viel mit ihrer selbst ernannten Retterin anfangen.«*[1]

Die Diskussion um das Asylverfahren von Hirsi Ali zeigt allerdings auch, wie weit MigrantInnen in ihren politischen Äußerungen gehen dürfen. Hirsi Alis Eintreten für eine liberalisierte Einwanderungspolitik war in ihrer konservativen Partei, der VVD, nicht gerne gesehen. Ein Zuviel an politischer Kritik wird geahndet. Hier zeigt sich, wie vorherrschend der Assimilationsgedanke ist, der sich z.B. auch in der Forderung nach einem allgemeinen politischen Betätigungsverbot für MigrantInnen widerspiegelt.

Schon mit dem Aufkommen der Kopftuchdebatte und der radikalen Verfechtung von Frauenrechten und Befürwortung eines Kopftuchverbotes in der feministischen Zeitschrift *Emma* wurde eine weitere Grenze der Auseinandersetzung und politischen Unterstützung klar abgesteckt. So wird von antirassistischen Linken die Benennung der im Islam strukturell angelegten Gewalt an Frauen verstärkt als ethnozentrisch bzw. rassistisch eingestuft, da diese Kritik im Kontext einer rassistischen Mehrheitsgesellschaft formuliert wird. So kam es z.B. 1994[2] zu antirassistischen Protesten in den Redaktionsräumen der *Emma*. Die *Emma* wurde beschuldigt rassistisch zu argumentieren, als sie den Islamismus und die Unterdrückung der Frau strikt kritisierte.

Mit der Verfassungsklage 1997 der kopftuchtragenden Fereschta Ludin gegen den Ausschluss vom Schuldienst wurde die Frage eines Kopftuchverbotes verstärkt öffentlich diskutiert. Es kam 2003 nicht zu einem generellen Verbot, sondern das Bundesverwaltungsgericht verwies die Entscheidung an die gesetzgebende Länderebene. Danach kam es vermehrt zu Stellungnahmen verschiedener gesellschaftlicher, religiöser und politischer AkteurInnen.

Beispielsweise sprachen sich u.a. Marieluise Beck und Rita Süssmuth mit einem offenen Brief »Wider eine Lex Kopftuch«[3] gegen angebliche Zwangsemanzipation und für religiöse Vielfalt aus.

Im Februar 2004 warfen jedoch verschiedene Wissenschaftlerinnen und Publizistinnen Beck und Süssmuth eine paternalistische Position vor,

[1] *taz* 07.05.06

[2] http://www.shabakeh.de/archives/individual/000812.html

[3] http://www.agaby.de/kopftuch/vielfalt.pdf

die die Ablehnung des Kopftuchs eines Großteils muslimischer Frauen ignoriere. Eine häufig geäußerte feministische Position ist die, dass eine Duldung des Kopftuches die Betroffene der Entrechtung ausliefere.

Noch immer zeigt sich in einem Großteil der Linken eine Abwehr, mit einer Islamkritik in die Diskussion des gesellschaftlichen Mainstreams einzusteigen. Sie verbinden damit die vermeintliche Gefahr an rechte oder rassistische Positionen anzudocken und geben sich mit einer Kritik an der eigenen islamfeindlichen Dominanzkultur zufrieden.

Mit Rassismus hat die Benennung anti-emanzipatorischer Tendenzen im Islam allerdings wenig zutun, viel mehr hat dieser falsch verstandene Antirassismus erst dazu geführt, dass es lange Zeit keine öffentliche Diskussion um Zwangsverschleierung, Zwangsheirat und Ehrenmorde geben konnte.

Im offenen Brief mit dem Titel »Gerechtigkeit für Muslime«, welcher im Februar diesen Jahres in der Zeit veröffentlicht und von 60 MigrationsforscherInnen unterzeichnet wurde, schreiben Mark Terkessidis und Yasemin Karakasoglu als Reaktion auf den Erfolg des Buchs die »fremde Braut« der Islamkritikerin Necla Kelek: *»Die Öffentlichkeit befasst sich unverhältnismäßig viel mit der muslimischen Minderheit, während kaum über alltägliche Diskriminierung, die Selbstentwürfe von ›anderen Deutschen‹ oder die Probleme auch von nichtmuslimischen Migranten im Bildungsbereich gesprochen wird.«*[4]

Der Vorwurf besteht zuallererst darin, dass sich die Autorinnen primär gegen Phänomene wie Zwangsheirat, Ehrenmorde oder Kopftuchzwang richten, anstatt die alltägliche Diskriminierung zu fokussieren. Eine inhaltliche Auseinandersetzung wird gemieden, stattdessen wird den Autorinnen vorgeworfen, im islamfeindlichen Mainstream mitzuschwimmen und diesen anzustacheln.

Im oben genannten offenen Brief »Gerechtigkeit für Muslime« schwingt nicht wenig Unmut über die eigene, leider vernachlässigte Position im gesamtgesellschaftlichen Diskurs mit. Anstatt sich jedoch mit der deutschen Integrationsdebatte auseinanderzusetzen, wird sich hier auf die Anklage gegen eine angeblich unwissenschaftliche Arbeitsweise von Frauen wie Kelek, Ates und Hirsi Ali und ihre Rolle in der Debatte versteift. So heißt es: *»Dass der ehemalige Innenminister Necla Keleks Buch bespricht, dass sie für ihre in höchstem Maße unseriöse Arbeit den Geschwister-Scholl-Preis erhält und dass sie eine gern gesehene Beraterin im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist; dass große Teile der Verwaltung, Ministerien und Medien lieber auf unseriöse Pamphlete zurückgreifen, während die differenzierte wissenschaftliche Forschung kaum wahrgenommen wird – diese Entwicklung ist in der Tat besorgniserregend. In der öffentlichen Diskussion führt die Ignoranz gegenüber der Wissenschaft nicht nur zu ungenauen und vorurteilsbeladenen Vorstellungen über den Islam und die Migranten, sondern auch zu einer Verengung des Themenspektrums.«*[5]

Offenbar wird es hier für problematisch befunden, wenn sich Frauen mit islamischem Kontext nicht primär als Opfer der rassistischen Mehrheitsgesellschaft sehen, sondern ihre Kritik primär gegen Zwangsheiraten, Ehrenmorde oder den Kopftuchzwang richten.

Implizit werden IslamkritikerInnen damit auf ihre vermeintliche kulturelle Identität festgeschrieben, die sich zuallererst in einem Unterdrückungsverhältnis zur deutschen Mehrheitsgesellschaft verstehen solle.

Gesellschaftlich verbreitet ist eine kulturrelativistisch tolerante Einstellung, die sich letztendlich auch auf Kulturen als natürliche Einheiten stützt und diese somit einer Kritik entzieht. Hier werden die genannten Probleme im Kulturvergleich heruntergespielt. Á la fremde Länder, fremde Sitten.

Im gesamtgesellschaftlichen Diskurs ist die Kritik an einem gewalttätigen Sexismus in islamischen Communities tatsächlich nicht ohne eine Grundsatzdebatte um Integrationsfähigkeit von so genannten »Ausländern«, »Leitkultur« und restriktive Einwanderungspolitik zu haben. Nicht zuletzt auch wegen ihrer kritischen Äußerungen zur Integrationsfähigkeit von MuslimInnen und der Forderung nach integrativen Maßnahmen, bezüglich geschlechterpolitischer Standards, wurden Frauen wie Kelek oder Ates zu wichtigen Diskussionspartnerinnen in der Integrationsdebatte. Aktuell waren sie als säkulare Vertreterinnen der Islamkonferenz geladen.

Das Bekanntwerden um Gewaltbereitschaft islamischer SchülerInnen an der Berliner Rütli-Schule hatte zu einer generellen Debatte um das Scheitern deutscher Integrationspolitik geführt. Eine begrüßenswerte Debatte um gleichberechtigte gesellschaftlicher Teilhabe von MigrantInnen und dem Einsatz sinnvoller Integrationsmaßnahmen, wozu auch eine Auseinandersetzung über antiemanzipatorischen, sexistischen Tendenzen im Islam zählt, wurde zu einer Debatte um kulturelle Selbstvergewisserung.

Die Gefährdung vermeintlicher deutscher zivilisatorischer Gewissheiten und Reglementierung wurde dabei in den Vordergrund gestellt. Der Titel des diesjährigen Integrationsgipfels »gutes Zusammenleben – klare Regeln« verdeutlicht, wer Herr im Hause Deutschlands ist.

Statt einer wünschenswerten gesamtgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Themen wie Sexismus, Antisemitismus und Homophobie und

[4] *Die Zeit* 01.02.2006 Nr.6, http://zeus.zeit.de/text/2006/06/Petition

[5] *Die Zeit* 01.02.2006 Nr.6, http://zeus.zeit.de/text/2006/06/Petition

auch mit ihrer Verankerung in islamischen Communities konnte die Frage nach Emanzipation zu einer Folie für die gesetzliche Durchsetzung leitkultureller Vorstellungen und damit einer restriktiven Einwanderungspolitik avancieren. Der in der deutschen Gesellschaft verankerte Rassismus wurde nicht zum Gegenstand kritischer Auseinandersetzung.

Denn so zeigt sich laut einer Untersuchung des Bielefelders Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (2004) sogar für 73 Prozent der deutschen Bevölkerung, dass Muslime nicht in die westliche Kultur passen.[6] Ein gerne vorgebrachtes Argument dafür ist, dass die Frauen in der islamischen Religion so stark benachteiligt und misshandelt werden. Für 24 Prozent der Befragten ist sogar klar, dass Muslime erst gar nicht nach Deutschland ziehen dürften.[7] Dies zeigt deutlich, in was für einem rassistischen Klima diese Debatte geführt wird.

Die Problematik eines gewalttätigen Sexismus in islamischen Communities wird nicht als ein innergesellschaftliches begriffen, sondern als etwas von außen Kommendes, »Fremdes«, das mit einem homogenen und vermeintlich emanzipierten Deutschtum als Gegenmodell nicht vereinbar ist. Dies wird in den Forderungen nach Abschiebung von Straftätern oder nach einem Einbürgerungstest deutlich.

Die dringend notwendige Kritik an antiemanzipatorischen Bestrebungen wird so primär zu einer Frage der Zugangsberechtigung zur deutschen Gesellschaft, bzw. zur gleichberechtigten Teilhabe. Die Projektion von sexistischem Verhalten auf ein Außen, befördert gleichzeitig das Gefühl, ein gleichberechtigtes Geschlechterverhältnis schon realisiert zu haben. Hiesige Geschlechterhierarchien und Rollenzuschreibungen werden ausgeblendet und damit nicht mehr bekämpft. Trotz der starken Aufmerksamkeit für patriarchale Unterdrückung in islamischen Communities, steht ansonsten, sowohl im gesellschaftlichen Mainstream als auch im linken und antideutschen Spektrum, die Auseinandersetzung mit Sexismus und feministischen Forderungen nicht besonders hoch im Kurs. Dieses Ungleichgewicht zeigt sehr deutlich die Instrumentalisierung der Kritik am islamischen Sexismus.

Was wir deutlich machen wollen, ist, dass eine Kritik am Sexismus in islamischen Communities nicht gegen eine Kritik am deutschen Rassismus ausgespielt werden darf. Sondern dass eine Position gefunden werden muss, die den rassistischen Mainstream verurteilt und die Emanzipation der islamischen Frauen unterstützt. Wir möchten besonders islamkritische feministische Positionen stärken.

Unser Anliegen, den Film »Kopftuch als System-Machen Haare verrückt?« vorzuführen, war es, islamische Frauen zu zeigen, die nicht als bloße Opfer dargestellt, sondern als Individuen, die mal mehr feministisch, kommunistisch oder auch künstlerisch orientiert auf verschiedene Weise Widerstand leisten.

Damit wollen wir uns dem Motto des Filmes anschließen, »dass Emanzipation nicht westlich oder östlich, sondern universell ist«.

[6] http://www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19927/1.html

[7] http://www.heise.de/tp/r4/artikel/19/19927/1.html

Veröffentlicht im November 2006 in der Phase 2.22. (s. Gegen Deutschland-Text)

»Im Iran herrscht ein religiöser Faschismus«

Interview mit Fathiyeh Naghibzadeh

Fathiyeh Naghibzadeh, die vor zwanzig Jahren aus dem Iran ins Exil nach Deutschland gegangen ist, studiert an der Berliner Humbold Universität Gender Studies und Erziehungswissenschaften. Im Rahmen eines Gender Studies Seminar entstand der Film Kopftuch als System, in dem Exiliranerinnen und ihre Position als politische Frauen im Iran und in Deutschland porträtiert werden. Der antifaschistische Frauenblock Leipzig (AFBL) befragte Fathiyeh Naghibzadeh unter anderem zur Stellung von Frauen im Iran und den Diskussionen in Deutschland.

AFBL: Seit der Wahl Ahmadinejads und der Konferenz »A World without Zionism« sowie dem Streit um das Atomprogramm, ist der Islamismus im Iran verstärkt in der Diskussion in Deutschland. Kann man hierbei von einer neuen Entwicklung sprechen?

Fathiyeh Naghibzadeh: Wenn man die neuere Entwicklung im Iran betrachtet, sollte man schon 1990 anfangen. Zu dieser Zeit, also nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, hatte sich die Idee des sozialistischen Staates erledigt. In dieser Zeit kam die Religion als positives Gegenmodell für alle auf, die sich als Feindbild den Westen erkoren hatten. Im Iran war seit 1979 ein Modell vorhanden, auf das man sich beziehen konnte. Ein Staat, der nach den Gesetzen der Religion errichtet war.

Man kann diese Entwicklung gut an der Rezeption der Revolution von 1979 im Iran nachvollziehen. Die Zeitungen und Bücher sprachen bis 1990 immer von der »iranischen Revolution«, seit 1990 heißt es immer »islamische Revolution«. Ich deute das als eine Schwerpunktverschiebung in der Rezeption. Von einer Revolution, bei der man an alles Mögliche außer dem Islam gedacht haben mag, zu einer Revolution mit religiösem Hintergrund.

Durch die oben genannten Entwicklungen fand eine erhöhte Politisierung der Religion statt, da es nicht mehr nur ideell, also im streng religiösen Sinne, um so etwas wie eine Gemeinschaft in Gott, sondern ganz konkret um einen Staat ging, den man erstreben konnte.

Man darf auch nicht vergessen, dass der Hass gegen den Westen in großen Teilen des Orients, der Kolonien wegen, eine große Tradition hat. Muslime aus diesen Ländern sehen im Gottesstaat ein Modell, das nicht nur ein Gegenentwurf ist, sondern gegen den Westen kämpft. Gerade die finden Sympathien für dieses Modell.

Die Entwicklungen der letzten Zeit haben wir recht deutlich gesehen. Nicht nur im Iran selbst, sondern auch in seiner außenpolitischen Wirkung. Ahmadinejad wurde gewählt und begann sehr gezielt für die Vernichtung Israels Stimmung zu machen. In der arabischen Welt hat er dadurch einige Sympathien gewonnen. Man darf auch die Bedeutung dessen nicht verkennen, dass gleich danach in den palästinensischen Gebieten die Hamas gewählt wurde. Iran scheint sich seiner Vorbildfunktion sehr bewusst zu sein und sich zu bemühen, die Grenze des politisch Nicht-Sanktionierten immer weiter nach oben zu verschieben.

Was mir außerdem wirklich bedrohlich erscheint, ist, dass inzwischen selbst kleine Teile der iranischen Exil-Linken Hamas verteidigen.

AFBL: Wie schätzt du die Möglichkeiten der gesellschaftlichen Veränderung im Iran ein? Denkst du, dass Reformen möglich sein könnten? Gibt es innergesellschaftliche Bewegungen, die die Situation verbessern könnten, oder muss man eher auf Intervention von Außen hoffen?

Fathiyeh Naghibzadeh: Im Iran ist ein religiöser Faschismus an der Macht. Das ist dort die Lage. Die Despotie ist sehr stark. Das gesellschaftliche Leben funktioniert nur innerhalb der Unterdrückung. Es kann im Iran keine Organisationen säkularer Art geben, sie hätten gar keine Möglichkeit sich zu organisieren. Unter diesem Regime können solche Bewegungen nicht stattfinden.

Dass vom iranischen Regime aus selbst Reformen ausgehen, wäre absurd, warum sollten sie? Die beste Lösung ist sicherlich, wenn der Westen, Europa, auch Russland, China und so weiter, sich auf die Seite der iranischen Bevölkerung stellen. Auch wenn ich es für äußerst unwahrscheinlich halte, dass sie ihre Unterstützung der iranischen Regierung gegenüber einstellen. Spätestens wenn

es um ökonomische Interessen geht, werden diese Vorang gegenüber einer Politik haben, die sich dem iranischen Regime widersetzt. Zurzeit haben leider alle Seiten Vorteile von der Situation. Das einzige Land, auf das ich noch hoffe, ist Amerika. Ich hoffe, dass es noch Druck machen wird, nicht nur auf den Iran, sondern auch auf Europa, damit die ihrerseits ihr Verhalten dem Iran gegenüber überdenken und sich ebenfalls positionieren.

Ich hoffe, dass Amerika nie auf die Idee kommt, irgendwie mit dem Iran zu verhandeln. Sollte es zu Verhandlungen kommen, wäre das eine Katastrophe.

Ich werde nie zustimmen, dass es Krieg gibt, aber ich werde mich auch ganz sicher niemals dieser Friedensbewegung anschließen, die hier in Deutschland so stark ist. Soll ich an der Seite der Hisbollah gegen Amerika kämpfen? Der Sinn dieser Friedensbewegung scheint es zu sein, sich gegen Amerika zu stellen. Das bin ich nicht. Da stehe ich nicht und das will ich auch nicht. Ich denke wirklich, die beste Lösung ist, die iranische Bevölkerung zu unterstützen, ansonsten wird das alles sehr bitter enden.

AFBL: In deinem Film portraitierst du vier Frauen, die aus dem Iran ins Exil gegangen sind. Der Film heißt Kopftuch als System, und die portraitierten Frauen thematisieren das Kopftuch als Herrschaftsinstrument. Im Iran herrscht Zwangsverschleierung. Was heißt das konkret für die Situation der Frauen in der Gesellschaft?

Fathiyeh Naghibzadeh: Wie ich schon gesagt habe, es existieren keine säkularen Bewegungen im Iran. Es gibt auch keine Frauenbewegung.

Im Iran gibt es die Zwangsverschleierung. Um verstehen zu können, wie die Situation im Iran heute aussieht und was Zwangsverschleierung heißt, sollte man sich die Lage der Frauen im Iran vor der Revolution anschauen. Vor den Mullahs gab es ein vielfältiges Frausein. Viele verschiedene Modelle, wie eine Frau sich ihr Leben gestalten konnte. Sie konnte sich als Geschäftsfrau, Studentin, Hausfrau, Sportlehrerin oder Bäuerin definieren, sie konnte genauso gut modern wie religiös oder traditionell sein. Einige haben damals auch ein Kopftuch getragen. Aber es gab viele verschiedene Modelle, und du warst nicht gezwungen ein Kopftuch zu tragen. Auch unter dem Schahregime gab es wegen der Unterdrückung zivilgesellschaftlicher Bewegungen keine Frauenbewegung, die organisiert die Emanzipation der Frau vorangetrieben hätte. Aber durch dieses plurale Frauenbild war zumindest die Grundlage für Emanzipation gegeben.

Nach der Revolution hat man mit Hilfe der Hijab, das ist das Kopftuch, ein einziges, eindeutiges Frauenbild durchgesetzt. Das einzige Frauenbild, das es noch gibt, ist das der Frau mit Kopftuch, die entweder Ba-hijab oder Bad-hijab ist. Ba-hijab bedeutet, dass du gut und sittsam und nach den Regeln des Islam verschleiert bist. Bad-hijab bedeutet, dass du schlecht verschleiert bist, enge Kleidung trägst oder zu viel Haar sehen lässt.

Man muss das Konzept dieser beiden dichotomen Frauenbilder verstehen. Beide Frauenbilder sind ideologisch aufgeladen, sie verkörpern alle religiösen Dichotomien, die es gibt. Und da im Iran die Religion politisch ist, verkörpern sie alle Gegensätze, die gesellschaftlich, religiös oder politisch herrschen. Gut-Böse, Göttlich-Weltlich, Tugend-Sünde, Östliches Prinzip-Westliches Prinzip, Tradition-Moderne. Die Bad-hijabfrau verkörpert einen Teil der Dichotomie, das böse, westliche, moderne, weltliche Prinzip, die Ba-hijabfrau verkörpert den anderen Teil; die Tradition, das Gute, das Göttliche. Man muss die Institution der Hijab innerhalb des religiösen und politischen Systems im Iran verstehen, und ihre damit verbundene ideologische Aufladung.

Du bist nicht mehr Sportlehrerin oder Bäuerin oder irgendetwas anderes, du bist nur noch Ba-hijab oder Bad-hijab. Man hat es geschafft, alle anderen Möglichkeiten des Frauseins zu sperren.

Die gesamte Geschlechterkonzeption hat sich mit der Durchsetzung des Kopftuches verändert. Die Grenze zwischen Männern und Frauen verläuft entlang der Hijab. Wenn du die Hijab trägst, bist du eine Frau, dann bist du ganz eindeutig kein Mann. Du musst dich wie eine Frau bewegen, sprechen und auftreten.

Durch diese neue Konzeption lässt sich ebenfalls eine Änderung in den Möglichkeiten des Mannseins feststellen. Die Reduktion, die in diesem Falle auftritt, hat natürlich komplett andere Auswirkungen, dennoch, der Mechanismus ist ähnlich.

Die islamische Männlichkeit kennt nur zwei Männlichkeiten. Die des privaten Mannes, und die des religiösen Führers. Beide sind durch die Religion eindeutig definiert. Dieser Definition muss bruchlos entsprochen werden, die Darstellung von Männlichkeit verbietet somit auch Ausdrücke, die eine Vielfalt des Männerbildes entstehen lassen könnten.

Den Männern werden per Scharia sämtliche Rechte zugesprochen. Im Privaten gilt ihr Recht, im Öffentlichen das des religiösen Führers. Im Privaten kann ein Mann seiner Frau beispielsweise sagen, sie müsse kein Kopftuch tragen. Im Öffentlichen genießt er dieses Recht nicht. Das öffentliche Recht bestimmt der religiöse Führer.

Zu den nicht legitimen Verhaltensweisen der männlichen, islamischen Identität gehören Schwulsein oder Tänzersein. Diese Wege und Bilder sind den Männern versperrt.

Dieser Körperpolitik liegt natürlich ein heterosexuelles Konzept zugrunde, es gibt nichts, was irgendwie zwischen den Geschlechtern liegt.

Das Kopftuch ist das Symbol für die Kontrolle der ganzen Gesellschaft; sowohl der Männer als auch der Frauen.

AFBL: Wie groß sind die Spielräume, in denen sich eine Bad-hijabfrau bewegen kann? Wie weit kann sie bei ihrer Enthüllung gehen?

Fathiyeh Naghibzadeh: Ich würde sagen, das ist von der Tagespolitik abhängig. In aggressiven Zeiten ist es gefährlicher zu sehr bad-hijab zu sein. Aber keine Frau geht ohne Kopftuch auf die Straße. So sehr man auch bad-hijab sein kann, ein Auftreten ohne irgendeine Form des Kopftuches würde streng sanktioniert werden.

Das besondere an diesen beiden Frauenbildern ist, dass sie beide gebraucht werden, um sich selbst aufrecht zu erhalten. Sie werden gegeneinander ausgespielt. Die eine ist die Grundlage der Unterdrückung der anderen. Man braucht die Bad-hijabfrau um in ihrem Körper das absolut Negative auszumachen. Sie ist die Grundlage, auf der versucht werden soll, zu verhindern, dass Ba-hijabfrauen ihre Lebenssituation verändern. Andersrum sind die Ba-hijabfrauen die Grundlage der Unterdrückung der Bad-hijabfrauen. Insgesamt ist die Unterdrückung der Frau die Grundlage des Islamischen Gottesstaates.

Eine Analogie, die mir sehr gut gefällt, ist folgende: Als die beiden KünstlerInnen, Christo und Jeanne-Claude damals den Reichstag verhüllt haben, wurde das unter anderem so interpretiert, dass der Reichstag von seiner Geschichte befreit werden sollte. Von der Nazi-Zeit und von der Bonner Republik. Als er dann wieder ausgepackt wurde, konnte man unbehelligt von der alten Geschichte eine neue Geschichte schreiben.

Die iranische Frau wurde auch verhüllt. Aber nicht um wieder enthüllt zu werden, sondern um verhüllt zu bleiben und gar keine Geschichte mehr zu schreiben.

AFBL: Du bezeichnest das Kopftuch im Islam als Grundlage der Unterdrückung. In der Debatte in Deutschland um das Kopftuch, aber auch um antiemanzipatorische Tendenzen im Islam im Allgemeinen ist oft von Toleranz die Rede.

Fathiyeh Naghibzadeh: Ich muss sagen, dass ich das, was mir hier als »Toleranz« gegenüber dem Kopftuch verkauft wird nicht verstehen kann. Meiner Meinung nach läuft die Diskussion kulturrelativistisch. Warum sollen wir uns da einmischen, heißt es. Das ist eben »deren Kultur«, »deren Identität« und andere Kulturen muss man tolerieren, heißt es. Statt zu sehen, dass es dabei um Unterdrückung geht, und nicht um Kultur. Dass es um Frauenrechte geht und nicht um so genannte Identitäten, bei denen die Einzelnen doch bitte zu bleiben haben.

Man bezieht sich immer auf Identitäten, irgendeine eindeutige Identität musst du haben, und heute funktioniert das immer häufiger über Religion. Die deutsche Gesellschaft betont mir gegenüber z.B. immer, dass ich ja muslimisch sein müsste. Meine Lieblingsstatistik ist die, die besagt, dass drei Millionen Muslime in Deutschland leben. Ich falle da automatisch mit hinein, obwohl ich keine Muslima bin. Sicher, ich komme aus einer muslimischen Familie, ich komme aus dem Iran, aber ich sehe mich nicht als Muslima, die Identität habe ich nicht, das bin ich nicht. Aber die deutsche Gesellschaft will mich als Muslima sehen. Man möchte unbedingt hören, dass der Islam meine Kultur sei. Wenn ich mich gegen dies Zuschreibungen wehre, oder dagegen protestiere, dann habe ich schon öfter den abwertenden Kommentar gehört, ich sei ja schon sehr westlich geworden. Ich denke ich weiß, was in den Leuten vorgeht, die so etwas sagen. Man bindet mich durch meine Herkunft an eine bestimmte Kultur, als wäre sie mir angeboren. Das finde ich abwertend.

Es übersieht außerdem, dass ich tatsächlich nicht all die Privilegien genieße, die eine Frau genießen würde, die von allen als hierher gehörend erkannt würde. Ich werde schon als Fremd angesehen.

AFBL: Die Frage nach dem Kopftuch wurde in Deutschland relativ breit diskutiert, die unterschiedlichsten Spektren beteiligen sich an der Diskussion. Nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil von 2003 kam es zu vielfältigen öffentlichen Stellungnahmen, in denen sich auch Feministinnen z.B. gegen »Zwangsemanzipation« (Rita Süssmuth) und für Toleranz ausgesprochen haben. Was denkst du über die Diskussionen unter Feministinnen?

Fathiyeh Naghibzadeh: Wenn ich mir die Feministinnen in Deutschland anschaue, habe ich zurzeit den Eindruck, dass das eine Art Konkurrenzkampf anhand des Themas Kopftuches ist. Sicher braucht auch der Feminismus immer neue Themen um aktuell zu bleiben, und das neue Modell, an dem man sich profilieren kann scheint die Frau mit Kopftuch zu sein. Aber eigentlich verläuft auch dort der Streit wie im Rest der Gesellschaft. Kulturrelativistinnen auf der einen Seite, die für das Recht der Frau sich unterdrücken zu lassen plädieren, und für ihr Recht die ihr qua Herkunft zukommende Kultur zu leben, und auf der anderen Seite

den älteren Feministinnen, so wie Alice Schwarzer z.B., die eine eindeutige Anti-Kopftuch Haltung vertreten.

Ich verteidige Alice Schwarzer nicht in allen ihren Positionen, aber ich finde es gut, dass sie sich gegen das Kopftuch ausspricht.

Man merkt außerdem, dass die Frauen, die dort über das Kopftuch reden und es verteidigen, gar keine Ahnung haben, worüber sie eigentlich reden. Bei vielen fehlt wirklich die Vorstellung davon, was in der islamischen Welt mit dem Kopftuch und der Frau passiert ist; wie dort die Unterdrückung funktioniert, wie muslimische Familien gegen die Frauen antreten. Das, was die damit erreichen ist nur eine Unterstützung der islamischen Männer.

AFBL: In der letzten Zeit wurden in Diskussion verstärkt die Positionen von zwei Frauen – Seyran Ates und Ayaan Hirsi Ali – angeführt. Diese haben zwar durchaus starke Rezeption erfahren, nicht immer waren die Reaktionen jedoch positiv.

Fathiyeh Naghibzadeh: Diese beiden Frauen sind sehr starke Frauen, zum Glück gibt es sie. Sie kennen sich mit der Kultur des Islams tatsächlich gut aus, aber vor allem gelten sie als »authentisch« und das gibt ihrem Wort Gewicht. Dennoch ist es katastrophal, was gerade geschieht. Wenn wir jetzt die Entwicklung mit Frau Ates verfolgen, die ihre Kanzlei kurzfristig aufgegeben hat. Weil sie ihre Mandantinnen nicht genug geschützt sah. Das sehe ich als ein Ergebnis der Linken hier, dass eine Frau, die seit Jahren für die Rechte der Frauen kämpft, sich jetzt so einer Behandlung ausgesetzt sieht. Das ist, was die Linke jetzt erreicht hat.

AFBL: Die Taz bezeichnete Frau Hirsi Ali als »Frau der weißen Männer«. Ihr wird vorgeworfen, sich von konservativer Seite benutzen zu lassen.

Fathiyeh Naghibzadeh: Entschuldige mal bitte, dann heißt das, dass eine Frau, die das Kopftuch trägt, nicht von Männern unterdrückt wird, aber wenn Frau Hirsi Ali die Positionen ihrer Partei bzw. ihre eigenen Positionen vertritt, dann wird sie von den Männern ihrer Partei unterdrückt, oder wie? Das ist Rassismus, was die *taz* da geschrieben hat. Das heißt, wenn eine Schwarze Frau als politisches Subjekt auftritt, dass es ja eigentlich gar nicht ihre eigene Meinung ist, die sie dort artikuliert, sondern nur die ihrer Parteikollegen. Das heißt, sie sollte am besten bei ihrer »eigenen Identität« bleiben und sich ja nicht anmaßen, ihre »eigene Kultur« zu kritisieren. Das ist Rassismus.

Das Schweigen der Linken Szene in Deutschland wegen eines von ihr ausgemachten Rassismus finde ich inakzeptabel. Es ist eine der großen Aufgaben der Linken, gegen die Religion eine Aufklärung zu setzten, nicht dabei mitzumachen. Aber mit ihrem Schweigen macht ein großer Teil der Linken bei diesem Unfug mit. Anscheinend ist die Linke hier keine Linke mehr, sondern nur ein Haufen Leute, die sich über die Politik Amerikas aufregen. Meine Güte, das schaffen Islamisten ja auch. Gibt es noch einen Unterschied zwischen der Linken und irgendwelchen Mullahs? Wenn ja, dann will ich den sehen. Dann will ich sehen, wie eine Linke sich als Linke bezeichnet und in der Gesellschaft für Emanzipation kämpft.

AFBL: Vielen Dank für das Gespräch

Dieser Text ist 2007 in der vom Antisexismus Bündnisses Berlins herausgegebenen Broschüre »As.sism_2« erschienen und ist die gekürzte und überarbeitete Version des Textes »Sexismus-Vom Allgemeinen zum Besonderen« (2002).

Alles Teil des Systems

Das Geschlechterverhältnis war und ist Transformationen unterworfen, die Situation von Frauen hat sich verbessert und der soziale Handlungsrahmen für Männer erweitert, aber immer noch ist das Verhältnis ein hierarchisches. Schließlich haben gesellschaftliche Veränderungen zwar zu einer formellen Gleichbehandlung der Geschlechter z.B. bei den Zugangsmöglichkeiten zu Bildung und Politik geführt und inzwischen besteht auch für Frauen die Möglichkeit, in der Sphäre der gesellschaftlichen Öffentlichkeit zu wirken, aber ökonomische, berufliche, soziale und private Geschlechterzuweisungen existieren weiterhin.

Machtverhältnisse, die sich auf die Trennung und Hierarchisierung der Geschlechter stützen, äußern sich vielfältig in den verschiedensten Bereichen. Die Strukturen bestehen auf verschiedenen Ebenen und sind kompliziert und komplex und man macht es sich zu einfach, Männern die Herrschaftsausübung und somit die Rolle der Unterdrücker und Frauen die Rolle der Unterdrückten zuzuschreiben, denn an der Gestaltung und Aufrechterhaltung sind beide Geschlechter beteiligt.

Die gegenwärtige Gesellschaft ist von Macht- und Hierarchiestrukturen geprägt, die sich sowohl im Geschlechterverhältnis wie in der ökonomischen Ordnung zeigen, wobei diese zwei Aspekte miteinander verflochten sind. Die eindeutige Unterscheidung der Geschlechter ist nicht nur eine Erscheinung des Kapitalismus, aber sie wird in ihm brauchbar gemacht. Eines seiner herausragenden Merkmale ist die Trennung von Produktions- und Reproduktionssphäre, wobei traditionell Männern der öffentliche, produktive und Frauen der private, reproduktive Bereich zugeordnet ist. Dabei wird die Arbeit im Reproduktionsbereich nicht bezahlt, bzw. nur über die Lohnarbeit des Mannes indirekt vergütet. Verschiebungen in diesen traditionellen Geschlechterzuweisungen haben zwar stattgefunden, jedoch waren sie nie radikal genug, um zu einer Bedrohung des Kapitalismus zu führen oder die Auflösung der Geschlechter zu bewirken. Gendermainstreaming ist inzwischen ein etabliertes Konzept und einzelne Forderungen der diversen Frauenbewegungen wurden erfüllt, allerdings stellt sich immer wieder heraus, dass das kapitalistische System genug Flexibilität aufweist, um auf die Veränderungen einzugehen ohne das Geschlechterverhältnis grundsätzlich zum Wanken zu bringen. Ein weites Spektrum verschiedener Positionen kann parallel in gesellschaftlichen Diskursen bestehen, und so ist die Gleichzeitigkeit von kritischen Gender- und Queer Theories und konservativen antifeministischen Backlashpositionen möglich.

Prinzipiell stehen Frauen inzwischen alle Berufszweige offen, aber sie sind immer noch die Hauptverantwortlichen für den Reproduktionsbereich, bei der Karriereplanung hindert sie nach wie vor die vielbeschworene Doppelbelastung. Bis heute wird innerhalb dieser Gesellschaft in »typisch männliche« und »typisch weibliche« Tätigkeiten unterschieden und wie fest diese Einteilung auch in den Köpfen verankert ist, lässt sich z.B. an Statistiken ablesen, die die Berufswünsche von jungen Männern und Frauen abfragen. »Typisch weibliche Tätigkeiten« sind eher dienstleistend oder sozial und stützen sich auf die zugeschriebenen »weiblichen« Qualitäten wie Einfühlungsvermögen, Fürsorge und Vermittlung. Durchsetzungsvermögen, Machtstreben und dominantes Verhalten sind dagegen die »männlichen« Qualitäten, die die Männer zu produktiven, führenden und planenden Tätigkeiten befähigen und die Überzahl der Männer in Führungspositionen erklären würden. Einhergehend mit dieser Einteilung ist auch eine implizite Wertung, die sich sowohl in der Bezahlung als auch in der Hierarchisierung der Felder niederschlägt.

Da die Trennung der Gender-Rollen derart manifest ist, kommt es zu Problemen, wenn Rollenklischees durchbrochen werden. Mit dieser »Unordnung« umzugehen, gibt es verschiedene Strategien, um passend zu machen, was laut Geschlechtervorstellungen nicht passt. In dieser Gesellschaft wird von jedem Menschen gefordert, eine eindeutige Gender-Identität mit einem festen Inventar an Eigenschaften zu leben, und zwar die als Mann oder Frau, etwas dazwischen gibt es nicht. Menschen, die sich nicht den geschlechtsspezifischen Zuordnungen unterwerfen, sehen sich besonderen Schwierigkeiten ausgesetzt, ihnen wird oft die gesellschaftliche und private Anerkennung entzogen, da sie von ihrer Umwelt als verstörend und verunsichernd wahrgenommen werden. Dies kann weitreichende Folgen haben und der Druck führt ja ge-

nau dazu, dass sich Menschen einpassen und sich so das System perpetuiert. Wie sehen die Strategien, die die Trennung der Geschlechter aufrechterhalten soll, also aus?

Frauen, die in »männliche Domänen« und sei es nur der Führungsbereich vordringen, haben erst einmal mit den Vorurteilen zu kämpfen, dass ihnen doch das »natürliche Grundwissen« fehle oder sie qua Geschlecht unfähig zu dieser Tätigkeit seien oder zumindest ihre Arbeit einer sehr viel kritischeren Beurteilung ausgesetzt sehen. Sollte eine Frau in einer nicht typisch weiblichen Position oder Tätigkeit erfolgreich sein, wird ihr oftmals vorgeworfen, sie habe sich »männlicher« Verhaltensweisen bedient und sei keine »echte« Frau mehr. Ebenso findet sich aber auch die Argumentation, dass Frauen eben besonders gut für leitende Posten geeignet seien, weil ihnen bspw. eine höhere Kompetenz in Kommunikation zugesprochen wird. Parallele Vorstellungen finden wir auch, wenn Männer in »weiblichen Berufen« arbeiten. Ihnen wird gern ihre »Männlichkeit« abgesprochen (z.B. Weichei-Waschlappen-Vorwurf), und sie werden belächelt. Obwohl Arbeiten in einem gesellschaftlich geringer bewerteten Beruf einen sozialen Abstieg/Machtverlust bedeutet, wird aber in speziellen Bereichen ihre Tätigkeit von den Mitarbeiterinnen als besonders positiv und lobenswert angesehen. Es werden ihnen eher Fehler zugestanden, weil sie mit diesem Bereich »nicht vertraut« seien und es gibt ebenso die Auffassung, dass Männer auch in traditionell weiblichen Berufen qua ihres Geschlechts von besonderer Eignung seien, z.B. in Kindergärten wird es für zunehmend wichtig empfunden, dass den Kinder auch männliche Betreuer als Rollenmodelle vorgeführt werden.

Ähnliche Mechanismen wirken im Freizeitbereich. »Versagt« zum Beispiel ein Mann - mal ganz platt: kann er nicht Fußball spielen -, so wird dies mit fehlendem Talent oder individuellem Nichtkönnen begründet. »Versagen« Frauen hingegen, so ist dies oft genug die Bestätigung für das Versagen eines ganzen Geschlechts. Dies äußert sich dann in Sätzen wie: »Hab ich es doch gewusst - Frauen können so etwas nicht.« oder: »Frauen sind für so etwas einfach nicht geschaffen«.

Individuelle oder sozialisationsbedingte Unterschiede werden so übergangen, dass eine allgemein gültige Aussage über Geschlechter möglich wird. Es gibt genug Beispiele, die nicht den Stereotypen entsprechen, doch diese werden viel weniger wahrgenommen als solche, die sie stützen, sie werden immer wieder gesucht und pseudowissenschaftlich begründet, z.B. durch Biologisierung der Geschlechter und ihre Erklärung durch evolutionäre Sinnhaftigkeit. Männer hätten zum Beispiel ein besseres räumliches Sehvermögen, weil sie in Urzeiten für die Jagd zuständig waren und weite Entfernungen gut abschätzen können mussten, während bei Frauen der Blick auf nahe, kleine Dinge besser ausgebildet ist aufgrund ihrer damaligen Aufgabe, Früchte und Beeren zu sammeln.

Sexistischer Normalzustand

Das Geschlechterverhältnis findet seinen Ausdruck im sexistischen Alltag, der von strukturellen und individuellen Bedrohungen und Einschränkungen geprägt ist. Diese umfassen eine große Bandbreite, von sexistischen Sprüchen, ungewollten Berührungen bis hin zu Vergewaltigungen. Schon die Möglichkeit einer Vergewaltigung und damit verbundene Ängste begrenzen Frauen in ihren Möglichkeiten.

Dieser Position steht die gesellschaftlich vorgeprägte relative Machtposition von Männern gegenüber. Hier gilt ebenso, wie bereits oben gesagt, dass es nicht um eine einseitige Schuldzuweisung geht, sondern dass Männer wie Frauen diese Verhältnisse reproduzieren. Wer dagegen angeht, ist beständig von Aggressionen bedroht, da niemand sich gern sein einfaches Weltbild wegnehmen lässt. Diese Verhältnisse aufzubrechen erfordert permanente Reflexion und Auseinandersetzung, auch mit dem eigenen Verhalten.

Geschlechtsspezifische Hierarchie- und Machtkonstellationen wirken sich auch auf Sexualität und Körperempfinden aus. Eine »natürliche« Sexualität existiert nicht, Lustempfinden und Wünsche sind vergesellschaftet. Allgemein wird jedoch ein anderes Bild vermittelt, Sexualität wird individualisiert, als rein privat angesehen und zusätzlich mit Tabus belegt. Im geschlechtshierarchischen System ist ein ungutes Körpergefühl von Frauen angelegt, das diese jedoch ebenfalls als persönliches Problem begreifen sollen. Diese Verwundbarkeit wird benutzt, um das Machtgefüge aufrechtzuerhalten, ein Mittel und ein Ausdruck davon ist sexualisierte Gewalt. Bei einer Vergewaltigung versucht der Täter eben diese Macht zu zeigen und die Frau zu kontrollieren, zu beherrschen und zu erniedrigen. Vergewaltigungen finden in einem gesellschaftlichen Kontext statt, der auf Hierarchie und Gewalt in den Geschlechterverhältnissen basiert, diesen Zustand auszunutzen und zu reproduzieren ist aber eine Entscheidung und ein Vergewaltiger ist für seine Taten verantwortlich zu machen.

Szene - nur Teil des Ganzen

Klar ist, dass die so genannte linke Szene nicht außerhalb der Gesellschaft steht. Nur aufgrund ihrer emanzipatorischen Ansprüche werden Linke nicht

zu besseren Menschen. Auch innerhalb einer (sub-) kulturellen Szene, deren Leute als weitestgehend politisiert bezeichnet werden, fehlt oftmals das Bewusstsein für das Thema Sexismus. Ein antisexistisches Selbstverständnis gehört zwar in linken Projekten inzwischen beinahe zum Standard, wird jedoch kaum mit Inhalten gefüllt. So kommt es nicht selten vor, dass bei Konzerten jeglicher Musikrichtungen sexistische Ansagen oder Texte zu hören sind. Wird dies überhaupt thematisiert, ist die Reaktion oft Unverständnis: die Band sei doch gut, man dürfe das alles nicht zu ernst nehmen, schließlich sei es ja nur ein Lied und alles nur eine Interpretationsfrage etc. Ein irgendwie politischer Anspruch scheint sich im sozialen Bereich häufig gar nicht fortzusetzen. Sexistische Sprüche am Tresen, Rumgepose im Club oder Antatschen im Gedränge sind auch in linken Läden an der Tagesordnung. Abgetan wird dieses Verhalten beispielsweise damit, dass der Verantwortliche jedoch ansonsten ein guter Antifaschist oder Antideutscher oder Kumpel ist. Von Paarbeziehungen wollen wir gar nicht erst anfangen.

Auch in Gruppenstrukturen ist Sexismus ein niemals endendes Thema. Trotz des vielen Geschriebenen und Gesagten sind kaum Fortschritte erzielt worden. Im Gegensatz zu anderen Themen verlaufen Diskussionen über Sexismus, so sie überhaupt geführt werden, oft sehr aufgeheizt und kommen über strukturelle Standards (z.B. quotierte Redeliste, paritätisch besetzte Podien) selten hinaus.

Außerdem scheint es, als müssten seit Jahren immer wieder dieselben Diskussionen geführt werden, hier kann zum Beispiel das ewig leidige Redeverhalten genannt werden.

Wenn es dann zu strukturellen Maßnahmen gekommen sein sollte, stellen solche Veränderungen immer nur einen kleinen Schritt auf dem Weg zur Durchsetzung nicht-sexistischer Standards dar. Weder sexistische noch sozialisationsbedingte Verhaltensweisen werden damit grundsätzlich in Frage gestellt oder aufgelöst. Nach dem Plenum ist ein reflektierteres Verhalten nicht zu bemerken. Allerdings werden von Frauen die geschaffenen Möglichkeiten oft nicht ausgeschöpft, denn die Angst, zu versagen, das Unbehagen vor der zu übernehmenden Verantwortung wird nicht abgebaut. Diese Ängste können nur überwunden werden, wenn sie aktiv angegangen werden und sich nicht auf einem Status Quo ausgeruht wird.

Frauen in der linken Szene gehen ständig zugunsten einer vermeintlich allgemeinen Politik Kompromisse in Bezug auf die Thematisierung sexistischer Verhältnisse und Verhaltensweisen ein. Oft genug verzichten sie auf diese Diskussionen, obwohl sie ihnen wichtig sind, um mit der Arbeit innerhalb der Gruppe voranzukommen oder weil sie negative Reaktionen befürchten. Es muss nicht bis zum Dissing der Betreffenden kommen, ein bloßes Augenrollen oder andere Anzeichen von Genervt-Sein reichen unter Umständen aus, um Frauen die Motivation für die Diskussion zu nehmen. Diese Anzeichen vermitteln Frauen, dass es kein Interesse an einer Auseinandersetzung gibt. Das Thema Sexismus wird nicht nur belächelt, sondern auch gerne übergangen oder immer wieder verschoben.

Sexismus und das hierarchische Geschlechterverhältnis sind keine marginalen Probleme, dem sich nur Frauen widmen sollten und die in der Gesamtheit der politischen Themenfelder eine neben- oder untergeordnete Rolle spielt. Nicht nur, weil sexistische Sprüche nerven und sexualisierte Gewalt Leid verursacht, sondern weil es dabei um etwas geht, das alle betrifft. Frauen wie Männer, Intersexuelle, Transsexuelle, erfahren Einschränkungen durch die herrschenden Zu- und Abschreibungen, die einer freien Entwicklung im Wege stehen und so ist die Einführung nicht-sexistischer Standards zwar eine begrüßenswerte Maßnahme, aber nicht das non-plus-ultra. Die Reflexion des eigenen Verhaltens und weitergehende Auseinandersetzung mit Geschlecht/Gender als eine grundlegende Kategorie, die das Leben strukturiert, kann und soll sie nicht ersetzen.

Einleitungstext zur Veranstaltungsreihe gegen Geschichtsrevisionismus»Deutsche Umtriebe« (www.deutsche-umtriebe.tk) von AFBL und LeA, die als Kritik zur Ausstellung »Flucht, Vertreibung, Integration« vom April 2007 im zeitgeschichtlichen Forum organisiert wurde.

Deutsche Umtriebe

Nachdem Auschwitz grundsätzlich anerkannt ist und über die spezielle Verantwortung der Deutschen diskutiert wird, kommt es gerade in letzter Zeit zu einer verstärkten Thematisierung der »Leiden« der Deutschen in und nach dem Krieg. Während früher nur Stimmen aus dem rechten Lager eine Anerkennung des angeblichen Unrechts gegen »Vertriebene« forderten, ist sie heute gesellschaftlicher Konsens geworden. Wie das Volk der Täter_innen sich als Opfer stilisieren will, zeigt sich momentan im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig in der Ausstellung »Flucht, Vertreibung und Integration« (01.12.06-22.04.07) besonders deutlich.

»Endlich« dürfen die Deutschen von Ihrem »Leid« erzählen. Zwar gehört es zum guten Ton, die deutsche Schuld am Zweiten Weltkrieg und der Shoah einzuräumen, jedoch kursieren die Erzählungen über das »Leid« der deutschen »Vertriebenen« fast unabhängig davon. Eine tiefergehende Auseinandersetzung mit der Täter_innenschaft der Deutschen wird nicht geführt.

Die Ausstellung versucht sich zu legitimieren, indem die »Vertreibung« der Deutschen in den europäischen Kontext des »Jahrhundert der Vertreibungen« eingeordnet wird. Am Anfang der Ausstellung wird kurz der »Völkermord an den Armeniern« angerissen. Die »Vertreibungen« von Pol_innen, Griech_innen und Türk_innen werden oberflächlich und informationsarm abgehandelt. Das Resultat ist eine undifferenzierte Einordnung der deutschen »Vertreibung« in eine europäische Leidensgeschichte, wobei der Kontext der einzelnen Umsiedlungen, der ja erst eine Bewertung möglich macht, ausgeblendet wird.

Im Mittelpunkt der Ausstellung steht das angebliche Leid der deutschen Flüchtlinge. Der Duktus, in dem sich die Ausstellung nach dem Eingangsraum präsentiert, soll eine emotionale Betroffenheit hervorrufen. Gezeigt werden u.a. Fotografien von halb verhungerten Menschen, Menschenmassen auf Bahnhöfen und vor Viehwagons, die implizite Parallelen zu fotografischen historischen Zeugnissen der Shoah ziehen.

Die Betonung des Schreckens nivelliert den Unterschied zwischen deutschen Täter_innen und deren Opfern und macht die Schuldfrage überflüssig. Eine solche Herangehensweise befördert geschichtsrevisionistsche Tendenzen und manipuliert eine Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte in der Weise, Deutsche als die Opfer des Zweiten Weltkrieges zu verstehen.

In der ganzen Ausstellung wird nur ein einziges Mal erwähnt, dass der »Vertreibung« der angeblich unschuldigen deutschen Bevölkerung aus den Ostgebieten ein nationalsozialistischer Vernichtungskrieg voranging. Jedoch wird nicht die Schuld und Mitbeteiligung der deutschen Bevölkerung an den vorangegangenen Verbrechen thematisiert, allein Hitler und die apersonalen Nazis werden als Täter_innen und somit als die Verantwortlichen für den faschistischen Terror benannt.

Anhand von individuellen Biografien und Zeitzeugenberichten wird man durch die Ausstellung geführt. Diese Methodik führt zu einer Identifikation mit den vermeintlichen Opfern anstatt den historischen Kontext zu beleuchten. Subjektive Erlebnisse werden so zu einer allgemeingültigen kollektiven Erinnerung. Die Nachkriegsgeschichte an Hand der Integration der Vertriebenen zu erzählen, verstellt eine kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Kontinuitäten zum Nationalsozialismus werden in den Hintergrund gerückt und die Täter_innen als unschuldige deutsche Bevölkerung stilisiert. Anstatt die Rolle der Vertriebenenverbände und Landsmannschaften als revisionistische Organisationen zu kritisieren, werden diese Gruppen integriert und dürfen Ausstellungsgüter zeigen.

Als Beitrag über das »Jahrhundert der Vertreibungen« wird die Ausstellung verstanden, sie rückt jedoch das »deutsche Leid« in den Mittelpunkt und beansprucht gar einen Status der Singularität durch die Hervorhebung der größten Anzahl von deutschen »Vertriebenen«. Auf der Homepage der Ausstellung wird eben dies betont: »Die Wechselausstellung verdeutlicht, dass Flucht und Vertreibung deutscher Bevölkerung am Ende des 2. Weltkrieges die zahlenmäßig größte erzwungene Bevölkerungsverschiebung des 20. Jahrhunderts war.« Deutsche Verbrechen werden so implizit in eine Reihe »europäischer Verbrechen« gesetzt und die Singularität der Shoah so in Frage gestellt.

Dieser Ausstellung, der revisionistischen Geschichtspolitik und der unkritischen Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus wollen wir eine kritische Analyse des deutschen Opferdiskurses entgegensetzen.

Die Texte geben einen Einblick in zehn Jahre AFBL. Weitere Texte, Radiointerviews und aktuelle Ankündigungen finden sich unter: www.afbl.tk.

KONTAKT: afbl@nadir.org

»Wie viele sind wir? Zehn Männer, vier Frauen. Also insgesamt zwölf.« »Du klingst ja, als wärst du im AFBL.« »AFBL-Frauen darf man nicht anmachen, da kriegt man gleich 'nen Sexismusvorwurf.« »Identitätsfeminismus.« »Anhängsel vom BgR Leipzig.« »Ohne den AFBL würde im Eiskeller niemand auf Sexismus achten.« »Gibt es eigentlich eine AFBL-Frisur?« »Die beste erste Reihe, die Leipzig zu bieten hat.« »Auf in den Fanblock vom Frauenblock!«